

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Insetze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 17. April 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die preußische Gewerbeinspektion im Jahre 1906.

Aus dem vor einigen Tagen erschienenen Jahresbericht der preußischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1906 möchten wir zunächst einige Momente hervorheben: der Kreis der Aufsicht ist etwas größer geworden und in der Verwirklichung von Ausnahmen bei der Beschäftigung von Arbeiterinnen sind die Behörden etwas weniger freigebig geworden. Das ist erfreulich! Was beim Durchlesen des Berichtes unangenehm auffällt, ist eine in Form und Inhalt bei fast allen Beamten ziemlich gleichlautende Anschuldigung der Arbeiter. Diesen wird der Vorwurf gemacht, durch Verständnislosigkeit, Nachlässigkeit usw. die meisten Unfälle herbeizuführen, indem sie vorhandene Schutzvorrichtungen absichtlich entfernen und die Vorschriften mißachten. Daß dank der Rückständigkeit unserer Schule, den polizeilichen Eingriffen gegen die aufklärende Arbeit der Gewerkschaften, des von Paß gegen die Arbeiter diffamierenden Kampfes der Scharfmacher gegen die Arbeiterbewegung und deren Organisationen bei den Arbeitern vielfach noch ein großes Maß von Verständnislosigkeit gegenüber den Gefahren für Gesundheit und Leben vorhanden ist, wird von uns nicht bestritten; aber die Verantwortung für solche traurigen Erscheinungen trifft die herrschende Gesellschaft! Wichtig ist auch, daß Schutzvorrichtungen vielfach als lästig empfunden werden und daß Arbeiter das Bogen der Maschinen oft während des Ganges derselben besorgen. Aber nicht Liebermut ist die Ursache dieser Uebel, die Affordarbeits ist es! Dem Arbeiter bleibt eben anders keine Wahl: entweder er ist blind für die Unfallgefahren und schlägt dadurch ein paar Groschen mehr heraus, oder aber er befolgt strikte die getroffenen Anordnungen und Vorschriften und läßt sich dafür eine Lohnminderung gefallen. Wäre das in den Berichten auch ausgesprochen worden, so hätten wir gegen die Erklärung vieler Unfälle kaum etwas zu erinnern. In dem Bericht aus dem Landespolizeibezirk Berlin ist ein Hinweis auf die Affordarbeits als Unfallursache enthalten; es wird in dem Bericht aber auch konstatiert, daß viele Unfälle auf Konstruktionsfehler usw. zurückzuführen sind. Gewöhnlich aber werden Beschuldigungen gegen die Arbeiter erhoben, um die Unternehmer zu entlasten. Da fast alle Einzelberichte auf diesen Ton abgestimmt sind, reizt die ganze Aufmachung stark zu der Vermutung, sie sei das Ergebnis einer höheren Anweisung. Tatsächlich können die Arbeiter nicht systematisch gegen die betreffenden Anordnungen sündigen, wenn nicht der Unternehmer stillschweigend ein solches Verhalten billigt oder gar trotz Ermahnung die Anbringung von Schutzvorrichtungen unterläßt.

Man muß geradezu staunen über die Naivität, mit der die Aufsichtsbeamten Unternehmerschuld als Vergehen der Arbeiter deklarieren! So heißt es z. B. in dem Bericht von Königsberg:

„Man wird sogar zugeben können, daß das mutwillige Entfernen von Schutzvorrichtungen mehr und mehr aufgehört hat; jedoch kommen immer noch Fälle vor, wo Arbeiter die gebotene Vorsicht außer acht lassen und an Arbeitsmaschinen sich beschäftigen, die unvollkommene oder überhaupt keine Vorkehrungen zur Unfallverhütung aufweisen.“

Also weil der Unternehmer es unterläßt, Schutzvorrichtungen anzubringen, gebührt den Arbeitern ein Vorwurf! Der Beamte von Magdeburg behauptet kurz und bündig, daß in der „Mehrzahl der Fälle Versehen, Ansehen, Versehen von Vorschriften und direktes, bewußtes Zuwiderhandeln gegen solche die Veranlassung“ der Unfälle sei. Mit solchen Behauptungen wird die bekannte Abneigung sehr vieler Unternehmer gegen Schutzvorrichtungen sicher nicht überwunden! Man könnte beinahe glauben, die Beauftragten der Berufsgenossenschaften, die die Autorität der staatlichen Beamten durchaus nicht anerkennen, hätten die Berichte verfaßt. Die Staatsbeamten und die Angestellten der Berufsgenossenschaften geben aber oft einander ganz widersprechende Urteile ab, treffen sich entgegengesetzte Anordnungen und führen hinter den Kulissen oft einen erbitterten Kampf gegen einander. Und die Unternehmer sehen natürlich nicht auf der Seite der Gewerbeaufsichtsbeamten. So klagt z. B. der Beamte von Pommern:

„Die Arbeitgeber berufen sich manchmal auf die Unfallverhütungsvorschriften und auf die angebliche Aushaltung von Beauftragten der Berufsgenossenschaften oder der Innungen, um die auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung gegebenen Anregungen der Gewerbeaufsichtsbeamten hinsichtlich ihrer Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit zu bestreiten, so daß eine zwingende Durchführung auf Grund des § 120d der Gewerbeordnung hin und wieder nicht zu umgehen ist.“

Um zu zeigen, bis zu welchem Grade der Unvorsichtigkeit ein Beamter sich in dem Bestreben verleitete, die Schuld der Arbeiter an den Unfällen möglichst scharf hervorzuheben zu lassen, sei folgendes angeführt. Der Beamte von Arnberg läßt sich also vernehmen:

„Es würde als ein erfreulicher Fortschritt begrüßt werden können, wenn die Abneigung der Arbeiter gegen Schutzvorrichtungen allmählich nachlasse.“

„Um zu zeigen, bis zu welcher Grenze die Verständnislosigkeit sogar gegenüber einem der wichtigsten Schutzapparate gehen kann, sei noch ein Vorfall berichtet. In einer Ziegelei befand sich das Wasserstandsglas des Dampfessels nicht im Betriebe. Auf die Frage nach dem Grunde erklärte der Heizer, ein älterer Mann, er hätte das Glas ausgehakt, weil es sonst springen könnte. Auf die weitere Frage, wie oft ein Glas zu zerbrechen pflege, erwiderte er verwundert, daß es überhaupt noch nie gebrochen wäre, weil er es ja abgehakt hätte.“

Also ein alter Heizer war es, der diese unglaubliche Unkenntnis verriet! Anscheinend hat er nie einen Unternehmer oder Aufsichtsbeamten gefunden, der ihn aufgeklärt oder es auch nur bemerkt hätte, daß der Mann stets ohne Wasserstandsglas arbeitete! Daß den Unternehmer für solche Verständnislosigkeit und systematische Verletzung der Vorschriften wenigstens ein Teil der Verantwortung trifft, auf einen solch naheliegenden Gedanken kommt der Beamte nicht, er bedauert nur, daß man die Unternehmer nicht noch mehr von der Verantwortung entlasten kann. Er schreibt nämlich weiter:

„Wenn auch in diesem Falle die Möglichkeit besteht, den Arbeiter auf Grund des preußischen Gesetzes vom 3. Mai 1872 (Gesetzsammlung Seite 515) wegen Nichtbenutzung der Sicherheitsvorrichtungen zur Verantwortung zu ziehen, so kann demnach wegen gleichzeitiger Verweise in allen anderen Fällen ein Arbeiter nicht strafbar gemacht werden, weil die Gewerbeordnung alle Verantwortung für die bestimmungsmäßige Benutzung von Sicherheitsvorrichtungen dem Arbeitgeber aufbürdet. Im Interesse eines wirksamen Arbeiterschutzes könnte es nur liegen, wenn auch dem Arbeiter der ihm naturgemäß zufallende Anteil an der Verantwortung anferlegt würde.“

Zur Ordnung unserer Sozialpolitik fehlte es noch, daß die Arbeiter „Im Namen des Königs“ für jede Gesetzesmißachtung der Unternehmer bestraft und die Unternehmer noch milder beurteilt werden, als es bisher schon geschah!

Wie schon erwähnt, hat die Aufsicht eine minimale Erweiterung erfahren. Einschließlich der der Gewerbeaufsicht unterstehenden bergbaulichen Anlagen stieg die Zahl der Revisionen und Unfalluntersuchungen auf 140 845 gegen 131 505 im Jahre 1905. Die Zahl der der Revision unterstehenden Fabriken wuchs von 129 823 auf 135 369; die der beschäftigten Arbeiter von 2 898 925 auf 2 986 173. Die Zahl der Jugendlichen, die im Jahre 1905 201 651 betrug, war im letzten Jahre auf 216 904 angewachsen; die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen stieg von 509 962 auf 538 310. Die Zahl der beschäftigten Kinder betrug von 2852 auf 2346 zurück.

Daß der Gewerbeaufsicht noch sehr viel zu tun übrig bleibt, zeigt das Verhältnis der revidierten Anlagen zu den revidierten Betrieben. Im Betriebsjahre wurden 67 278 Anlagen revidiert, das sind nur 49,7 Prozent der der Aufsicht unterstehenden Betriebe. Für das Vorjahr stellt sich die Prozentziffer auf 49,6. Die Revision erstreckte sich in der Hauptsache auf die großen Betriebe. Das geht daraus hervor, daß die revidierten Anlagen, die nicht einmal die Hälfte aller revidierungspflichtigen umfassen, 82,5 Proz. aller Arbeiter beschäftigen, 81,7 Proz. im Jahre 1905. Bei den den Verwaltungsstellen unterstehenden Anlagen ergeben sich folgende Zahlen: betriebene Werke: 2271 (1905: 2196), beschäftigte Arbeiter: 612 910 (589 079), darunter erwachsene Arbeiterinnen: 9724 (9517), Jugendliche: 20 342 (18 888), Kinder: 39 (25), revidierte Anlagen: 2157 = 95 Proz. (2051 = 93,4 Proz.), in den revidierten Anlagen beschäftigte Arbeiter: 612 356 = 99,9 Proz. (588 013 = 99,8 Proz.).

Die Bewilligungen zur Ueberschreitung der durch die betreffenden Gesetze vorgeschriebenen längsten Arbeitszeiten für Arbeiterinnen sind stark eingeschränkt worden, aber doch immer noch zahlreich. Eine längere als elfstündige Arbeitszeit für erwachsene Arbeiterinnen wurde für 36 854 Personen genehmigt, im Jahre 1905 für 55 951 Personen. Die Summe der bewilligten Ueberschreitungen stellt sich auf 577 436 gegen 603 933 im Vorjahre. Ausnahmebeschäftigung am Sonnabend (über 10 Stunden hinaus) wurde für 12 646 Arbeiterinnen zugestanden, im Jahre 1905 kamen für diese Extraausnutzung der weiblichen Arbeitskraft nur 11 549 Personen in Betracht. Sonntagsarbeit wurde in 919 Betrieben (831) für 103 900 Arbeiter (82 982) mit insgesamt 1 083 380 Arbeitsstunden (983 194) bewilligt. Also auch in der Genehmigung von Sonntagsarbeit haben die Behörden der erweiterten Ansprüchen der Unternehmer entsprochen!

Eine geringe Abnahme ist bei den ermittelten Zuwiderhandlungen gegen Schutzgesetze und Verordnungen zu konstatieren. Die Zahl der Anlagen, in denen Verstöße gegen die Bestimmungen und Verordnungen zum Schutze jugendlicher Personen und Arbeiterinnen ermittelt wurden, stellt sich auf 7551 resp. 3383 (8015 resp. 4044). Verurteilung erfolgte in 1357 resp. 628 (1291 resp. 637) Fällen. Jedoch schweben aus dem letzten Jahre noch 60 Strafverfahren.

Die Milde, die unsere sonst so strengen Richter, die besonders schneidig sind, wenn ein Arbeiter als Streiker sich veründigt hat, gegenüber den Mißachtern der Arbeiterschutzgesetze bekunden, dient wahrlich nicht dazu, die Unfälle zu vermindern und zur Beachtung der Gesetze zu erziehen. Der Beamte von Hildesheim, einer der wenigen, die von dem hohhaften Widerstand der Arbeiter gegen Schutzvorrichtungen nichts berichten, teilt mit, daß in seinem Bezirke 64 materielle Verstöße gegen die Arbeiterschutzgesetze ermittelt wurden und er klagte dazu:

„Sie sind in den meisten Fällen auf die gänzliche und häufig offen zur Schau getragene Gleichgültigkeit der Unternehmer gegen die gesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen. Besonders zahlreich waren die ermittelten Zuwiderhandlungen über Art und Dauer der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Steinbrüchen und Ziegeleien, in denen neun Verurteilungen veranlaßt wurden. Rückfällig waren vier bestrafte Personen. Eine Steigerung in der Höhe der Verurteilung war in zwei Fällen zu bemerken, während ein wiederholt rückfälliger Betriebsleiter einer Glasbläse, dem innerhalb fünf Jahren drei Verurteilungen, die letzte in einer Höhe von 500 M., auferlegt worden waren, zu 150 M. und der Direktor einer Zuckerraffinerie, bei zwei Verurteilungen, deren letzte 50 M. betrug, zu 20 M. verurteilt wurden.“

Hier kann man sagen: wiederholte Rückfälle wirken strafmildernd! Die Beamten müssen schließlich die Empfindung haben, daß Anzeigen zwecklos sind. Der Beamte von Kassel kann sich nicht enthalten, folgendes zu sagen: „Die von den Gerichten verhängten Strafen sind zum Teil so gering, daß man von ihnen eine besondere Einwirkung auf die Verurteilten kaum wird erwarten können. Die Strafen schwanken zwischen 35 M., 18 M. und 8 M. und gehen bis auf eine Mark herunter.“

Ein Beamter von Berlin teilt mit, daß ein schon zwölfmal vorbestrafter Bäckermeister wegen erneuter Vergehen — unzulässige Beschäftigung Jugendlicher — zu nur 45 M. verurteilt wurde. Aus Schleswig wird berichtet, daß ein Sägewerksbesitzer wegen verbotswidriger Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in eine Strafe von fünf Mark genommen wurde; ein anderer Fabrikant wurde wegen des gleichen Vergehens in Rückfälle zu 45 M. verurteilt. Ein Ziegelmeister im Potsdamer Bezirk, der eine Arbeiterin schon 14 Tage nach der Entbindung beschäftigt, wurde in eine Geldstrafe von 20 M. genommen. Recht charakteristisch ist eine Mitteilung des Beamten von Arnberg. Der Meister in einem Steinbrüche hatte an Italiener Vier, die Flasche zu 15 Pf. verkauft, er selbst bezahlte dafür 9 Pf. Sein Nebenverdienst aus dem Geschäft belief sich auf 1500 M. bis 1800 M. Ein Strafverfahren war erfolglos, weil dem Meister nicht nachgewiesen werden konnte, daß er das Bier auf Kredit verkauft hatte. Und als Pfaster auf die Wunde erteilte die Polizei dem „etwas schwachsinigen Bruder des Bruchmeisters“ die Schaukonzession. So können die Arbeiter weiter ausgebeutet werden.

Die Kritik mancher Beamten würde sich wohl schärfer gegen die Unternehmer richten, wenn ihnen nicht bedeutet worden wäre, daß sie Sentiments unterlassen und nur Tatsachen berichten sollten. Die von den Beamten beklagte Unwissenheit vieler Arbeiter gäbe kaum Anlaß zu Ausstellungen, wenn man sich dazu verstehen wollte, den Gewerbeaufsichtsbeamten Kontrollen aus den Reihen der Arbeiter zur Seite zu stellen. Ferner wäre unbedingt notwendig die Erteilung der Exekutivgewalt an die Staatsbeamten.

Die russische Revolution.

Die Nigaier Greuel vor der Duma.

Petersburg, 16. April. (Reichsduma.) Das Haus behandelt eine Interpellation über die Ereignisse in Niga, wo bei einem Fluchversuch am 13. d. M. 7 Gefangene getötet und 17 verwundet wurden, während die übrigen 74 vor das Feldkriegsgericht gestellt werden sollen. Die Sitzung nimmt den Charakter eines Duells zwischen der äußersten Linken und dem Zentrum an. Dieses verlangt Verurteilung der Interpellation an die besondere Kommission, die für alle Arten von Interpellationen besteht, während die äußerste Linke die Interpellation als dringlich dem Ministerrat überweisen will. Assiur Kurawajew verliest eine Depesche des Generalgouverneurs von Niga, welcher erklärt, daß keinem der Verhafteten die Todesstrafe drohe. Aleginski verliest eine andere, von seinen Wählern in Niga unterzeichnete Depesche, in der es heißt, daß alle 74 die Verurteilung zum Tode zu gewärtigen haben! Die Debatte nimmt einen stürmischen Verlauf. Das Mitglied der äußersten Linken Schulgün wendet sich an die Sozialisten und sagt: „Sie protestieren gegen die Todesstrafe, aber, sagen Sie mal offen, haben Sie nicht eine Bombe in der Tasche?“ Hierauf erhebt sich ein unbeschreiblicher Lärm, man ruft: „Hinans!“ Vizepräsident Posaunsky läutet und stellt mit Würde die Rede wieder her. Die Sozialdemokraten verzichten sodann auf die Dringlichkeit der Interpellation, die der Kommission überwiesen wird. Die Duma beschließt mit großer Mehrheit, Schulgün wegen Verleumdung von Deputierten von der heutigen Sitzung auszuschließen.

Die Feldkriegsgerichts-Greuel vor der Duma.

Petersburg, 16. April. Reichsduma. (Schluß.) Das Haus lehnt dann die Dringlichkeit für die Interpellation über den Zustand in Ost- und über Repressivmaßnahmen in der Provinz Kurland ab und verweist dieselben an die bereits genannte Kommission. Der Deputierte Kallakow gibt Erklärungen über die Interpellation betreffend die Kassierung eines Urteils des Feldkriegsgerichts durch den Generalgouverneur von Moskau, Gershelmann. Das Kriegsgericht hatte vier Personen, die des Verfalls angeklagt waren, einen Polizeibeamten zu ermorden, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Gershelmann hat entgegen der Zetularverfügung des Ministerrats, die endgültig die Kassierung von Urteilen der Feldkriegsgerichte verbietet, dieses Urteil kassiert. Ein anderes Kriegsgericht hat die vier oben erwähnten Personen zum Tode durch Erhängen verurteilt! Das Urteil ist vollstreckt worden. — Der Interpellation über Mißbrauch der Amtsgewalt seitens Gershelmanns wird einstimmig zugestimmt.

Die Bänke der Rechten hatten sich nach dem Zwischenfall Schulgin geleert. Der Protest der Rechten gegen Schulgin's Ausschließung wurde ins Protokoll der Sitzung eingetragen.

Eine wichtige Vereinbarung.

Petersburg, 15. April. Nach einer Vereinbarung des Präsidenten der Duma Solowin mit dem Ministerpräsidenten Stolypin werden Sachverständige zu den Kommissionen der Duma zugelassen werden. Doch hängt die Zulassung in jedem einzelnen Falle von der Einwilligung des Ministerpräsidenten und des Dumapräsidenten ab.

Die Friedensstube als Dumafeindin.

Petersburg, 16. April. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt:

Professor v. Martens hat an die Redaktion der „Times“ eine Zuschrift über die Reichsduma gerichtet, in der er die Unfähigkeit der Reichsduma zu produktiver Arbeit und die Notwendigkeit, sie aufzulösen, darzutun sucht. Dieser Artikel, der nur die persönlichen Ansichten von Martens wiedergibt, hat in den offiziellen Kreisen Petersburgs um so größeres Erstaunen hervorgerufen, als die Regierung durchaus bemüht ist, den Willen des Kaisers zu vollstrecken und die gesetzgeberische Arbeit in Gemeinschaft mit den Erwählten der Nation auszuführen.

Dass Martens so offener ist, auszuplaudern, was die russische Regierung feuch im Busen verbirgt, hat „höheren Orts“ wahrscheinlich um deswillen ganz besonders unangenehm berührt, weil der Herr Professor Russlands Vertreter auf der ersten Haager „Friedens“-Konferenz war und es auf der zweiten wiederum werden soll.

Konservative Dumaschäfer.

Eine aus Mitgliedern der „gemäßigten Parteien“ und der Rechten zusammengefasste Gruppe hat sich als Hauptziel die „Erhaltung der Duma“, die „Förderung der Produktivität ihrer Arbeit“ und den „Kampf gegen diejenigen, die die Duma zu Revolutionen missbrauchen wollen“, gestellt! — Die Gruppe teilt sich in mehrere Unterabteilungen, die 31 Oktoberisten, 48 Gemäßigte und 7 Mitglieder der Extrem-rechten umfassen. Diese Fraktionen verbleiben selbständig, ohne jedoch ihr einheitliches Auftreten als ganze Gruppe in der Duma aufzugeben. In der letzten Sitzung sprach sich die Gruppe gegen die von der „Aufsteige Snamia“ dem gegenwärtigen Ministerium gegenüber geführte scharfe Sprache aus und mißbilligte gleichfalls die Tätigkeit des Verbandes des russischen Volkes, der mittels Signale aus Petersburg Massenpöbels aus der Provinz hervorruft, die keinesfalls die Meinung der Bevölkerung ausdrücken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. April 1907.

Sozialpolitische Kleinarbeit.

Der Generaldebatte über den Etat des Reichsamtes des Innern wurde heute durch einen Schlußantrag ein Ende gemacht. Genosse Schaepe ließ noch die Forderungen der Bergarbeiter Revue passieren und beklagte das Schnecken-tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung des Reiches, unter dem die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter rüchständig bleiben. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung dieser Verhältnisse ist längst anerkannt, aber der gewaltige Einfluß der Bergwerks-, speziell der Kohlenbarone verhindert eine grundlegende Reform.

Zu bemerken bleibt aus der Generaldebatte noch, daß der Abgeordnete v. Staudy den Staatssekretär resp. die Regierung ersuchte, entgegen dem Drängen der Raumann und Genossen bei dem jetzigen Tempo in der Sozialpolitik zu verharren! Diese Befriedigung des konservativen Führers spricht mehr als alles andere für die Unfruchtbarkeit amtlicher Sozialpolitik.

Das Resultat der sechstägigen Debatte über den Etat war die Annahme von 15 Resolutionen, in denen die Vorlegung einer Reihe von Gesetzesentwürfen sozialpolitischen Charakters verlangt oder sonst der Initiative der Regierung Anregung nach mancher Richtung gegeben wird. Die letzte jener Resolutionen fordert einen Gesetzesentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht.

Das praktische Ergebnis dieser meistens einstimmig angenommenen Resolutionen ist, daß die bürgerlichen Parteien vor ihren Wählern paradiere können, zugunsten der Arbeiter diese oder jene Forderung gestellt zu haben. Ob und wann die Regierung den Resolutionen Wert verleiht durch Vorlegung von Gesetzesentwürfen, das ist eine andere Frage. Zu konstatieren ist jedenfalls, daß die bürgerlichen Parteien samt und sonders nur durch die sozialpolitische Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion dazu gedrängt wurden, durch eine Reihe von Anträgen wenigstens die dringende Notwendigkeit baldigster Verbesserung der Arbeiterverhältnisse anzuerkennen.

In der Spezialdiskussion zu den einzelnen Etatstiteln nahm eine bunte Reihe von Rednern Gelegenheit, die seemannische Bevölkerung ihrer Sympathie zu versichern und besonders für die kleine Schifffahrt Subventionen zu fordern. Unser Genosse Schwarz-Lübeck wies aber aus seiner sachmännischen Erfahrung nach, daß nicht Subventionen der kleinen Schifffahrt nützen noch dem Rang der deutschen Seeleuten abhelfen können, sondern nur eine gründliche, den wirklichen Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechende Gesetzgebung. Die jetzige Seemannsordnung entspreche diesen Bedürfnissen nicht, vielmehr müsse eine solche Seemannsordnung speziell für die große Schifffahrt und eine für die kleine Schifffahrt erst geschaffen werden.

Bezüglich des Reichszuschusses zu den Renten der Invalidenversicherung monierte Genosse Roste die Dürftigkeit der Renten. Die Zuschüsse des Reiches bleiben im Verhältnis zur Zunahme der zu entschädigenden Fälle zurück, und die Handhabung des Gesetzes bringt den Rentenbeziehern viele Nachteile.

Genosse Brühne rügte die Unzulänglichkeit der Gesetze über das Heimatswesen. An sprechenden Vorkommnissen wies er die verhängnisvolle Wirkung bürokratischer Maßnahmen nach und wurde darin von den Abgeordneten Drejski, Wehler und Ged unterstützt.

Morgen Fortsetzung der Spezialberatung des Etats, 2. Nachtragsetal.

Die Reformschulen.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Debatte über den Antrag des Abg. Dr. Krenndi fort, der die Errichtung höherer Lehranstalten mit gemeinsamen Unterbau, sog. Reformmagnasien, fordert. Mehrere Abgeordnete aus verschiedenen Parteien des Hauses, so insbesondere der Nationalliberale Göttinger und der Konservative Dr. Krüger, sprachen sich für die Ausdehnung des naturwissenschaftlichen Unterrichtes im Lehrplan der höheren Knabenschulen aus. Selbst der Zentrumsabgeordnete Dr. Dittlich war dafür. Allerdings hatte er mancherlei religiöse

Bedenken; er bezeugte sich vor dem Gedanken, daß im biologischen Unterricht der höheren Klassen etwa der Name Darwins erwähnt werde oder in der Astronomie das Kant-Laplace'sche System. Aber seitdem der hochheilige Vater Basmann vom Orden Jesu die Entwicklungslehre mit der Schöpfungsgeschichte der sechs Tage in schönsten Einklang gebracht hat, will Dr. Dittlich die Knaben in der Schule all' das Lieber einigermaßen zurechtgestrichelt lernen lassen, weil sie es ja später von den gottlosen Professoren doch einmal erfahren! Nur der freisinnige Abg. Cassel hielt, wie schon öfter, eine seiner pathetischen und erregten Reden zugunsten des humanistischen Gymnasiums. Er hat seinen Lohn dahin; Dr. v. Studi dankte ihm gerührt für die Worte, die sein Kultusministerielles Herz erhoben hätten. Das Abgeordnetenhaus aber schloß schleunigst die Debatte, damit nicht — Gott behüte — noch einmal jemand solche Rede hielte.

Dann kam die Spezialdebatte über den Etat der höheren Lehranstalten, die heute endlich in einer Abend-sitzung abgeschlossen werden soll.

Die Wilowgarde in der Wahlprüfungs-Kommission.

In der Dienstsitzung der Wahlprüfungs-Kommission machten die Vertreter der Blockparteien — einschließlich der Freisinnigen — den Versuch, den am 11. April von der Mehrheit der Kommission gefassten Beschluß betreffend die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. v. Richtigofen-Damedorf umzustößen resp. abzuändern!

Das Gebaren der Freisinnigen darf nicht weiter in Erstaunen setzen; geht ihnen doch die Erhaltung des ehelichen Friedens mit den konservativen Paarungsgenossen über alles. Im übrigen haben „liberale“ Blätter — u. a. das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankf. Zeitung“ — die zuerst Wien machten, dem freisinnigen Abgeordneten, der am 11. April in der Kommission für die Ungültigkeitserklärung stimmte, zu deden, sich nachträglich eines „Besseren“ besonnen und eine andere Melodie angestimmt, deren Töne dem durch den Beschluß der Kommission als Wahlbeeinflusser gebrandmarkt Herr v. Wilow wieder raus ins reichslanzlerische Ohr klingen.

Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß auch die freisinnigen Abgeordneten das Mandat des Herrn v. Richtigofen unter ihre schützenden Fittige zu nehmen wünschen, in der allerdings nicht unrichtigen Erwägung, daß ja — wenn dieses konservative Mandat tatsächlich laßiert würde, mit demselben, ja zum Teil mit größerem Rechte eine ganze Reihe freisinniger Mandate (Eidhoff, Herms u. a. m.) für ungültig erklärt werden müßten.

In unserer Nummer vom 13. d. Mis. haben wir die in Rede stehenden Vorgänge bereits besprochen und der Vermutung Ausdruck verliehen, daß bei der Plenarverhandlung über das Richtigofensche Mandat die Freisinnigen sich sicherlich als — Freisinnige entpuppen würden. Die Tatsachen haben uns noch schneller recht gegeben, als wir vermuteten; die Freisinnigen warten nicht, bis die Sache ans Plenum kommt, sie beeifern sich schon vorher, zu zeigen, daß sie Wilow's Wahlmacht „voll und ganz“ zu segnen gedenken. Darum hat die freisinnige gleich der übrigen Block-Presse auch schleunigst eine Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ apporriert und frustifiziert: daß nämlich nur ein Teil des Antwortschreibens des Reichslanzlers an den Redakteur Toppel der „Täglichen Rundschau für Schlesien“ abgedruckt worden sei; in dem ungedruckten Teil des Briefes aber soll der Reichslanzler betont haben, daß er keine Stellung zu der Wahl im Schweidnitzer Kreise nehmen wolle!

Diese Zeitungsnote gab nun den Blockvertretern Anlaß, in der Dienstsitzung der Wahlprüfungs-Kommission von „Unvollständigkeit“ des Materials“ zu reden, was der Kommission bei Beratung dieser Wahl vorgelegen habe. Im Besitze des neuen „verbollständigten“ Materials fühlte der Block genügend Kraft in seinen Adern, um gar den kühnen Versuch zu wagen; eine neue Besprechung des Falles herbeizuführen! Nicht mehr und nicht weniger wollte man durchdrücken, als daß der Kommissionsbeschluß vom 11. d. M. umgestoßen und von neuem in die materielle Besprechung des durch die offiziöse Presse bekannt gegebenen „vollständigen“ Inhalts des reichslanzlerischen Antwortschreibens eingetreten würde.

Gegen dieses Vorgehen wurden verschiedene Bedenken wegen der Konsequenzen geäußert, die dieser Präzedenzfall nach sich ziehen könnte. Ein paar ganz schlaue Redner glaubten aber der Sache die präjudizelle Spitze abzubringen mit dem finstigen Vorschlage, die Besprechung eintreten zu lassen, wenn kein Mitglied der Kommission widerspreche.

Unser Vertreter erhob jedoch selbstverständlich Widerspruch gegen dieses Verfahren und damit war die Sache erledigt.

Die Absicht der diesmal geschlossenen auftretenden Blockvertreter, die Kommission als Vorspann für die Umstößung des Ungültigkeitsbeschlusses zu benutzen, war somit vereitelt. Die Freisinnigen werden also, wollen sie schon ihren Bundes- und „Paarungs“-Genossen vom Block des Herrn Reichslanzlers Wahlmachten deden helfen, wenigstens aus der Halbdunkel-Kammer der Kommission heraustreten und vor dem Plenum offen Farbe bekennen müssen.

Und das ist sehr erfreulich. —

Deutsches Reich.

Der Seniorenkonvent hat sich gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten mit dem Beratungstoff des Reichstags beschäftigt.

Dem Wunsch der Regierung entspricht es, daß die laufende Session vor Pfingsten zu Ende geführt wird.

Der Seniorenkonvent verständigte sich dahin, den Versuch zu machen, bis Pfingsten den Etat und die Ergänzungsetats, das Gesetz betreffend die Majestätsbeleidigung sowie einige Regierungsvorlagen (Abkommen mit Amerika, den Niederlanden usw.) zu erledigen. Sollte sich dies nicht ermöglichen lassen, so wird der Reichstag nach der Pfingstwoche seine Arbeiten noch für eine kurze Zeit wieder aufnehmen. Bei der Fortsetzung der Staatsberatung sollen, unter der Voraussetzung, daß jede Fraktion zu Worte kommt, die Verhandlungen möglichst zusammengefaßt und eine Art Kontingentierung der Beratungszeit für die einzelnen Etats vorgenommen werden.

Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die in voriger Session unerledigt gebliebenen Gesetze wieder vorgelegt werden und wenn möglich wenigstens teilweise noch zur ersten Beratung gelangen.

Auf Unterbrechung der Sitzungen sowie auf Schwerinstage wird vor Pfingsten verzichtet. Die Frage, ob Schluß der Session oder Vertagung des Reichstages geplant wird, konnte nicht beantwortet werden, da eine Entschädigung der Regierung noch nicht vorliegt. Im Seniorenkonvent wurden mehrere Vorlagen in Rücksicht auf die Notwendigkeit mit der gesetzgeberischen Erledigung der zu erwartenden Regierungsvorlagen noch in dieser Session zu beginnen, die Vertagung befürwortet.

Freisinn und Kaiser.

Der Aufruf des Parteivorstandes zur Kaiserfeier hat die freisinnige Presse zu allerhand törichtem Glosse provoziert.

Das „Berliner Tageblatt“ erblickt in dem Aufruf einen „Rückzug“. Die „Volks-Ztg.“ preist diesen „Rückzug“ als einen Sieg des „Revisionismus“, der stärker sei, „als die Revisionisten selber glauben wollen“. Diese drollige Konstatierung würzt das freisinnig-demokratische Organ mit der Bemerkung, daß sich der Revisionismus, wenn nur an seiner Spitze ein „wirtschaftlich unabhängiger (!) energischer Charakter stände“, sich nicht so „jämmerlich an die Wand drücken“ lasse, „wie es seit Dresden und Jena geschehen ist“. Eine Aufmunterung an den Revisionismus, die allem eher als einem Kompliment ähnlich sieht. Die „Volks-Ztg.“ erblickt in dem Aufruf des Parteivorstandes eine Waffenstreckung der Partei vor den stärkeren Gewerkschaften: „Vor der Macht aber beugt sich der Parteivorstand, und froh ist er darum, wenn er die Grundsätze wenigstens für die Theorie retten kann.“ Aber die Gewerkschaften haben ihren Sieg über die Partei nach der „Volks-Ztg.“ bereits auf den Mannheimer Parteitag errungen. Dort haben „sie es denn auch dahin gebracht, daß beschlossen wurde, nur da die Arbeitsruhe eintreten zu lassen, „wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist“.

Man sieht, die liebe Freisinnspresse ist erstaunlich gut unterrichtet! Die Gewerkschaften haben es in Mannheim „dahin gebracht“, eine Resolution durchzudrücken, die — auf dem Jenaer Parteitag 1905 bereits in genau demselben Wortlaut angenommen wurde! Welcher Rückzug der Partei!

Aber mehr noch: bereits auf dem Münchener Parteitag im Jahre 1902 lautete der Schlußpassus der Kaiserfeierresolution wörtlich genau so, wie in Jena und Mannheim, nämlich:

„Der Parteitag macht es dabei den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.“

Welch eine Preisgabe des früher angenommenen Standpunktes!

Aber damit nicht genug!

In seinem Schlußwort auf dem Münchener Parteitag im Jahre 1902 erklärte der Referent über den Punkt Kaiserfeier, Genosse Fischer, daß die Partei von jeher den Standpunkt vertreten habe, daß für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zwar Opfer gebracht werden müßten, daß die Partei die Kaiserfeier aber zu „einer Kraftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse“ nicht werden lassen wolle!

Die Partei hat also seit jeher genau auf dem Standpunkt gestanden, den der Parteivorstand in seiner Erklärung angenommen hat. Es bedurfte wahrhaftig nicht erst der Belehrung der „Volks-Ztg.“, „daß das Bürgertum eine Macht ist, mit der auch die radikalsten Dickschorn bis auf weiteres noch rechnen müssen.“ Mit Radikalismus oder Revisionismus hat gerade die Kaiserfeier nicht das geringste zu tun. Ebenjowenig mit Partei oder Gewerkschaften. Die Kaiserfeier ist seinerzeit sowohl von Partei wie Gewerkschaften beschlossen und durchgeführt worden. Die Durchführung der Arbeitsruhe hängt selbstverständlich zum guten Teile auch von der jeweiligen wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Konjunktur ab. Das ist von den radikalsten Parteigenossen jeder Zeit als etwas Selbstverständliches anerkannt worden. Daß gleichwohl die bürgerliche, sogar die „freisinnige“ Presse das Charakteristikum des Radikalismus in blindem, stupidem Draufgängertum erblickt, ist nicht die Schuld des Radikalismus, sondern der traurigen Vorniertheit der guten bürgerlichen Politiker selbst! —

Die Untersuchungskomdie.

Dem Reichstag ist soeben ein Bericht Dernburgs über die Ergebnisse der Untersuchung der im Parlament erhobenen Anschuldigungen gegen Kolonialbeamte vorgegangen. Der Bericht ist so „summarisch“, daß sich für den Reichstag nicht die geringste Möglichkeit ergibt, die als festgesetzt angegebenen Tatsachen irgendwie nachzuprüfen. Entweder wird auf bereits gefällte frühere Urteile zurückgegriffen, deren Nachprüfung doch gerade Aufgabe der Untersuchungskommission gewesen wäre, oder aber der Reichstag wird damit abgepeist, daß die Untersuchungen noch schwächen!

Wir sind gespannt darauf, ob die freisinnigen und ultramontanen Ankläger sich durch einen solchen „Bericht“ abpeisen lassen werden! —

Abides.

Das reizvolle Intrigenspiel um einen balant werdenden Ministerposten wird fortgesetzt. Der „Frankl. Courier“ behauptet, daß der Frankfurter Nachfolger Miquels, Herr Abides, tatsächlich nach Berlin gerufen und dort wegen der etwaigen Nachfolgerschaft des Grafen Posadowsky sondiert worden sei. Und zwar von Herrn Lucasius! Was dazu nun wohl das Dertelsche Agrarierorgan sage?

Das Dertel-Blatt gibt zu, daß solch eine Zusammenkunft stattgefunden habe. Das habe es auch gar nicht bestritten. Es habe ja nur erklärt, daß der Frankfurter Oberbürgermeister weder vom Kaiser noch vom Kanzler empfangen worden sei und daß es sich nicht um die Uebernahme des Kultusministeriums gehandelt habe. Die Sache mit Posadowsky ist in der Hand geblieben. Immerhin werde Posadowsky „in nächster Zeit keinesfalls aus seinem Amte scheiden“. Er befinde sich zurzeit in voller Uebereinstimmung mit dem Reichslanzler. Vor einiger Zeit möge die Sache etwas anders gelegen haben. Jetzt aber sei die Frage der Nachfolgerschaft Posas nicht aktuell.

Es scheint also, als ob tatsächlich die Frage der Heranziehung des „Liberalen“ Frankfurter Oberbürgermeisters erwogen worden sei. Offenbar handelte es sich um eine formale Konzeßion an die liberale Blockbrüderchaft. Nur daß man dem System durch Dypferung Studis auch nicht einmal eine Scheinkonzeßion abringen lassen wollte. Dagegen war man eventuell bereit, Posadowsky gegen Abides einzutauschen. Nun hat sich ja Posas in Nachahmung des agrarisch ersiehenden wollenden Wilow einen konservativen Politiker genannt — aber daß von Abides eine fruchtbarere Sozialpolitik zu erwarten wäre, ist nach den Leistungen dieses Mannes ausgeschlossen. Zudem scheint die Regierung momentan sogar auf den Personenaustausch verzichteten zu wollen. Sie wird erst den Appetit des Liberalismus noch eine Weile reizen, bevor sie ihn durch ein Schaubrot stillt. —

Die Reichstags-Nachwahl im Wahlkreis Glauchau-Meerane.

Meerane, 16. April.

(Privattelegramm.)

Die Ersatzwahl zum Reichstag ist auf den 26. April festgesetzt worden.

Die Ansetzung der Wahl auf einen so nahen Termin ist möglich, weil neue Wählerlisten nicht angefertigt werden. Wenn die Nachwahl innerhalb eines Jahres nach der Vorwahl stattfindet, wird nach den Wählerlisten der Vorwahl gewählt. Das Wahlreglement verlangt in diesem Falle nur, daß die Bekanntgabe des Wahltermins und die sonstigen amtlichen Wahlbekanntmachungen acht Tage vor dem Termin selbst erfolgen.

Aus dem Wahlkreis wurde uns noch vom 15. April geschrieben: Die Ordnungsparteien haben bereits ihren Kandidaten nominiert. Sie stellen wiederum den Dr. Claus aus Lohschütz bei Dresden auf. Wie die Ordnungspresse des Wahlkreises meldet, bereiten die Reformen eine Sonderkandidatur vor. Als Kandidat wird ein Dr. Kohnmann aus Leipzig genannt. Die Ordnungsparteien geben sich als fei den Ordnungsparteien des Wahlkreises diese Kandidatur unangenehm. Man wird jedoch nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß es sich hier um die Absicht handelt, eine Stichwahl herbeizuführen, in der die Gegner hoffen, unserer Partei den Kreis zu entreißen. Unsere Genossen werden den Wählern die Einsicht beibringen, daß sie weder mit noch ohne antisemitische Wahlhülfe den Kreis je wieder erobern können. Bei den allgemeinen Wahlen vom 25. Januar waren die bürgerlichen Stimmen erheblich gestiegen. Während unser verstorbenen Genosse Kuer wegen seines körperlichen Zustandes nicht an der Agitation teilnehmen konnte, entsandten Dr. Claus und seine Freunde eine im Kreis seit Jahrzehnten ungewohnte rege Agitation. Bei der Nachwahl wird diese agitatorische Ueberlegenheit wegfallen und unsere Genossen werden bemüht sein, alle Reserven heranzuziehen, um den Stimmenrückgang vom 25. Januar wieder auszugleichen. Die Aufstellung unserer Kandidaten erfolgt in der nächsten Sonntag stattfindenden Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 17. sächsischen Wahlkreis. Der Wahlkampf wird ein sehr heftiger werden. Unsere Genossen werden alles daran setzen, die Gegner zu überzeugen, daß in einem Wahlkreis, in dem Männer wie Sebel, Brade und Kuer für den Sozialismus gewirkt haben, nichts für sie zu hoffen bleibt.

Die Stimmenverhältnisse im Wahlkreis zeigt folgende Tabelle:

1871. Fortsch. 4679, Sebel (Soz.) 7344.
1871 (Nachwahl infolge gerichtlicher Überkennung des Mandats). Fib. 4240, Sebel (Soz.) 10 470.
1874. Natl. 1581, Sebel (Soz.) 7777.
1877. Natl. 6130, Sebel (Soz.) 11 041. (Nachwahl, da Sebel das Mandat wegen Doppelwahl ablehnte.) Nat. 8063, Brade (Soz.) 10 761.
1878. Natl. 8050, Brade (Soz.) 11 579.
1880 (Nachwahl infolge Mandatsniederlegung Brades). Konf. 7256, Kuer (Soz.) 8255.
1881. Natl. 7375, Soz. 6692. Gewählt Leuschner (natl.).
1884. Natl. 8560, Kuer (Soz.) 9513.
1887. Natl. 13 578, Soz. 9586. Gewählt Leuschner (natl.).
1890. Natl. 10 063, Kuer (Soz.) 15 266.
1893. Natl. 8184, Kuer (Soz.) 15 234.
1898. Natl. 8600, Kuer (Soz.) 13 437.
1903. Konf. 7392, Kuer (Soz.) 19 349.
1907. Natl. 13 452, Kuer (Soz.) 16 682.

Als Kreisbergs Nachfolger

für den Wahlkreis Ralmsdorf-Montjoie-Schleiden ist, wie die Zentrums-
presse berichtet, der Regierungsrat Dr. Ferders in Düsseldorf
ausersuchen. Die zentrumsagrarische „Rheinische Volks-
stimme“, die die Aufstellung des Grafen Spee als sicher zu melden
mag, ist darüber aus dem Häuschen. Das Blatt nennt die Kan-
didatur Ferders einen argen Mißgriff, der nur geeignet sei,
Unfrieden und Zwietracht in den Kreis hineinzutragen. In dem
Arbeiterwahlkreis Essen würde man sich schon gehütet haben, einen
Mittergutsbesitzer aufzustellen, einem solchen hätten die Arbeiter
gehörig belangt, aber den Bauern gegenüber glaube man
derartige Rücksichten nicht nötig zu haben; die seien ohnehin gut
katholisch und folgten, wie man annehme, blindlings der von oben
gegebenen Parole. Aber, so meint das Blatt, diese Rechnung werde
sich als falsch erweisen:

„Unsere Eiferer Bauern sind durch ihre harte Arbeit und ihr
mühevolltes Ringen um ihre Existenz etwas schwerfällig und ge-
drückt. Sie hieße aber geradezu sie für trohdumm
halten, wollte man annehmen, daß sie einen Regierungs-
beamten, der für städtische und industrielle Kreise einen vorzüg-
lichen Abgeordneten abgeben würde, als Vertreter ihres rein länd-
lichen Kreises wählen. ... Die Aufstellung dieses Kandidaten
nimmt sich aus wie ein Hohn auf die berechtigten
Wünsche der Bauern, die doch gerade in dem über-
standenen Wahlkampfe gezeigt haben, daß sie ihre Wünsche
zurücktreten lassen, als es sich um die Aufstellung
von Arbeitersekretären in gemischt oder überwiegend industriellen
Kreisen handelte. Ist das jetzt der Dank für das loyale Ver-
halten unserer Bauern?“

Das rheinische Zentrum hält gute Ordnung in seinen Reihen
und hat bis jetzt bezüglich seiner Kandidaturen den Forderungen
und Klagen der Agrarier gegenüber den Willen ihrer Parteileitung
durchzusetzen gewußt. Außerdem sind die Eifelbauern wirklich gut-
mütige Leute, so daß sie es wohl kaum zu einer Aufsehung im
Sinne der „Rheinischen Volksstimme“ kommen lassen werden, selbst
auf die Gefahr hin, für „trohdumm“ gehalten zu werden. —

Der Bremer Schulonskitt

lebt wieder auf. Bekanntlich hatten die Bremer Lehrer Holzmeier,
Gartelmann, Lütkeberg und Gansberg bei dem wider sie eingeleiteten
Disziplinarverfahren infolge der abgelehnten, als der aus Bremen
nach Bremen importierte Schulinspektoren Röhpe eine scharfe Miß-
billigung durch den Vorsitzenden der Disziplinarkammer ein-
stücken mußte; und ferner, weil in der dreitägigen Verhandlung
aus beständig wurde, was die Bremer Lehrerschaft dem Herrn zur
Last gelegt hatten. Man hätte nun meinen sollen, der Herr Schul-
inspektor wäre recht schmeichelt gegangen oder doch von der Schul-
behörde verabschiedet worden! Weit gefehlt! Der Mann
verfügt offenbar über eine willkürliche Rhinoceroshaut, und da
die Behörde ihn nicht gehen ließ, blieb er im Amt. Dagegen
geht jetzt einer der vier, wegen ihrer Versündigung am Schulinspektor
angeklagt gewordenen Lehrer, nämlich der sehr befähigte, als pädago-
gischer Schriftsteller bestens bekannte Gansberg. Und das kam
so. Gansberg war laut Senatsbeschlusse besonders angeklagt, in
einem öffentlichen, vor Angehörigen von bremischen Schulinspektoren
gehaltenen Vortrag ausgeführt zu haben, „daß in den bremischen
Schulen ein unfruchtbarer, bürokratischer Geist umgebe, der durch
widerliche Rechtsaberei und rücksichtslose Draufgänger die freien
Regungen der jugendlichen Kräfte zusammenschüre und der nur
dadurch zu fassen sei, daß man öffentlich brandmarke,“ ferner, „daß
ein solches schädliches System“ sich in der Person des Schulinspektors
verkörpere. Damit sollte sich Gansberg gegen § 25 des bremischen
Beamtengesetzes vergränzen haben. Gansberg bestritt in der Verhand-
lung, welche vorige Woche stattfand, die Ausdrücke „widerlich“ und
„rücksichtslos“ gebraucht zu haben. Ferner wollte er allgemein von
„unseren“ Schulen gesprochen haben. Er habe auch die Frage auf-
geworfen, was zu geschehen habe, wenn sich die Kritik eines solchen
Systems gegen einen Vorgesetzten richte, er habe aber als Beamter

die Frage selbst nicht beantwortet. Die Eltern brauchten sich aber
von der Verfechtung ihrer Ideen nicht abhalten zu lassen. Diese
Gedanken habe er an einigen Beispielen erläutert und dabei vom
bürokratischen Geist, von Draufgänger und Rechtsaberei ge-
sprochen. Ein Zeuge sagte aus, Gansberg habe sehr sachlich
gesprochen. Half alles nichts, Gansberg wurde außer mit
einem Verweis mit zweihundert Mark Geldstrafe bedacht.
Doch das hätte sich vermeiden lassen. Es wurde ihm aber in der
Urteilsbegründung durch den Vorsitzenden, den Senator Dr. Buss,
der sich diesmal wohl freier fühlen mochte, da der Zuhörerraum ein
ganz anderes, längst nicht so imponierendes Bild bot als im März,
eine empfindliche Kränkung zugefügt, die der so ganz anders als der
Schulinspektor organisierte Gansberg nicht vermeiden konnte und
wollte. Der Senator sagte u. a.: „Es wäre bei dieser (der oben
stichwort) Sachlage scharf daran, daß der Staat sich
von einem Beamten befreien müßte, der in derartiger
Weise gegen seine vorgesetzte Behörde und gegen (1) die Schul-
verhältnisse in Bremen zu Felde zieht und sich nicht entsagen könnte,
die Tätigkeit von vielen Leuten (nämlich des Schulinspektors, der
Schulbehörde, der Schuldeputation usw. Der Verf.) herunterziehen.
So sehr es an sich berechtigt wäre, müsse von der
Dienstentlassung nach Ansicht der Kammer abgesehen werden, und
zwar im Hinblick auf die ganzen Verhältnisse, in denen der Vor-
trag gehalten worden sei, im Hinblick darauf, daß zweifellos, wie
auch früher festgesetzt worden sei, eine erhebliche Erregung in der
Lehrerschaft bestand, und ferner müsse man annehmen, daß diese
verleghen Äußerungen und schweren Beschuldigungen gegen die
Schulbehörde nicht der Jued der Rede gemein seien, sondern daß
es sich vielleicht bei dem Angeklagten, als er sein eigentliches
Thema verlassen hatte, mehr um eine Erregung gehandelt habe, in
die ihn das Schlußwort verjagt habe.“

Durch solche demütigenden Worte mußte Gansberg, dem die
geringsten Schulreformversuche, z. B. die Verteilung eines von ihm
verfassten und von Sachmännern sehr gelobten Fibel an die Schüler
seiner Klasse brüskel abgelehnt wurden, sich in der Tat schwer ge-
kränkt fühlen. Zumal da ihm, dem das Beste der Schule anstrebenden
Reformator, zur gleichen Zeit eine solche Demütigung widerfuhr,
wo man einen, das Schulleben aufs schlimmste schädigenden Vor-
gesetzten im Amte beließ, obwohl sich der Unwille fast der ge-
samten Lehrerschaft gegen ihn gerichtet hatte. Wohl war
das Wirken des Schulinspektors zum Teil scharf mißbilligt
worden, aber davon war keine Rede gewesen, daß man nahe
daran sei, „den Staat von einem solchen Beamten zu be-
freien“. Gansberg hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Das
fortschrittfeindliche System — denn darum handelt es sich hier —
hat sein Opfer dahin.

Jetzt hat sich aufs neue eine große Erregung der Lehrerschaft
bemächtigt, und die bremischen Lehrer haben bisher bewiesen, daß
sie den Mut haben, sich des unbilligen Drucks, der auf ihnen lastet,
zu erwehren. Bisher galt ihr Kampf wesentlich dem Schulinspektor,
jetzt wird er sich gegen das System und seinen Träger, die Be-
hörde, richten müssen. Das bewies uns schon die Ver-
handlung gegen die vier Lehrer, es wird uns durch
den Fall Gansberg bestätigt. Die Herren vergessen, wenn sie
solche Behauptungen aufstellen, daß hier nicht der Schulaufsichts-
beamte, sondern die Behörde in Betracht kommt“, sagte der
Senator in seiner Begründung des Urteils im Prozeß Gansberg.
Damit ist betont worden, daß die Behörde — abgesehen von einigen
Maßnahmen des Schulinspektors — diesen unter allen Umständen
halten will, weil er ja nur das System vertrat, daß sie ver-
tritt! Denn der Senator Buss gehört der Schulaufsichtsbehörde an,
was er sagte, kann man als von dieser gesprochen erachten. So
wird darauf geachtet, daß den Lehrern, unter denen es immer noch
sehr viel Gutmütige gibt, die allem gefährlichen Kampfe einen
neuen auch brüchigen Frieden vorgehen, vollends die Augen geöffnet
werden. Der Kampf wird noch ein sehr jäher werden, mögen die
Lehrer zeigen, daß sie Männer genug sind, ihn zu führen. —

Der Zeugniszwang in Bayern. Das Oberste Landgericht in
München hat die Beschwerde des Genossen Paul Schlegel
gegen die vom Schöffengericht Kulmbach angeordnete und vom
Landgericht Bayreuth bestätigte Zeugniszwangshaft abgelehnt.
Die Inhaftierung des Genossen Schlegel besteht also „zu Recht“.
Interessant sind einige Bemerkungen in der langwierigen Ver-
urteilung der Aufrechterhaltung der Haft. Schlegel war bekannt-
lich ursprünglich wegen Verleumdung des Fabrikanten Hornschuh
zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden, das Landgericht
Bayreuth setzte die Strafe auf 150 M. Geldstrafe herab. Hornschuh
suchte nun den Verfasser zu ermitteln und wollte als ein Werkzeug
hierbei den Genossen Schlegel benützen. In seiner abweisenden
Begründung sagt nun das Landgericht Bayreuth, die Ver-
urteilung Schlegels zu 150 M. Geldstrafe sei keine volle Sühne
für die Verleumdung Hornschuh's, durch die Zeugnisverweigerung
Schlegels werde die volle Sühnung einer erheblichen Rechtsver-
letzung verhindert. Schlegel habe auch durch eine Zeugnisabgabe
keinen erheblichen Rechtsnachteil zu befürchten. Dieser Begrün-
dung hat sich nun die höchste richterliche Instanz in Bayern ange-
geschlossen! Daß ein Redakteur, der das Redaktionsgeheimnis preis-
gibt, in den Augen aller anständigen Menschen ehrlos wird, daß
Schlegel, wenn er sein Zeugnis abgibt, nicht nur moralisch ge-
drückt, sondern sich auch in seinem Verufe unmöglich machen und
seinen wirtschaftlichen Ruin herbeiführen würde, erachtet das Ge-
richt anscheinend für keinen Rechtsnachteil.

Ausland.

Frankreich.

Abbé Jouin.

Paris, 18. April. (Fig. Ver.)

Abbé Jouin, der Pfarrer von St. Augustin, ist heute wegen
Übertretung des Artikels 35 des Trennungsgesetzes zu 16 Frank
Geldbusse verurteilt worden. Sein Delikt wurde in der Verteilung
einer Broschüre an die Gläubigen erblickt, die anlässlich der Kirchen-
inventuren zum Widerstand aufforderte. Das milde Urteil entspricht
dem für die Regierung recht unglücklichen Eindruck, den die Haupt-
verhandlung gemacht hat. Es war wirklich nicht nötig, den Staats-
anwalt wegen der paar kräftigen Redensarten, die der Geistliche
gebraucht hat, in Bewegung zu setzen. „Aufreizungs“-Prozesse
bleiben gleich unerquicklich, wenn sie gegen Reaktionen wie wenn
sie gegen Revolutionäre angestrengt werden. Abbé Jouin hat
nicht ohne Humor darauf verwiesen, daß man Bemerkungen, die
aus dem Kriegesleben auf das Gebiet der Parteikämpfe
übertragen werden, nicht ganz wörtlich zu nehmen braucht,
und er hat zur Illustration glückliche Zitate in Clémenceaus
Reden gefunden. Da die von den Merkmalen schlauber-
weise vorher ins Werk gesetzte Veröffentlichung der Papiere
Montagninis dem Ankläger seine besten Effekte vorweg-
genommen hatte und der Rest von „Entstellungen“, der ihm ge-
blieben war, auf ein geschwächtes Interesse stieß und wirklich nicht
geeignet war, es neu zu beleben, so ist die Niederlage der Regierung
wohl begreiflich. Immerhin erscheint sie noch in überraschender
Weise verhärtet durch die Motive, die die Strafkammer ihrem
Urteil beigegeben hat, besonders durch die Bezeichnung des
Trennungsgesetzes als eines „maßlosen Ausnahme-
gesetzes“, das ein Spezialdelikt für Kultusdiener schafft, die es
doch gerade zu einfachen Bürgern gemacht hat. — Es ist sicher
eine außerordentliche Erscheinung, daß Richter ein bestehendes Gesetz
so heftig kritisieren.

Dieses Urteil beweist, daß die reaktionäre Bürokratenclique
nicht ablassen will. Da aber die Regierung Clémenceau sich durch
ihre sozialreaktionären Maßregeln die lebensfähigsten Kräfte der Demo-
kratie immer mehr entfremdet, so muß sie dem Mißtrauen und der
Abneigung, das ihr auf allen Seiten entgegentritt, endlich zum
Opfer fallen. Wenn andere Ministerien durch Zufälle stürzen,
so hat das Kabinett Clémenceau seit Monaten nur noch durch Zufälle
gelebt. Ohne eine durch ein politisches Programm verbundene
Majorität hat es sein Dasein zuletzt durch die riesigen
Majoritäten gestiftet, die ihm die Solidarität der gefährdeten

Bourgeoisinteressen bot. Aber für eine fortbauende antisozialistische
Diktatur ist die Situation nicht revolutionär genug, und das
Ministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung zu zweideutig. —

Belgien.

Eine Regierungskomödie mit Staatsstreich.

Brüssel, 15. April. (Fig. Ver.)

Dem belgischen Staatsbürger, der sich eben noch über die
nächste Wendung der Krise den Kopf zerbrach, bescherte der
Sonntag eine immerhin unerwartete Ueberraschung: die Ver-
öffentlichung eines im offiziellen „Moniteur“ erschienenen, von
den Ministern gegengezeichneten königlichen Erlasses, durch
den das von der Kammer dotierte Minengesetz zurück-
gezogen wird!

Als was stellt sich dieser Akt dar? Man urteile: Die
Abstimmung erfolgte am 12. April, der Erlass ist vom
11. April datiert, und am 14. April wird er mit den
Unterschriften der Minister, die bereits die Demission über-
reicht hatten, publiziert! Gibt es eine frechere Verhöhnung
der Parlamentsrechte und der Konstitution als diesen Akt,
eine unerschämtere Komödie als die dieser Minister, die in
Kenntnis dieses Erlasses über ein Gesetz abstimmen lassen,
das nicht mehr existiert und die auf Grund dieser
Abstimmung ihre Demission überreichen?! Minister, die
keine mehr sind und die einen Erlass unterzeichnen — eine
Regierung, die ein Gesetz zur Abstimmung gibt, von dem sie
weiß, daß es zurückgezogen ist — selbst dem vom König
und von der Regierung Emel de Raeyer so oft zur demütigen
Rolle verurteilten belgischen Parlament dürfte der Tabak
wohl zu stark sein. . . .

Daß der König, der sich gleich nach der Annahme des
Amenagements Veernaert mit seinen Ministern über jenen
Schritt einigte, sich — wie schon bei anderer Gelegenheit oft
— über das Parlament mokiert, daß er ein Gesetz zurück-
zieht, dem die Majorität des Parlaments zugestimmt hat,
das liegt schließlich nur auf der Linie des absolutistischen
Regimes, das der Souverän der Kolonialpolitik auf das Mutter-
land verpflanzt hat. Eine andere Frage ist, ob auch der
diesmalige Staatsstreich — er wird selbst vom „ruhigen“
Publikum und von gemäßigten Blättern als ein frecher
Theatercoup und als Staatsstreich bezeichnet — vom Lande
und vom Parlament wieder einmal ruhig quittiert werden
wird. . . . Mit Ausnahme der allergeringsten und der
offiziösen Presse wird der Gewaltakt des Königs,
der sich als offene Kriegserklärung des Monarchen an
das Parlament darstellt, in Worten der höchsten
Empörung und Erbitterung besprochen, ebenso wie die Komödie
dieser Regierung, die mit der Pose der Rechtschaffenheit „ab-
trat“, um dabei das niederträchtigste Schelmenstück gegen
Parlament und Verfassung anzuführen.

Heute versammelt sich der Vorstand des Generalrats der
sozialdemokratischen Partei, um die Abfassung eines Aufrufs
an das Volk zu beraten, der das Urteil über die dem Parla-
ment und der Volkssouveränität entgegengesetzte Provo-
kation des Königs und der „Regierung“ sprechen soll. Die
Erregung ist allgemein und die Blätter aller Richtungen kon-
statieren den Ernst, ja die Gefährlichkeit der Situation.

Brüssel, 16. April. (B. J.) Die Sozialisten werden in
ihrer morgigen Versammlung den Wortlaut eines Aufrufes
an das Volk beraten, worin sie gegen die Zurückziehung des
Grubengesetzes Einspruch erheben. Weiter besteht die Absicht,
an den Kammerpräsidenten das Ersuchen zu richten, das
Parlament schleunigst wieder einzuberufen. Endlich wird noch
in Aussicht genommen, bei der ersten Zusammenkunft ein
Tadelvotum gegen das neue Kabinett abzugeben, falls sich
unter diesem ein Mitglied des früheren Ministeriums befinden
sollte. —

Dänemark.

Offizielle Feier eines sozialdemokratischen Gesetzes.

Das Gesetz über Staats- und Gemeindefürsorge zu den
Arbeitslosenklassen ist am 9. April vom König bestätigt worden
und hat damit Geltung erlangt. Der Minister des Innern ver-
anstaltete aus diesem Anlaß eine Festlichkeit, zu der alle
Personen geladen waren, die an dem Gesetz mitgearbeitet haben,
u. a. die Mitglieder der Invaliditäts- und Altersversicherungs-
kommission, sämtliche Reichstagsabgeordnete, die in Ausschüssen
oder als Berichtführer der Parteien mit der Sache zu tun hatten,
Repräsentanten der Stadt Kopenhagen, wie der Vereinigung der
Provinzstädte und der Kirchspielratsvereine, Beamte des
Ministeriums des Innern usw. Während des Festes lief ein
Telegramm des Königs ein, das einen Glückwunsch zur Durch-
führung des neuen Gesetzes enthielt.

Das Gesetz ist nun bekanntlich eine Frucht der sozialdemo-
kratischen Agitation und der unermüdelichen jahrzehntelangen
Arbeit unserer Genossen im Folkething! Im Jahre 1891 er-
klärte der damalige Minister des Innern Jørgensen jede Art
Gesetzgebung auf diesem Gebiete für unmöglich. Und jetzt
feiert der Minister Berg die Durchführung des „unmöglichen“
Gesetzes, und der König sendet seinen Glückwunsch!

„So wird es auch mit dem Achtstundentag gehen“, schreibt
„Social-Demokraten“. „Der König wird dann auch zur Durch-
führung der sozialdemokratischen Reform Glück wünschen. So
wird es gehen mit all den anderen großen Reformen, die in
unserem Programm stehen. Nach jahrelangem heftigen Wider-
stand werden sie durchgeführt und selbst die Gegner werden den
Tag feiern.“ —

Afrika.

Ein neues Einwanderungsgesetz ist in der Kapkolonie zur An-
nahme gelangt. Es trägt den Titel „Immigration Act, 1906“. Die
wesentlichen Abweichungen gegenüber dem bisher geltenden
Einwanderungsgesetz von 1902 sind folgende:

1. Was den Kreis der sogenannten Prohibited Immigrants
anlangt, so sind nach dem bisherigen Gesetz von der Einwanderung
ausgeschlossen Personen, die nicht in stande sind, in irgend einer
europäischen Sprache ein Gesuch an den zuständigen Minister zu
schreiben und zu unterzeichnen. In dem neuen Gesetz ist die
bisher nur in der Praxis geübte Auslegung, daß das sogenannte
„Yiddish“ (Judenteutsch) als europäische Sprache im Sinne des
Gesetzes anzusehen sei, gesetzlich festgelegt worden. Neu
ist die Ausnahmedestimmung, daß bei Personen, welche Aufnahme
in die Kapkolonie begehren, um der Verfolgung wegen politischer
oder religiöser Vergehen oder Verhältnisse zu entziehen, der
Mangel an hinreichenden Geldmitteln oder die Befürchtung, daß sie
der Öffentlichkeit zur Last fallen könnten, kein unüberwindliches
Hindernis für die Zulassung bilden sollen. Solchen Personen
kann mit Genehmigung des Ministers die Landung gestattet
werden.

2. Die Vorschrift, daß die unter Engagement er-
folgende Zuwanderung europäischer Arbeiter (darunter sind land-
wirtschaftliche Arbeiter, Diensthofen, gelernter Handwerker, Re-
chaniker, Handarbeiter, Bergleute zu verstehen) nicht unter das
Gesetz fallen soll, ist auf Unternehmungen beschränkt worden, die vom
Gouverneur gebilligt sind, nachdem er sich davon überzeugt hat,
daß für die in Betracht kommende Art von Arbeit kein genügendes
Arbeitsangebot zu angemessenen Lohnsätzen in der Kolonie selbst
vorhanden ist. Die Person, die auf Grund dieser Vorschrift ein-
wandern will, muß im Besitz einer amtlichen Bescheinigung
darüber sein, daß sie für die Zeit unmittelbar nach der Ankunft

*) Der Termin der Kreisversammlung ist inzwischen auf
Donnerstag, den 18. April, festgesetzt worden.

In der Kolonie von einem Arbeitgeber von gutem Ruf zu einem unangenehmen Lohn und für einen angemessenen Zeitraum angeheftet worden ist. Die Beschneidung muß von dem Generalagenten der Kolonie in England, oder von einem Beamten, den der Gouverneur der Kolonie für England oder für sonstige Länder zur Ausstellung solcher Zeugnisse ermächtigt hat, herühren.

Gewerkschaftliches.

Nach Hamburg — Königsberg.

Ein schwerer Kampf droht im Königsberger Hafen auszubrechen; die Reeder und Großkaufleute wollen ihn, weil ihnen der Hafenarbeiterverband ein Dorn im Auge ist. Bis vor wenigen Jahren gab es im Königsberger Hafen miserable Löhne, eine unregelmäßige Arbeitszeit und schwere Mißstände. Da ermannten sich die Hafenarbeiter, bauten ihre Organisation aus und führten einigermaßen geordnete Zustände ein. Auch nach dieser Tätigkeit blieben sie nicht rufflos, sondern waren emsig bestrebt, eine straffe Organisation herzustellen, die nun heute da ist, aber von den Reedern aufs äußerste gefährdet wird. Deshalb ist ihr der Krieg erklärt worden und zwar aus nichtigen Gründen. Die Reeder behaupten, daß der Hafenarbeiterverband „den Handel deunruhigt“, weil sich seine Mitglieder weigern, mit Nichtorganisierten zusammen zu arbeiten. Dann sind die Herren sehr aufgebracht, daß der Hafenarbeiterverband fünf seiner Mitglieder auf ein Jahr aus dem Verband ausgeschlossen hat, weil sie gegen das Statut verstoßen haben. Die Reeder erklären, daß diese Arbeiter brütlos gemacht worden sind. In Wirklichkeit arbeiten sie nach wie vor als Getreideträger. Aber die Herren wollen den Kampf, und daher müssen sie auch Gründe haben und wenn letztere noch so fadenförmig sind. Der Ausschluß jener fünf Mitglieder ist der äußere Anlaß des Kampfes. Die Reeder haben in einem Schreiben den Hafenarbeiterverband aufgefordert, die „Sperre“ über jene Hafenarbeiter bis zum 15. April aufzuheben, widrigenfalls sie „aufs nachdrücklichste“ ihre Maßregeln ergreifen werden. In der bürgerlichen Zeitungen wird eine rüchichtslose Aussperrung angekündigt. Also wegen fünf Mann, die Arbeit haben und in keiner Weise geschädigt worden sind, sollen hunderte ausgesperrt, soll ein harter Kampf heraufbeschworen werden. So wollen es die liberalen Reeder und Großkaufleute. Der Hafenarbeiterverband hat nun dazu in einer Verammlung Stellung genommen und den Reedern in einem Briefe geantwortet, daß er das Ansuchen der Reeder ablehne, aber nach Möglichkeit dafür sorgen werde, daß die betreffenden Getreideträger, sobald sie ihre begangenen Fehler einsehen, auf ihren besonderen Antrag, auch vor der Zeit in den Verband aufgenommen werden, wenn der Arbeitgeberverband für Handel und Spedition bis zum 1. Mai d. J. die Erklärung abgibt, daß die 180 braven Speicherarbeiter, zum allergrößten Teil Familienväter, welche im vorigen Jahre Anfang September durch eine schwarze Liste brütlos gemacht wurden und nicht nur in einem Betriebe, sondern in der ganzen Getreidebranche wie überhaupt bei den Arbeitgebern Königsbergs keine Arbeit finden konnten, daß also diese wieder in ihre Arbeitsplätze einzurücken können. Man sieht also, auf welcher Seite mit Terrorismus, mit der Ausfütterungspolitik gearbeitet wird! — Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß nunmehr die Reeder die Aussperrung vornehmen werden. Die Hafenarbeiter sind vortrefflich organisiert und werden den Kampf zu führen wissen. In der bürgerlichen Presse wird nach berühmten Mustern der sozialdemokratischen Partei zugeschoben, daß sie eigentlich die Ursache des ganzen Kampfes sei. Denn man will mit der „Verhöhnung und systematischen Anbeulung von Seiten der sozialdemokratischen Partei“ ein Ende machen. Dabei weiß jeder halbwegs verständige Mensch, daß der Hafenarbeiterverband nicht die sozialdemokratische Partei, sondern eine vollständig selbständige Gewerkschaft ist. Aber in dem Verleumben unserer Partei liegt System; sie muß so bekämpft werden, damit die Liberalen später bei Wahlen Erfolge erzielen; denn auf andere Weise weiß man gegen uns nicht vorzugehen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Wie bekannt, befinden sich die Kollegen in Dresden im Ausstand (Firma Seidel u. Kaumann). Durch Agenten versucht die Firma, Arbeitswillige nach Dresden zu bekommen. Wir ersuchen die Kollegen dringend, etwaige Angebote, ganz gleich, ob schriftlich oder mündlich, nach Dresden zurückzusenden. Durch Inzerate und Briefe werden arbeitslose Metallarbeiter nach der Friedrichstraße 214 und Anhaltstraße 8 bestellt. Da dort sich Agenten befinden, welche Arbeitswillige nach Dresden schicken sollen, so erwarten wir, daß die Kollegen sich nicht erst dorthin bemühen. Dresden bleibt nach wie vor für Metallarbeiter gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband (Ortsverwaltung Berlin.)

Achtung, Metallarbeiter! In der Gothaer Wagenfabrik sind Differenzen wegen Lohnforderungen entstanden. Wir ersuchen die Kollegen, keine Arbeit dorthin anzunehmen. Gotha ist für Metallarbeiter gesperrt. Ortsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Lohnbewegung der Bäcker.

Am Dienstagmorgen wurden hier öffentliche Bäckerversammlungen abgehalten, die der Agitation für die Lohnbewegung dienten. Die Versammlungen tagten in Buggenhagen's Saal, bei Berkow'ski in der Andreasstraße, bei Wille in der Brunnenstraße und im Lokal „Königshof“ in der Bülowstraße. Als Referenten traten Barth, Schneider, Gulitschke und Hefschold auf. Sie begründeten die aufgestellten Forderungen und zeigten, wie die Innungenmeister von jeher darauf hingearbeitet haben, die Gesellen in vollständiger Abhängigkeit zu erhalten, wobei ihnen das Kost- und Logiswesen als brauchbares Mittel erscheint. Dieses alle Uebelthäter der Vergangenheit müsse endlich völlig beseitigt werden. Eine Forderung von hoher kultureller Bedeutung sei dies auf Gewährung eines freien Tags in jeder Woche. Das Gehalt: Sechs Tage sollst Du arbeiten, am siebenten aber ruhen, müsse endlich auch für die Bäcker Geltung erhalten. Die Arbeitsvermittlung, wie sie jetzt von den Innungen betrieben wird, sei ebenfalls ein Mittel, wodurch die Gesellen unter der Vormachtigkeit der Meister gehalten werden. Deshalb werde die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises gefordert. Sollten es die Innungen wegen dieser berechtigten Forderungen zum Kampf kommen lassen, dann müsse derselbe mit aller Energie und unter Anordnung aller den Arbeitern zur Verfügung stehenden Mittel geführt werden. Es gelte also, bereit sein zum Kampf, wenn die Arbeitgeber denselben wollen. Auch die Diskussionsredner gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Forderungen mit aller Energie durchzuführen werden müssen. Noch hoffe man auf eine Verhandlung mit den Meistern. Sollten es diese aber zum Kampf treiben, dann würden sie sehen, daß die Bäckergesellen nicht mehr eine indifferente Masse sind, sondern mit den Mitteln der modernen Arbeiterbewegung ihre Lage zu verbessern wissen.

Die Schneider und Schneiderinnen der Westenbranche in der Herrenkonfektion hielten am Montagabend eine Agitationsversammlung bei Wendt in der Ringstraße ab. Hier besprach die Arbeitsverhältnisse in der Westenbranche und zeigte, wie sehr eine Verbesserung notwendig geworden ist. Besonders die Ar-

beiterinnen hätten alle Ursache, sich zusammen zu schließen und gemeinsam mit den Kollegen gegen die Ausbeutung Front zu machen. In der Werkstattarbeit sind Löhne unter 12 Mark pro Woche nicht selten bei den Arbeiterinnen, und in der Heimarbeit ist es noch schlimmer bestellt. Feste Tarife müßten eingeführt werden, um der Willkür der Unternehmer bei der Berechnung der angefertigten Arbeit zu steuern. — Die Diskussionsredner stimmten dem Referenten bei und betonten die dringende Notwendigkeit der Organisation. Zu diesem Zweck muß in allen Branchen eifrig agitiert werden. Wenn eine Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter und der Schneiderinnen Erfolg versprechen soll, dann müssen die Reihen fest geschlossen werden.

Der Streit der Landschaftsgehäusen und Gartenarbeiter nimmt seinen regelrechten Fortgang. Bisher haben sogar zwei Firmen des Verbandes der Arbeitgeber bewilligt und Unterschrift geleistet. Auf ein von dem Verbande der gewerbetreibenden Landschaftsgärtner an die Herrschaften gerichtetes Flugblatt, worin die Gehäusenforderungen als undiskutabel, insbesondere die neunstündige Arbeitszeit als undurchführbar bezeichnet worden ist, haben die streikenden Gehäusen mit einem Flugblatt geantwortet, daß die Fadenförmigkeit der Arbeitgeber in gebührender Weise kennzeichnet. Die Wirkungen des Flugblattes sind verschiedentlich auf dem Zuge gefolgt. Es haben diejenigen Firmen, welche die Forderungen bewilligt haben, viele neue Aufträge erhalten, was dadurch bewiesen wird, daß sie dieses Jahr die doppelte Zahl von Gehäusen beschäftigen als sonst. Die streikenden Gehäusen hatten die Firmen, welche bewilligt hatten, am Schluß des Flugblattes aufgeführt und somit den Herrschaften, welche ihre Gärten fertiggestellt haben wollten, einen Fingerzeig gegeben, wo sie sich hinwenden können. Der Verband der Arbeitgeber, in welchem von circa 90 in Frage kommenden Firmen nur 20 organisiert sind, hat sich auf den Scharfmacherstandpunkt gestellt und lehnte natürlich auch die von den streikenden Gehäusen beim Einigungsamt beantragten Einigungsverhandlungen ab.

Die Situation ist nun für die weniger kapitalkräftigen Arbeitgeber im Verbande eine verzweifelte. Entweder sie zahlen die 500 Mark Konventionalstrafe und bewilligen oder sie betwähigen nicht und verlieren die Kundschaft. Den alleinigen Vorteil aus dieser Situation suchen die drei Großfirmen zu ziehen, indem sie die Fertigstellung ihrer Anlagen hinauszuschieben versuchen und so ihr Heu ins Trockene bringen wollen. Für die Gehäusen ist immer noch alles zu gewinnen. Alle Anstrengungen, genügend Arbeitswillige zu erhalten, schlagen fehl. Auch können die eingearbeiteten, geschulten Arbeitskräfte nicht so leicht ersetzt werden. An die polnischen Arbeitskollegen ist ebenfalls ein Flugblatt verbreitet, worin ihnen die Sachlage der Streikenden dargelegt wird.

Zur Beachtung! In Nr. 88 des „Vorwärts“ beschäftigt sich unter „Gewerkschaftliches“ eine Notiz der Leitergerüstbauer mit der Arbeitniederlegung der Kaler in der Barinausstellung Friedebau. Da diese Notiz nicht ganz dem Tatbestand entspricht, so sei folgendes festgestellt: Am Mittwoch, den 10. April, nachmittags 1/4 Uhr, stürzte der Ralergelüste Debring von der an einer der Ausstellungsstellen angebrachten Leitergerüstung (Rastabau) herab und ist am darauffolgenden Tage den Verletzungen erlegen (Wirbelsäulenbruch). Die dort beschäftigten Kaler sind infolge dieses Ereignisses am Donnerstag, den 11. April, nach reichlicher Ueberlegung einig geworden, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis sie die Zulassung hatten, daß die Leitergerüstungen sich in einwandfreiem Zustand befinden und sie nicht Gefahr laufen, auf unzulänglichen Rüstungen Leben und Gesundheit zu riskieren. Bei dem am Freitag, den 12. April, vormittags, stattgefundenen Verhandlungen hat Herr Arndt (Inhaber der Leitergerüstfirma Arndt u. Comp.) ausdrücklich erklärt, daß, nachdem der Unglücksfall eingetreten war, die Rüstung von einem polizeilichen Vertreter untersucht worden und für weiteres Arbeiten freigegeben sei. Also die Rüstung hat sich in dem vorbeschriebenen Zustand befunden, immer nach Aussage des Herrn Arndt. Diese Erklärung ist den Kalern im Laufe des Vormittags mitgeteilt worden und haben daraufhin dieselben zu Mittag die Arbeit wieder aufgenommen. Vereinigung der Kaler, Radierer usw. Filiale Berlin.

Achtung, Töpfer!

Herr Töpfermeister Runge, welcher die Arbeit auf dem gesperrten Bau der Firma Meinke ausführt, versucht unter den Kollegen Stimmung für die Meinung zu machen, daß die Sperre zu Unrecht verhängt ist, indem er erklärt, es handle sich nur um 2 Stunden Versäumnislohn und darauf haben die Kollegen verzichtet. Die Sache liegt aber denn doch etwas anders. Bei der Firma Meinke oder Runge (wer der wirkliche Arbeitgeber ist, kann man nicht genau feststellen) hat es schon in den ersten Wochen mit der Lohnzahlung gehapert. An einem Sonnabend hat es gar keinen Lohn gegeben; die Kollegen mußten bis in der nächsten Woche am Freitag warten, ehe sie ihren Lohn erhielten und dann auch noch nicht den ganzen. Auch hat es sonst an allem gemangelt, einmal fehlte das Kachelzeug, dann wieder die Mauersteine oder Dachsteine. Wenn nun die Kollegen bei Meister Runge vorstellig wurden, wie es steht mit der Bezahlung der Versäumnisse oder des Lohnes, demies er sie an den Bauherrn beziehungsweise Meinke. Wurden die Kollegen nun bei Meinke vorstellig, erklärte dieser wieder, ihm ginge die Geschichte nichts an. Runge fing nun auch noch an, einige Kollegen, welche ihr Recht vertraten, zu schikanieren und hufierte sie wegen der geringsten Kleinigkeit hinaus. Um auch den unliebsten Vertrauensmann los zu werden, wandte man ein, sein Ofen wäre zu schlecht gefestigt und behielt ihm den Lohn dafür ein. Nachdem nun zwei Mitglieder der Lohnkommission (Meister und Geselle) den Ofen besichtigt hatten, mußten sie feststellen, daß dieser Ofen gerade einer der besten auf dem Bau ist und Meister Runge bequante sich ja denn auch, zu bezahlen und den Kollegen wieder einzustellen. Auch verfuhr Runge den Tarif zu durchbrechen, indem er einfach erklärte, für Versäumnisse zahle er nichts, wer unter diesen Bedingungen arbeiten will, kann arbeiten. Derartige Extraverträge sind, da wir im Vertragsverhältnis mit unseren Unternehmern stehen, unstatthaft. Da nun wieder drei Kollegen wegen Mangel an Kachelzeug hummeln mußten und sich Runge sowie Meinke weigerten, die Zeit zu bezahlen, sahen wir uns gezwungen, die Sperre zu verhängen. Etchen geblieben sind die beiden Stiefföhne des Runge Karl und Hermann Gruschinski, Karl Lorenz und Maxlin Jarembski. Der Bau ist also zu meiden. Die Verbandsleitung.

Achtung, Kurbelsticker!

Die in den Stickerbetrieben Budapeßts beschäftigten Kurbelsticker und Zeichner befinden sich in einer Auktionsbewegung. Die Unternehmer haben die Forderungen unserer dortigen Kollegen mit Kündigung und Aussperrung beantwortet, versuchen aber jetzt durch Berliner Annonzenblätter und, wie uns unsere dortigen Kollegen mitteilen, persönlich hier Kollegen aufzutreiben, die die Verhältnisse in Budapest nicht kennend, den dortigen Kollegen in den Rücken fallen sollen.

Kollegen Berlin! Stätt überall die Kollegenschaft über die Sachlage auf! Helft unseren auswärtigen Arbeitsbrüdern in ihrem Kampfe, aus dem sie mit eurer Unterstützung als Sieger hervorgehen werden! Haltet Zuzug streng fern! Doch die Solidarität!

Zentralverband deutscher Textilarbeiter. Filiale Berlin (Stickerbranche).

Achtung, Böttcher! Hiermit zur Nachricht, daß 10 Böttcher der Spritzfabrik G. A. F. Kahlbaum am Montag, den 15. April, wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt haben. — Zuzug nach Adlershof und Berlin ist fernzuhalten. Der Vorstand, Klappfuß.

Deutsches Reich.

Ein schlesisches Crimifluch.

In Langenbielau kündigten in der Färberei Wilhelm Viehe 150 Arbeiter, die im Verbande der Textilarbeiter organisiert sind. Die im schlesischen Textilarbeiter-Verbande organisierten Fabrikbesitzer beschloßen daraufhin, durch Anschlag in den Fabriken allen in dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande organisierten Arbeitern zum Austritte am 4. Mai zu kündigen, wenn bis Freitagabend die Arbeiter der Firma Viehe in Langenbielau ihre Kündigung nicht zurückgenommen haben. Bei der etwaigen Aussperrung kommen 23 Firmen mit etwa 12 000 Arbeitern in Betracht.

Was Ballin gütigst zugestht!

Herr Ballin hat sich, wie uns ein Privattelegramm aus Hamburg meldet, von einem Mitarbeiter der „Neuen Hamburger Zeitung“ interviewen lassen. Er verlangt, daß alle Preis für die Aufhebung der Aussperrung alle Hafenarbeiter — nicht nur die Schauerleute — die Arbeitsruhe am 1. Mai ausgeben. Das Unternehmertum könne eine Unterbrechung der Arbeit im Hafen so wenig dulden, wie eine solche etwa im Eisenbahnbetriebe usw. Die Fortsendung der Ausländer aus dem Hafen könne kein Streitpunkt sein, sie ergäbe sich ohne ein diesbezügliches Versprechen bei Beendigung des Kampfes selbst. Dagegen müßten die Unternehmer daran festhalten, daß die deutschen Arbeitswilligen nicht entlassen würden. Gäben die Arbeiter das gewünschte Versprechen, dann könnte die Arbeit am Freitag in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Zu eine Lohnbewegung sind die Arbeiter der Samtbranche in Krefeld eingetreten. Die Fabrikanten haben die Preise für Samtgewebe im Laufe eines Jahres um circa 20 Proz. erhöht. Rotiviert wurde diese Preiserhöhung auch mit den erhöhten Arbeitslöhnen, die Samtwäber und die Samtappreteure wählten aber nichts von einer Lohnerhöhung. Von den Samtwäbern wird nun, in Anbetracht der gesteigerten Lebensmittelpreise, Mieten usw., eine Erhöhung der Arbeitslöhne um 15 Proz. gefordert. Die Samtappreteure wollen die Bodenlöhne der über 21 Jahre alten Arbeiter auf 25 R. erhöht haben. Verhandlungen sind im Gange und hofft man auf friedliche Verständigung. Die Organisation ist von Seiten der Unternehmer anerkannt, sie wünschen, daß zu den Verhandlungen die Vertreter der Organisation zugezogen werden.

Nicht so friedlich scheint die Lohnbewegung im Baugewerbe in der Seitenstadt zu verlaufen. Diese Arbeiter hatten einen Tarif mit den Unternehmern abgeschlossen, der am 1. April d. J. ablief. Es ist nun seitens der Arbeiter ein neuer Tarif ausgearbeitet worden, in welchem die Verfürzung der Arbeitszeit von 10 auf 1/4 Stunden gefordert wird. Gleichzeitig soll der Stundenlohn für Maurer auf 60 und für Hülfsarbeiter auf 50 Pf. festgesetzt werden. Die Unternehmer wollen aber nur Stundenlöhne von 55 resp. 45 Pf. bewilligen, auch soll die Arbeitszeit von 10 Stunden bestehen bleiben. Bis jetzt ist es noch nicht zum Ausstand gekommen, weil Verhandlungen schweben, doch wird es wohl ohne Arbeitseinstellung nicht abgehen, denn die Arbeitgeber wollen kein Jota nachgeben.

Die Schneider in Krefeld befinden sich schon seit dem 29. März im Ausstand und ist auch jetzt, nachdem der Friede im Schneidergewerbe im allgemeinen hergestellt ist, keine Aussicht vorhanden, eine Einigung herbeizuführen. Nach längeren Verhandlungen war Mitte März ein Tarif zwischen den Schneidermeistern und Gehäusen zu Stande gekommen, der aber noch der Sanktion des Zentralvorstandes des Unternehmerverbandes bedurfte. Nach einiger Zeit traf von München der Bescheid ein, daß der Tarif nicht anerkannt werden könne, die Gehäusen sollten, so wurde verlangt, zu schlechteren Bedingungen arbeiten. Die Gehäusen, in der Mehrheit dem christlichen Verband angehörend, legten nun die Arbeit nieder. Sie haben es durch ihre Einigkeit vermocht, daß verschiedene Unternehmer aus dem Arbeitgeberverbände ausgetreten sind. Die Heimarbeiter, welche sich der Organisation angeschlossen, verlangen jetzt eine fünfprozentige Lohnerhöhung und wollen die im Streit befindlichen Maßschneider, deren Tarif nun anerkannt ist, die Arbeit nicht früher aufnehmen, bis die Forderung ihrer Kollegen bewilligt ist.

Zum Streit bei Seidel u. Kaumann. Die „Dresdener Zeitung“ nimmt heute die schwere Verleumdung des gemehrregelten Arbeiters Angerade zurück. Die Notiz beruhe auf einem „Mißverständnis“. — Da scheinen die industriellen Gewerksämmer das Blatt falsch berichtet zu haben. Immerhin dürfte dieses angeblich liberale Organ nicht unter voller Namensnennung des Arbeiters solche Behauptungen in die Welt setzen.

Die Aussperrung in anderen Betrieben der Metallindustrie erfolgt vorläufig nicht. Das Vorgehen der Firma S. u. R. scheint also nicht die Billigung der anderen Industriellen gefunden zu haben.

Ausland.

Der Baderstreik.

Paris, 14. April. (Eig. Ber.)

Der Friedensrichter des 4. Arrondissements, wo sich das Unternehmerrund befindet, hat den Streikparteien seine schiedsgerichtliche Vermittlung angetragen. Die Arbeiter haben sie angenommen. Die Antwort der Unternehmer sieht noch aus.

Die Forderungen der Arbeiter sind die wöchentliche Entlohnung für sechs Arbeitstage und ein Minimallohn von 49 Fr. Die Erzarbeiter, die am Ruhetage eingestellt werden, sollen 8,15 Fr. Tagelohn erhalten.

Die Beteiligung am Ausstand ist ziemlich lüdenhaft; indes hat die Gebärdzeugung eine beträchtliche Einschränkung erfahren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Durch Brand zerstörtes Museum.

Frankfurt a. M., 16. April. (W. T. B.) Nach einer Depesche der „Frankfurter Zeitung“ aus Montreal ist die Abteilung für Medizin der Mac Gill-Universität einschließlich eines Museums mit unerklärlichem Inhalt durch Feuer, als dessen Ursache Brandstiftung vermutet wird, zerstört worden.

Opfer des Sarisdus.

Petersburg, 16. April. (W. T. B.) Das hiesige Kriegsgericht verurteilte heute vier Angeklagte zum Tode.

Bogromteilnehmer sind unerleichtlich.

Moskau, 16. April. (W. T. B.) Der Vorsitzende des hiesigen Gerichtshofes Arnold, welcher in letzter Zeit mehrere Teilnehmer an Bogromen mit Justizhaustrafen belegt hatte, wurde seines Amtes enthoben und die Beurteilten begnadigt.

Wozu Soldaten benutzt werden.

Toku, 16. April. (W. T. B.) Die Schiffsarbeiter ist eine neue Arbeitsordnung und ein Minimallohn aufgestellt worden, durch die die Lage der Arbeiter erheblich verbessert ist. Eine Anzahl von Schiffen ist gestern nach Utschan abgegangen; mehrere Schiffe gehen heute und morgen mit aus Soldaten gebildeten Besatzungen ab.

Das Erdbeben in Mexiko.

New York, 16. April. (W. T. B.) Die Zahl der Toten bei dem Erdbeben in Mexiko beträgt 100. Eine Flutwelle überschwemmte das Land. (S. auch Vermischtes.)

Reichstag.

80. Sitzung. Dienstag, den 16. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern, Titel Staatssekretär.

Abg. Sachsse (Soz.):

Herr Schiffer hat uns gestern vorgeworfen, wir hätten noch nie für ein sozialpolitisches Gesetz gestimmt, und er hat unlogischerweise gefolgert, daß wir konsequenterweise sogar ihre Abschaffung hätten beantragen müssen. Verschwiegen hat er, daß wir bei der Reform der Unfallgesetzgebung dafür gestimmt haben. — Weiter hat Herr Schiffer gesagt, die christlichen Arbeiter hätten ebenfalls über behördlichen Terrorismus zu klagen. Er hat das selbe Klagegedicht angestimmt wie wir bei verschiedenen Gelegenheiten: daß die Polizeibehörden alles aufbieten, um den Arbeitern die Säle abzubreiten. Aber alles, was er vorgebracht hat, ist gar nichts im Vergleich zu dem, was wir von polizeilichem Terrorismus zu leiden haben. In Bochum konnten wir nicht einmal einen Saal bekommen, um dort unsere Generalversammlung abzuhalten. Gerade in Reddinghausen, im Wahlkreis Schiffers, werden wir so schief behandelt wie sonst fast nirgends. Die Wirte haben sich durch polizeilichen Einschlag gegen Zahlung einer Konventionalstrafe verpflichtet, uns keinen Saal zu überlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Wirte, die dem Zentrum angehören, tanzen dort ganz nach der Pfeife des Polizeikommissars. Wir haben wiederholt von dieser Stelle aus betont, daß wir terroristische Maßnahmen seitens der freien Gewerkschaften nicht anders werten als die anderer! Aber Schiffer will wissen, daß beim Kampf auch Spähne fliegen, und wenn Ausschreitungen vorkommen, daß wir dann nicht für die einzelnen Handlungen verantwortlich sind. In seinem Wahlkreis wird er nicht die Zustimmung zu seinen Ausführungen, in denen er die Saalabtreiberer derart beurteilt, finden; ganz im Gegenteil wird es dort in der Zentrumspresse als etwas Selbstverständliches hingestellt, daß man uns die Säle abtreibt.

Ich wende mich nun zu den Ausführungen des Herrn v. Dirlsen, der gestern hier gegen uns losgegangen ist. Einleitend hat er sich als Nachfolger Stumm's empfohlen, den er als den hauptsächlichsten Sozialpolitiker hingestellt hat. Bei diesem Vorbild wird mancher seiner Redewendungen begreiflich. Gerade Stumm wollte ja seine Arbeiter vollständig rechlos machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht einmal das Heiraten gestattete er ihnen ohne seine Erlaubnis, und als Ziel der Sozialpolitik erschien ihm, daß in ganz Deutschland solche Zustände herbeigeführt würden wie auf seinen Werken. Herr v. Dirlsen sagte, die Sozialdemokraten seien so unverschämte, daß sie, wenigstens im Auslande, schon eine sechsstündige Arbeitszeit verlangt hätten. In einem solchen Falle müßte er doch die Leben umstände nennen. Es wird sich jedenfalls um einen besonders gesundheitsgefährlichen Betrieb handeln, in welchem eine sechsstündige Arbeitszeit angebracht ist. Ich kann Ihnen versichern, daß wir sogar bei uns in Deutschland derartige gesetzliche Bestimmungen haben: Bei den Bergarbeitern ist, wenn sie vor Ort in einer Temperatur von 28 Grad Celsius arbeiten müssen, die sechsstündige Schicht gesetzlich vorgeschrieben. Freilich steht das bei uns nur auf dem Papier. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann hat sich Herr v. Dirlsen hier als ein Räuber des guten Tones

hingestellt und sich über Bebel belagert. Aber was Bebel gesagt hatte, war wenigstens wahr, was Dirlsen gesagt hat, dagegen nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch gestern hat er wieder angeführt, daß die Arbeiter gezwungen würden, die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten und Agitatoren zu bezahlen. Das ist eine Unwahrheit, die wir zurückweisen müssen. Er hat auch die Gehälter der „Vorwärts“-Redakteure gestreift, und er kann nicht bestreiten, daß es unwar ist, daß sie besonders hohe Gehälter beziehen. Er führte die höchsten Gehälter bis zu 4200 M. an, alle sehr niedrigen Gehälter der Gewerkschaftsbeamten dagegen hat er außer acht gelassen, und draußen im Lande wird immer noch von 7000 M. Gehältern der Redakteure gesprochen, geflissentlich wird diese Lüge, besonders vom Reichsverband, verbreitet. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ferner kann Herr v. Dirlsen nicht unterschweigen, was Parteibeiträge, was Gewerkschaftsbeiträge sind; deutlich beweist das seine Anführung der Beiträge des Buchdruckerverbandes, der von diesen Beiträgen Reichsunterstützung, Arbeitslosenunterstützung usw. usw. zahlt. Es handelt sich hier also nicht um Parteibeiträge, sondern geradezu um Versicherungsbeiträge. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiter hat Herr v. Dirlsen besonders über den

„Terrorismus“ der Berliner Arbeiter

gesprochen und zum Beweise dafür den Brief eines Arbeiters vorgelesen. Was steht aber in diesem Briefe? Der Arbeiter beklagt sich: Wenn er nach Berlin komme, müßte er sich erst organisieren, sonst würde er nirgends Arbeit bekommen. Nun, es wird wohl keinem Menschen hier im Hause einfallen können, den Berliner Arbeitern daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie einen neu hinzuziehenden Kollegen dazu anhalten, sich zu organisieren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Berliner Arbeiter bessere Löhne errungen haben, so haben sie das ihrer eigenen Opferfreudigkeit und ihrer guten Organisation zu danken. Wenn nun Auswärtige kommen, sollen diese die Vorteile ohne jede Gegenleistung genießen? Das wird niemand billigen. In den Industriezentren haben sich die Arbeiter einen etwas besseren Lohn nur durch ihre gute Organisation errungen, und wenn sie nun darauf dringen, daß die neu zuziehenden Arbeiter in die Organisation eintreten, so sind sie vollständig in ihrem Recht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dann hat Herr v. Dirlsen auch über den Koalitionszwang der Sozialdemokratie gesprochen, aber gegen den Koalitionszwang der Arbeitgeber hat er kein Sterbenswörtchen gefunden! Die Aussperrungen der Arbeitgeber gegen Arbeiter hat er gutgeheißen und als Reformmaßregeln bezeichnet. Es wird so viel von „friedlichen“ Streiks gesprochen, und dabei weiß jeder, daß wir berechtigt sind, von ganz friedlichen Aussperrungen zu sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dirlsen hätte da wohl Gelegenheit gehabt, sich gegen friedlichen Unternehmerterrorismus zu wenden. Er hat es aber nicht für gut gehalten, auch nur ein Wort über die schwarzen Listen, über die Berrufserklärungen der Arbeitgeber gegen Arbeiter zu sagen. Diese Herren haben an Leuten ein Recht, sich über Terrorismus der Arbeiter zu entrichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weil Arbeiter in einem schließlichen Vergleich Lohnforderungen gestellt haben, sind nicht nur die Mitglieder der Organisation, sondern auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses auf die schwarze Liste gesetzt worden, nachdem sie entlassen waren, weil sie die Wünsche ihrer Kollegen in angemessener Form zum Ausdruck gebracht hatten! Bei den Arbeitgeberorganisationen wird ein viel schlimmerer Zwang getrieben als es den Arbeiterorganisationen überhaupt möglich ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist hier mehrfach bereits festgestellt worden. Gegenwärtig haben wir in Deutschland eine Holzarbeiteraussperrung, und bei dieser erleben wir wieder denselben Terrorismus der Arbeitgeber; es wird ein Druck auf alle Arbeitgeber des Gewerbes ausgeübt, daß sie alle aussperrten. Wer sich weigert, dem wird es unmöglich gemacht, sein Gewerbe weiter zu betreiben, indem auch auf die Holzlieferanten ein Druck ausgeübt wird, diesen Unternehmern nichts mehr zu liefern! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei uns in Westfalen ist jetzt eine Aussperrung der Anstreicher; da

haben die Farbenlieferanten beschlossen, den Meistern, die nicht aussperrten, keine Farbe und keinen Kredit mehr zu liefern! Noch schlimmer springen die Unternehmer mit ihren Arbeitern um. Da wird der Terrorismus geradezu ungeheuerlich, himmelschreiend. Arbeiter, die sich weigern, Leberfäulnis zu verfahren, werden entlassen, auf den niederschlesischen Gruben sogar nach der Arbeitsordnung mit Geldstrafen belegt. Arbeiter, die darauf aufmerksam gemacht haben, daß nach dem Berggesetz an heißen Stellen, an denen die Temperatur über 28 Grad ist, nur 6 Stunden gearbeitet werden darf, sind einfach auf die Straße gesetzt worden! All das ist ungeheurer Terrorismus, von dem allerdings der Abg. v. Dirlsen nichts wissen will. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im erzgebirgischen Steinlohlenbergbau wurde jüngst statt der 10stündigen die 11stündige Arbeitszeit eingeführt. Die Arbeiter protestierten; da sollten diejenigen, die nicht einverstanden waren, sich in eine Liste einschreiben. Alle, die es taten, wurden auf der Stelle entlassen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Dirlsen aber weiß von all dem nichts. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der fiskalische Bergbau Oberschlesiens und des Saarreviers geht mit dem schlechtesten Beispiel voran. Dort entläßt man alle Arbeiter, die nur eine Arbeiterzeitung lesen. Im lothringischen Erzbergbau hatte ein Bergmann für die Interessen des Bergbandes gewirkt und sich dadurch das Mißfallen der Bergherren zugezogen; er wurde auf die schwarze Liste gesetzt und bekam im ganzen Bezirk keine Arbeit mehr. Auf seine Klage hat dann das Gericht die Grubenverwaltung zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt mit der Begründung, daß die betreffende Maßregel einzig und allein dahin gegangen sei, den schon besiegten und wehrlosen Gegner vollkommen zu Boden zu werfen und ihm jede Möglichkeit des Erwerbes abzuschneiden; ein derartiger gefährlicher und schwerwiegender Eingriff in die Arbeitsfreiheit sei aufs schwerste zu verurteilen und verstoße gegen die guten Sitten. Das ist der gerichtlich festgestellte Terrorismus der Arbeitgeber. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur Herr v. Dirlsen weiß davon nichts.

Herr v. Dirlsen hat wiederum viel von den

„Ausschreitungen“ gegen Arbeitswillige

gesprochen. Was darüber erfunden und zusammengeklügelt wird, ist ganz unglaublich. In Ingolstadt verbreitete man eines Tages die Schredensnachricht, daß die freigeorganierten Maurer ein Gerüst durchschnitten hätten, damit es zerbräche, wenn die Christlichen darüber gingen! Vor Gericht stellte sich heraus, daß der betreffende Redakteur in der erbärmlichsten Weise angelogen worden war. Er nahm alle Behauptungen zurück und zahlte alle Kosten; er war nur froh, daß der Vertreter der Hagenden Arbeiter, Rechtsanwalt Bernheim-Wüchsen, Gnade für Recht ergeben ließ. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch das Material des Herrn v. Dirlsen ist zum größten Teile unwahr. Er erzählte viel von Ausschreitungen beim großen Bergarbeiterstreik. Dabei hat nach den Polizeiberichten zu seiner Zeit im Mehrereviertel solche Ruhe herrscht, wie während des großen Streiks. Sonst kommen wohl manchmal Schlägereien und Streitigkeiten vor in den „wildem“ Gegenden, wo die fremden Massen zusammenströmen. Aber gerade während des Ausstandes ist nichts geschehen! Nur in den Zeiten, in denen er manchmal gestanden, es seien Arbeitswillige festgenommen, Wohnungen demoliert und Reden zerstört worden, verglichen berüchtete auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ einmal aus Oberhausen; da zwang sie die Polizei, eine Verurteilung aufzunehmen! Sie hatte also mehr gelogen, als die Polizei erlaubte. (Große Heiterkeit.) Da sollte ein Vertrauensmann unseres Verbandes dabei erlappt worden sein, wie er einem Arbeitswilligen die Fenster einwarf. In Wahrheit hat er an sein eigenes Fenster geworfen, um seine Frau zu wecken, weil er sonst nicht herein konnte. (Erneute Heiterkeit.) Die Streikbrecher haben damals kolossal gelogen, um sich herauszutreiben. In Berner erzählten sie einmal, sie wären von den Streikenden verfolgt und geschlagen worden und hätten deshalb nicht zur Arbeit kommen können. In Wahrheit sahen sie freilich um ein Bierglas und feierten eine Hochzeit. Ueber den Wert der Arbeitswilligen urteilt nicht etwa die sozialdemokratische oder christliche Gewerkschaftspress, die Ihnen ja für fast ebenso schlimm gilt, sondern die „Norddeutsche Allgemeine“ und die „Schlesische Zeitung“ in der vorigen Woche: „Sie melden sich in den verschiedensten bestreikten Betrieben und lassen sich sobald wie möglich vom Streikposten abfangen. Dann leben sie entweder aus Kosten der Verbände besser als die ehrlichen Arbeiter, oder sie gehen in die Arbeit, und dann kommt es ihnen nicht darauf an, ob sie 12 oder 14 Stunden tätig sind.“ Für solche Subjekte verlangt Herr v. Dirlsen einen besonderen Schutz, solche Leute will er unter ein besonderes Privileg stellen. Sollte die Regierung sich auf diesen Standpunkt drängen lassen, so würde sie dem äußersten Widerstand der Gesamtarbeiterschaft begegnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Immerhin freue ich mich, daß Herr v. Dirlsen wenigstens einen vernünftigen Gedanken ausgesprochen hat, als er sagte, daß das preussische Vereinsgesetz veraltet und überlebt sei. Er verlangte freilich, daß künftig jugendliche Arbeiter keinesfalls den Versammlungen folgen dürfen. Das ist eine grobe Ungerechtigkeits. Aber die Gewerkschafts- und Parteizahlen der Organisierten in Sachsen beweisen auch, daß diese Bestimmung der Reaktion und den Arbeiterfeinden nicht das mindeste nützt. Das sehen jetzt beinahe schon die sächsischen Behörden ein. Bei der Reform des Vereinsrechts muß endlich der Polizeiwille ein Riegel vorgezogen werden, unter der die freien Gewerkschaften schwer zu leiden haben. Jetzt werden die Mitgliedslisten der Verbände den Unternehmern in die Hand gespielt. In Nieder- und Ober-Sachsen rühmen sich die Amtsvorsteher frei und froh, daß sie selbst unsere Versammlungen überwachen, um am nächsten Tage den Grubenverwaltungen anzeigen zu können, wer da war! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die einfachsten Berganstellungen der freien Gewerkschaften werden überwacht. Mit dieser Polizeiwille muß endlich einmal ein Ende gemacht werden.

Ich verlasse Herrn v. Dirlsen und komme zum Reichsamt des Innern, und zwar zu den Gewerbeinspektionsberichten. Da möchte ich zunächst den Staatssekretär bitten, bei der Zusammenlegung der Versicherungszweige darauf zu achten, daß die Ansperrschafteinrichtungen in Uebereinstimmung gebracht werden mit dem Invaliditätsgesetz.

Die Invalidität bei den Bergleuten

tritt bekanntlich sehr früh ein, meist schon in den vierziger Jahren. Jetzt aber müssen sie entweder zum Vorkopf greifen oder ihren Kindern zur Last fallen. — Die Zahl der entschädigungspflichtigen und der tödlichen Unfälle ist bedeutend gestiegen. Auf die großen Massenunfälle komme ich noch bei unserer Interpellation zurück; heute will ich nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß auch das Steigen der Unfallziffer die Regierung nicht veranlaßt hat, Arbeiterkontrollen anzustellen, die einen Teil der Verantwortung mittragen und zusehen könnten, ob die Grubenbeamten ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Zahl der Unfälle, die durch die Schuld der Verunglückten oder ihrer Arbeitskollegen vorgekommen sind, ist nach der Statistik der Berufsgenossenschaften in den letzten 10 Jahren um 10,33 Proz. zurückgegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter sind vorsichtiger geworden und die Unfälle häufiger. Die Regierung hat durch den Geheimrat Weiskner wiederholt anerkennen lassen, daß Polizeivorschriften gegen die Stein- und Kohlenfallgefahr notwendig seien. Gegenüber dem Widerstand des Unternehmertums hat sie sich darauf zurückgezogen, den Erlaß dieser Verordnung den Oberbergämtern zu überlassen, und bis heute ist noch keine einzige dieser Verfügungen zustande gekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Einfahrer und Arbeiterausschüsse, die schon in den Gruben bestehen, können nicht viel leisten, weil über ihnen immer das Schwert der Entlassung schwebt. Die mit ihnen umgesprungen

wird, hat ja der Prozeß Hülger-Krämer in Saarabien gezeigt. Ueberall im Auslande ist die Unfallziffer wesentlich niedriger als in Deutschland. In Bayern sind die Unfälle in 10 Jahren von 17,6 auf 11,85 Proz. zurückgegangen, nur infolge der Anstellung von Arbeiterkontrollen. Sicherlich würde die preussische Bergwerksverwaltung dieselben Erfahrungen machen, aber der Minister Delbrück hat jüngst im Abgeordnetenhaus gesagt, erst müßten sich die Arbeiter das Vertrauen der Arbeitgeber erwerben! Dann könnten sie warten bis zum St. Rimmerleinstag. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die meisten Bestimmungen der Grubeninspektion bleiben heute einfach auf dem Papier stehen; denn die Arbeiter, die auf ihre Befolgung drängen, werden entlassen. In allen Grubeninspektionsberichten wird über den kolossalen Holzangel berichtet, der es nicht erlaubt, die Gruben so auszubauen, wie es notwendig wäre. Ein großer Mangel ist, daß die Bergpolizeiverordnungen den Ausländern, den Polen und Italienern nicht in ihrer Muttersprache zugänglich gemacht werden. Jetzt verstehen sie sie einfach nicht und gefährden dadurch ihr Leben und das ihrer deutschen Kameraden. Die Bergarbeiter haben also wohl ein Recht, mit dem Schutze ihrer Gesundheit unzufrieden zu sein und von der Regierung zu verlangen, daß sie Leben und Gesundheit der Arbeiter endlich einmal ausreichend schützt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Beckmann wendet sich gegen den Antrag der Reichspartei auf Aufhebung des § 34 des Gewerbeunfallgesetzes. Diese Bestimmung habe erlaubt, die Berufsgenossenschaften auf eine gute finanzielle Grundlage zu stellen und ihnen besser ausreichende Reserven zu geben als früher.

Abg. v. Staudy (L.): Wir schließen uns den Ausführungen an, die wir gestern hier vom Abg. v. Dirlsen gehört haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung, daß unsere Sozialpolitik einen langsamen Weg geht, ist unzutreffend; hoffentlich ändert auch Herr Raumann seine Anschauung hierüber nach den Ausführungen des Staatssekretärs. In seinen Ausführungen war Herr Raumann nicht ganz gerecht; denn es gibt in diesem Hause überhaupt keine Partei, die nicht die Fortführung der Sozialpolitik wünscht. Ein Mißtrauen gegen die Arbeiter haben wir nicht; wir erkennen sie als vollberechtigte Staatsbürger an, Mißtrauen haben wir nur gegen die Personen, welche die niedrigen Instanzen der Arbeiter aufreigen. Herr Raumann hat doch etwas einseitig nur von den Pflichten gegen die Arbeiter und den Rechten der Arbeiter gesprochen; er hätte sehr wohl auch von den Pflichten der Arbeiter gegen die Arbeitgeber sprechen sollen.

Redner wendet sich der Zusammenlegung der Versicherungs-gesetzgebung zu, seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die Reform der Arbeiterversicherung wird nicht in der Weise durchgeführt werden, daß die drei großen Versicherungen vereinigt werden. Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ist in der Sozialpolitik eine Dezentralisierung angebracht, die in den Berufsgenossenschaften, den Krankenkassen und den Provinzialanstalten der Invalidenversicherung einen durchaus geeigneten Ausdruck findet. — Herr v. Dirlsen sagte gestern, bezüglich des Aufhebens des Verbindungsverbotes für politische Vereine befände ich mich in einem historischen Irrtum; die Angriffe hätten sich auf die Zeit der Aufhebung bezogen. Ich stelle fest, daß es sich um ein Verprechen des Reichskanzlers handelte, das erfüllt werden mußte, wenn nicht das Vertrauen der Bevölkerung und des Parlaments zur Regierung verloren gehen sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zum Schluß bemerke ich mit Bezug auf Ausführungen des Lord Rosebery, in denen er betont, daß er sich weder gegen die Maßregeln der Invalidenversicherung, noch gegen eine Banerianisierung an sich wendet, sondern nur gegen das vorgezeichnete System, daß dann selbstverständlich ein Widerspruch zwischen seiner und meiner Auffassung besteht.

Abg. Trimborn (Z.) erläutert den Standpunkt des Zentrums zu den einzelnen Resolutionen.

Abg. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Bei Schaffung eines liberalen Vereins- und Versammlungsgesetzes wird der Reichskanzler eine geschlossene Mehrheit hier finden. Ein Koalitionsrecht ohne freies Vereins- und Versammlungswort wäre nichts als ein leeres Schlagwort. Niemand hat die seit 35 Jahren geübte Angstmeierei so hart, aber auch so gerecht kritisiert wie Graf Posadowski in seiner Rede vom 11. April. Freilich hat er auch erklärt, daß ein einheitliches Vereinsrecht für Deutschland bei den verschiedenen Verhältnissen von der westlichen bis zur östlichen Grenze nicht leicht zu schaffen sei; möge er sich nach französischem, nicht nach russischem Muster richten. (Zustimmung links.) Vor allem ist es auch nötig, daß die Frauen nicht mehr wie Lehrlinge, Verschwender und Korren behandelt werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich stelle fest, daß es und durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht ist, gleich den Vorrednern den Standpunkt unserer Fraktion zu den einzelnen Resolutionen klarzustellen.

Abg. v. Strombeck (Z., zur Geschäftsordnung) bedauert, daß es ihm durch den Schluß der Debatte nicht möglich sei, für die mehrfach angegriffenen Hausierer einzutreten.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen.

Die Resolutionen der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokraten zugunsten der Arbeiter in den Gäßchen-, Holz- und Hüttenwerken werden bis zum Titel Reichsgesundheitsamt zurückgestellt.

Eine Resolution Albrecht und Genossen (Soz.), angefaßt der Explosion in der Rohrbirfabrik bei Witten-Kamen und des Brandes der Zellulosefabrik bei Geispolshausen gesetzgeberische Maßnahmen oder bundesrätliche Bestimmungen zur Verhütung derartiger Unglücksfälle zu treffen, wird einstimmig angenommen. Eine Resolution Graf v. Hompesch (Z.) für die Verarbeitung giftiger und explosiver Stoffe Verordnungen auf Grund der Gewerbeordnung zu veranlassen, wird einstimmig, eine zweite Resolution desselben Abgeordneten auf Einschränkung der Arbeitszeit und der Sonntagsarbeit in den Glashütten gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles der Nationalliberalen angenommen.

Es folgt eine Resolution Albrecht u. Gen. (Soz.) auf Erlaß von Schutzvorrichtungen für die Arbeiter an Glas- und Feuerungsöfen; sie wird einstimmig angenommen. Eine zweite sozialdemokratische Resolution zu dem gleichen Gegenstand, durch welche die Einführung des Achtstundentages für diese Arbeiter gefordert wird, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Polen sowie einiger Freisinniger und Antifemiten abgelehnt.

Eine Resolution Raden u. Gen. (Z.) auf Einschränkung der Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit und Verschärfung der Sonntagsruhe wird im ersten Teil einstimmig, im zweiten Teil gegen eine Minderheit der Rechten angenommen.

Eine Resolution Wasser mann (natl.) auf gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe der Gefährlichen, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen eines Teils der Freisinnigen Volkspartei angenommen.

Ein Antrag Schad u. Gen. (Wirtsch. Vg.), der Vorarbeiten für eine allgemeine Neuregelung der Sonntagsruhe, besonders im Handelsgewerbe, fordert, wird einstimmig angenommen.

Eine Resolution Wasser mann zugunsten der Sonntagsruhe im Binnenwasserfahrts-gewerbe findet auch die Mehrheit; dagegen stimmt nur ein Teil der Rechten.

Eine weitere Resolution Wassermann-Dr. Jund auf Schaffung eines Reichsarbeitsamtes wird von derselben Mehrheit angenommen.

Ein Antrag Dr. Abt und Genossen (fr. Sp.) auf Ausdehnung des Koalitionsrechts, insbesondere Erweiterung des § 153 der Gewerbeordnung, dahin, daß zugleich mit dem Mißbrauch des Koalitionsrechts auch die rechtswidrige Verhinderung am gesetzlichen Gebrauch desselben unter Strafe gestellt wird, findet gegen die Stimmen der Rechten Annahme.

Eine Resolution Raab-Riesberg (Witfch. Sp.) auf Vorlegung einer Denkschrift über die Erfahrung mit dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes wird von der Rechten und den Nationalliberalen und der großen Mehrheit der Freisinnigen unterstützt. Das Resultat der Abstimmung bleibt zweifelhaft; erst der Hammersprung ergibt 163 Stimmen dafür und 121 Stimmen dagegen. Die Resolution ist also angenommen. (Weiß rechts und bei den Liberalen.)

Ein Antrag Reuner (natl.) auf Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter zur Rettung von Personen und der Vergütung von Gegenständen wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Resolution Pauli-Potsdam (L.), die Bestimmungen des Gewerbevollzugs von 1900 über die Ansammlung von Reservefonds wieder aufzugeben, wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Eine weitere Resolution Dr. Abt und Genossen (fr. Sp.) auf Neuregelung des Submissionswesens findet gegen die Stimmen des Zentrums Annahme.

Ein Antrag Schack und Genossen (W. Sp.), der die verbündeten Regierungen auffordert, die Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Kurzfrist zu fördern, wird einstimmig angenommen. Die letzte Resolution Abt u. Gen. (fr. Sp.) hat folgenden Wortlaut: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Ausführung des Artikels 4 Absatz 16 der Reichsverfassung dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf betr. das Vereins- und Versammlungsgesetz vorzulegen, nach welchem alle Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt sind, friedlich und unbewaffnet Versammlungen abzuhalten und zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, Vereine zu bilden.“ Sie wird im Hauptsaal einstimmig, im Nachsaal gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Es folgt das Kapitel „Allgemeine Fonds“. Beim Titel „Förderung der deutschen Schiffskolonisation“ tritt

Abg. Held (natl.) für die Förderung der Keinen Küstenschiffahrt ein, die die Grundlage des Frages für die Marine bildet.

Staatssekretär Graf Pasadowitz gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Abg. v. Treuenfels (L.) wünscht Schutz der deutschen Seeschiffahrt gegen die holländische Konkurrenz und Aufhebung der Verordnung, wonach Seeleute, die auf Dampfschiffe gehen, auf Segelschiffen ausgeliebt haben müssen.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres erklärt die Aufhebung dieser Verordnung für unmöglich.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.):

Durch Ihre Seemannsordnung haben Sie es erreicht, daß kein deutscher Vater seinen Sohn mehr auf ein deutsches Schiff gibt, sondern er zieht die englischen, holländischen und dänischen Schiffe vor. Ihre Seemannsordnung (nach rechts) ist lediglich auf die Bedürfnisse der Großreederei, des Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie zugeschnitten, sie paßt nicht für die Segelschiffahrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Delbrück (fr. Sp.) bedauert das Zurückgehen der Keinen Segelschiffahrt.

Abg. Varenhorst (Sp.): In dem Streit mit den Schauerleuten um die Hamburger Reeder in nationalem Interesse nicht wohl, wenn sie zu viele englische Arbeiter statt der deutschen Arbeiter heranziehen. Der Titel wird bewilligt.

Zur Einrichtung und Unterhaltung regelmäßiger deutscher Postdampferverbindungen mit Afrika werden 1.850.000 M. verlangt.

Abg. Erzberger (Z.) rügt, daß durch eine Aenderung des Vertrages mit der subventionierten Ostafrikalinie die bisherige regelmäßige 14tägige Postdampferverbindung beseitigt sei, die durch Gesetz vom Jahre 1900 zur Bedingung der Subvention gemacht sei. Redner wünscht des weiteren, daß auf eine Ermäßigung der Frachtlage auf dieser Linie hingewirkt werde.

Staatssekretär Graf Pasadowitz: Es handelt sich bei der Aenderung des Vertrages lediglich um ein Provisorium. Die Aenderung liegt im Interesse der Kolonien und ist vom Kolonialamt gebilligt. Sollte der Reichstag nicht einen besonderen Antrag stellen, daß diese Frage im Wege der Gesetzgebung geregelt wird, so würde ich mich für befugt halten, diese Aenderung schon am 1. Mai vorläufig in Kraft treten zu lassen.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres: Es ist richtig, daß durch das Gesetz von 1900 eine vierzehntägige Verbindung mit Ostafrika gefordert wurde. In Bezug auf die Ankunft der Post in Afrika bestanden aber jetzt schon infolge der Schnelligkeitsunterschiede zwischen den Haupt- und Nebenlinien gewisse Unterschiede. Diese werden auch ungefähr beibehalten durch die neue provisorische Aenderung in den Abfahrtszeiten. Was die Höhe der Frachten anlangt, so ist festzustellen, daß die Deutsch-Ostafrika-Gesellschaft so schlechte Geschäfte macht, daß auf der letzten Generalversammlung der Antrag auf Liquidation der Gesellschaft gestellt wurde. Nur die Rücksicht auf das Verhältnis zum Reiche führte dazu, daß dieser Antrag abgewiesen wurde.

Abg. Dr. Semler (natl.) tritt für die Maßnahmen der Regierung ein.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Auch ich meine, daß die formalen Bedenken zurücktreten können, da es sich nur um eine vorläufige Maßnahme handelt, die an sich im Interesse der deutschen Kolonie in Ostafrika durchaus begründet ist.

Abg. Erzberger (Z.): Durch die Darlegungen des Staatssekretärs bin ich befriedigt; daß meine Bedenken berechtigt waren, hat er selbst anerkannt; falls es sich um eine dauernde Einrichtung handelt, will er ja auch den Weg der Gesetzesänderung beschreiten. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel: „Belastung des Reichs auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes“ werden 49.820.000 M. gefordert.

Abg. Raske (Soz.):

Die nahezu 50 Millionen Mark, die hier gefordert werden, sind um etwa eine Million geringer als die im Vorjahr für die Invaliden bezahlten Renten. Diese Tatsache beweist, daß das in den vielen Resolutionen zum Ausdruck gekommene „Wohltun“ für die Arbeiter nichts bedeutet, sobald es zum Zahlen kommt. Die Zahl der Opfer der Arbeit wird immer größer und größer, die Summen für die Renten aber steigen nicht, sondern fallen. Nicht zu vergessen ist dabei, daß die Arbeiter diese Summe von 50 Millionen Mark, die für die Renten ausgegeben werden, in Form der indirekten Steuern zum größten Teil selbst aufbringen. Nichts ist für unsere Sozialpolitik bezeichnender als das Herabgehen dieser Summe im Etat, die durch Überkennung von Renten an Invaliden erreicht wird. Diese Invaliden fallen zum größten Teil der Armenpflege zur Last; denn in anderen Verufen finden sie sicherlich keine Arbeit, wenn sie auch noch als erwerbsfähig bezeichnet werden. Es wäre sehr zu wünschen, daß mit dem System der Herabsetzung der Renten gebrochen würde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Schulkommission“ führt

Abg. Kulerski (Pole) aus, Preußen begnüge sich nicht damit, polnische Schüler von preussischen Gymnasien zu entfernen, sondern versuche, daraus hinzuwirken, daß solche Schüler auch auf den Gymnasien der anderen Bundesstaaten nicht Aufnahme finden!

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Bundesamt für das Heumattwesen“ ergreift das Wort

Abg. Brühne (Soz.):

Ohne jeden Grund werden Leute, die bis zu 20 Jahren und noch länger sich in Deutschland aufhalten, die politisch nicht tätigen, die ihren guten Verdienst haben, nicht in den deutschen

Staatsverband aufgenommen, ja, sie werden sogar mit Ausweisung bedroht. Mit einer solchen Praxis sollte gebrochen werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brejki (Pole) bringt den Fall eines Mannes zur Sprache, der zwischen Preußen und Rußland hin und her geschoben wurde, und geißelt die Ausweisungspolitik der preussischen Regierung.

Abg. Wedel (Soz.):

Nach dem von den Vorrednern Vorgebrachten können Sie sich ein Bild von den deutschen Zuständen machen; sie müssen möglichst bald beseitigt werden, es ist dringend notwendig, daß eine Reform des Gesetzes über den Erwerb der Staatsangehörigkeit eintritt. Ich will auf einen häufig vorkommenden Fall aufmerksam machen: Hunderttausende, ja Millionen von Deutschen sind ausgewandert, ohne die Absicht zu haben, später nach Deutschland zurückzukehren; sie haben deshalb auch nichts unternommen, die deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten. Nach 15, 20, 30 Jahren kehren sie zurück, befinden sich auch in ganz guten Verhältnissen, die Wiedereinnahme in den Staatsverband wird ihnen aber verweigert! Dieser Zustand kann nicht aufrechterhalten werden; er dauert schon viel zu lange. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Vor zehn Jahren ist eine Aenderung des Gesetzes versprochen, die Regierung sollte sie so bald als möglich herbeiführen.

Unterstaatssekretär Wermuth: Die Erwägungen über die Aenderung des Gesetzes dauern noch immer fort. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Seit 10 Jahren!) Die Materie ist außerordentlich schwierig.

Abg. Wed (Soz.):

Wir wollen hoffen, daß die Erwägungen endlich aus dem Flusse herauskommen und sich zu einem Gesetzentwurf verdichten. Ein Italiener in Waldsbut, der sich verheiratet wollte, mußte dies aufgeben, weil er die Aufnahme in den Staatsverband nicht erreichen konnte. In einem anderen Falle wurde einem Ausländer, der im Interesse der Reichsmonarchie heiraten wollte, dieses unmöglich gemacht! In materieller und moralischer Hinsicht wirkt die Ausführung der gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen verderblich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (fr. Sp.) wendet sich gegen die Praxis, daß Bayern, die nach Amerika ausgewandert sind, dann zurückkommen und sich hier verheiratet wollen, nicht naturalisiert werden.

Abg. Brühne (Soz.):

Die von der Regierung zugesagten Erhebungen sollten doch etwas beschleunigt werden. Es ist tatsächlich so, wie mein Parteigenosse Wed gesagt hat: Wenn jemand in Preußen naturalisiert werden will — und schon ein Kind hat, so wird daraus sicher nichts! Besonders Arbeitern gegenüber wird immer darauf hingewiesen, sie könnten bei ihrem geringen Einkommen leicht der öffentlichen Armenpflege anheimfallen! So wurde einem Arbeiter, der 18 Jahre in Frankfurt a. M. gelebt hatte und nachweislich einen Verdienst von 1600 M. hatte, aus diesem Grunde die Aufnahme in den preussischen Staatsverband versagt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Beim „Statistischen Amt“ fordert

Abg. Werner (Ant.) Gehaltsaufbesserungen für die Sekretariats-Assistenten.

Das Kapitel wird bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung beim Reichsgesundheitsamt; Ergänzungsetat.)

Schluß 8 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission.

(Sitzung vom 16. April.)

Die im Ergänzungsetat befindlichen Summen für Feuerungsanlagen an Beamten im Reichsamt des Innern werden abgelehnt, da in dem zu erwartenden Nachtragsetat die Zulagen in höherem Maße gewährt werden sollen.

Singer referiert dann über eine Anzahl Petitionen von Beamten. Er kritisiert, daß obwohl die Budgetkommission schon wiederholt gleiche Petitionen zur Berücksichtigung überwies, bis heute noch nichts geschehen sei. Die richtige Antwort wäre eigentlich, sofort solche Erhöhungen in den Etat einzustellen. Singer stellt den Antrag: den Reichsanzler zu ersuchen, daß in einem Ergänzungsetat für 1907 die Mittel angefordert werden, die nötig sind, um

1. die etatsmäßigen technischen Hilfsarbeiter bei der Biologischen Anstalt, die Hilfsarbeiter im Gesundheitsamt, in der Normallehrer-Kommission und bei der physikalisch-technischen Reichsanstalt im Gehalt mit den Verordnungsreferenten beim Luftschutzamt für Privatversicherung gleichzustellen;

2. die vor dem 1. April 1897 dauernd in den Reichsdienst übernommenen, jedoch erst seit oder nach diesem Zeitpunkt als expedierende Sekretäre und Kassulatoren angestellten Vorausbekannteren der höheren Reichsbehörden (Kaiserliches Patentamt; Statistisches Amt; Reichsversicherungsamt; Gesundheitsamt; Aufsichtsamt für Privatversicherung; Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft) im Dienstverhältnis mit den früher angestellten Kollegen gleichzustellen.

Der Antrag wird, obwohl Unterstaatssekretär Zwele dagegen spricht, einstimmig angenommen.

Eine größere Zahl Petitionen werden der Regierung als Material für die kommende Revision des Gehaltsartikels überwiesen. Ueber eine Petition gegen Unterstützung von Baugenossenschaften geht die Kommission zur Tagesordnung über.

Kunze beginnt die Budgetkommission über

Beratung des Kolonialetat.

Die Errichtung eines selbständigen Kolonialamtes, die auch diesmal wieder gefordert wird, veranlaßt keine große Debatte, nur Hertling und Wedel geben kurze Erklärungen dahin ab, daß Zentrum und Sozialdemokratie nach wie vor gegen die Forderung seien. Mit der Majorität werden dann die 44.000 Mark für den neuen „Staatssekretär“ Dernburg bewilligt. Bei der Beratung der weiteren neuen Beamtenstellen (ein Unterstaatssekretär, drei vorragende Räte, mehrere Hilfsarbeiter) entpinnst sich eine lebhaftere Debatte über die Organisation des neuen Kolonialamtes. Semler möchte es mehr dem kaufmännischen Standpunkt aus eingerichtet sehen; so will er, daß die Beamtenstellen nicht im Etat festgelegt werden, sondern dem Kolonialdirektor soll ein Pauschale gewilligt werden, mit dem er sich einen Beamtenstab beliebig schafft und nach Bedarf und Verleihen abändert! Dernburg ist gegen diese sonderbare Art einer behördlichen Organisation. Und als er an seine kaufmännische Praxis erinnert wird und daran, daß er wohl selbst eine solche kaufmännische Organisation dieser Behörde gewünscht habe, gibt er zu, daß er eben seine Meinung geändert habe! Arendt will die bürokratische Form beibehalten wissen, aber sie müsse erfüllt werden mit kaufmännischem Geiste. Bei dieser Erörterung kommt auch die Tatsache wieder zur Sprache, daß die Abrechnungen aus den Kolonien so spät an den Reichstag kommen. Es wird von einem Regierungsbeamten mitgeteilt, daß die Rechnung für 1897/98 jetzt bald (!) an den Reichstag komme. Dernburg meint, draußen in den Kolonien seien die Buchhalter wegen der mangelhaften Einflüsse nicht so leistungsfähig wie hier! Außerdem wolle er nach Schluß des Reichstages in die Kolonien gehen, um dort selbst für möglichste Vereinfachung zu sorgen. Wedel konstatiert zunächst mit Besriedigung das Eingeständnis des Kolonialdirektors, daß er sich gemauert habe. Er werde sich auch noch weiter wandeln,

je mehr er in das Gebiet eindringe. Es frage sich dann nur, in welcher Richtung sich die Wandlung bewegen werde. Zum Kolonialetat selbst bringt Wedel zunächst den außerordentlich raschen Wechsel der Beamten in den Kolonien zur Sprache, der doch sicher nicht zum Vorteil der Kolonien sei; denn bevor einer in die Lage komme, Vorschläge zur Besserung zu machen, gehe er wieder fort! Weiter sind viel zu viel Beamte dort; man scheint hierin nach dem Muster des Mutterlandes zu verfahren und kommt dabei zu ganz absurden Maßregeln. Die Kolonialverwaltung möge fähige Beamte zum Studium der englischen Kolonialverwaltung entsenden. Es sei beizubehalten, daß England nach dem erbitterten Burenkriege dort so verhältnismäßig gute Zustände zu schaffen vermochte. Schließlich wendet sich Wedel gegen die Landgesellschaften, die eher ein Unglück als ein Vorteil für die Kolonien sind, und kritisiert scharf die heutige Art und Weise der Rechnungslegung. Es müßte sonderbar an dem raschen Beamtenwechsel die Rechnungen ein Viertel Menschenalter nach der Ausgabe der Gelder an den Rechnungshof kommen. Gerade das Wort Arendts, daß man in den Kolonien doch mache was man will, erfordere rascheste Aenderung. Es müsse darauf gehalten werden, daß die Beschlüsse des Reichstages auch respektiert werden.

Dernburg ist mit Wedel fast in allen Punkten einverstanden! Im einzelnen bespricht er die Mittel, die zur Besserung dienen sollen. Es reden noch Arend, Richthofen, Arning und Storz; letztere beide geben Erfahrungen aus den Kolonien zum besten, wobei sie vielfach der Kritik Wedels beitreten. Dernburg muß zugeben, daß Mißstände bestehen, aber im allgemeinen seien die Beamten sehr brauchbar und tüchtig. Die beobachteten Mängel liegen daran, daß die Beamten hier unter ständiger Aufsicht stehen, dort aber Aufsicht üben sollen und dabei ständig helfend und schließend eingreifen müssen. Wichtig ist, daß in den Kolonien ein starker Kasernengeist herrscht, wobei er immer auftritt und er wolle zeigen, daß ihm jeder, der seine Pflicht tut, gleich wert ist, ob er einen Stern und Orden hat oder nicht.

Siemer, der jetzt mit der Majorität natürlich alle Kolonialforderungen bewilligt, sucht, was die Beurteilung der früheren Kolonialpolitik anbelangt, von seinen Mitrednern, die auch jene lebhaft verteidigen, abzurufen! Das sind so kleine Verlegenheitsanwendungen. Erzberger empfiehlt einen gewissen feststehenden Reichszuschuß für die Kolonien auszuwerfen, der für die militärischen Ausgaben zu verwenden wäre; die Zivilverwaltung müßte durch die Kolonien selbst gedeckt werden. Dernburg erklärt, er wäre mit einer solchen Regelung einverstanden. Beim Schluß der Debatte weist Wedel darauf, daß die notwendige Selbstständigkeit unserer Kolonialbeamten noch lange fehlen werde, man möge sie heranziehen, wo man wolle. In Deutschland würden weder Kaufleute noch Beamte zur Selbstverwaltung erzogen. Das sei in England ganz anders.

Die Positionen werden schließlich von der Majorität angenommen.

Der neue Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif.

Am 1. Mai d. J. tritt im Deutschen Reich ein neuer einheitlicher Personen- und Gepäcktarif in Kraft. Ueber die hauptsächlichsten Bestimmungen dieses neuen Tarifs hat die Eisenbahnverwaltung zwei kleine Broschüren, betitelt „Reisebuch für Reisende“ und „Der neue Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif“, zusammenstellen lassen, die demnächst an den Schaltern unentgeltlich an das Publikum abgegeben werden sollen. Die wichtigsten Veränderungen sind:

Vom 1. Mai d. J. ab werden auf den deutschen Eisenbahnen einheitliche Fahrpreise und ein einheitlicher Gepäcktarif bestehen. Ueber die Fahrpreise und Beförderungsbedingungen für Vereinsfahrerscheine, für gemeinnützige Zwecke und für Sonderzüge, auch Feriensonderzüge, sind gleichfalls einheitliche Bestimmungen vereinbart. Die Ausnahmen, die auf den Verkehr mit regelmäßigen Fahrten von Einfluß sind (Kilometerhefte, Landeskarten usw.) sollen weg. Unberührt bleiben durch die Reform die Tarife für Monatskarten, Arbeiterkarten, Schülerkarten, Sonntagskarten, die Preise der Stadt- und der Vorortverkehre und dergl.

Die Rückfahrkarten werden abgeschafft. Die normalen Preise der 1. und 2. Klasse sind auf die Hälfte der Rückfahrpreise festgesetzt, die der 1. Klasse auf einen etwas höheren Betrag. In Zukunft sind also alle Einzelreisen in den drei ersten Wagenklassen billiger. Die Preise für das Personenkilometer, die heute für die Personenzüge in Preußen und Sachsen 8, 6 und 4 Pf., in den süddeutschen Staaten 8,0, 6,3 und 3,4 Pf. betragen, werden herabgesetzt auf 7,0, 4,5 und 3,0 Pf. Dafür stellen sich für die Hin- und Rückfahrt künftig in den meisten Fällen die Preise etwas höher; denn während bisher der Inhaber einer Rückfahrkarte auch die Schnellzüge benutzen konnte, wird vom 1. Mai ab ein fester Zuschlag für einen Teil der nicht mit einer Platzartengebühr belegten Abteilschnellzüge erhoben und ein neuer Gepäcktarif eingeführt, durch welchen Freigepäck auf den norddeutschen Bahnen nicht mehr bewilligt wird.

Der Zuschlag für Schnellzüge beträgt für Strecken bis 75 Kilometer 50 Pf., für 75 bis 150 Kilometer 1 M., über 150 Kilometer 2 M. in der 1. und 2. Klasse, in der 3. Klasse die Hälfte dieser Sätze. Dieser Zuschlag ist jedoch nicht für alle Schnellzüge zu zahlen. Die Schnellzüge werden vielmehr vom 1. Mai in zwei Gattungen eingeteilt: in auslagspflichtige (Schnellzüge genannt), und in auslagsfreie (Eilzüge genannt). Reisende, die auslagspflichtige Züge (der Fahrplan gibt Auskunft, welche Züge dies sind) benutzen wollen, enthalten entweder Fahrkarten für Schnellzüge mit eingerechnetem Zuschlag oder besondere Schnellzugsauslagskarten, für die ein Fahrkartenstempel nicht erhoben wird. Die besonderen Zuschlagskarten werden auf allen Stationen verkauft, auch dort, wo keine Schnell- oder Eilzüge halten; ferner sollen die Zugführer solche Karten immer zum Verkauf bei sich führen.

Auch in den D-Zügen tritt an die Stelle der Platzartengebühr der Schnellzugzuschlag, der für Entfernungen bis zu 75 Kilometer billiger, für größere Entfernungen gleich hoch ist. Das Reisen in den dem durchgehenden Verkehr dienenden Abteilschnellzügen wird auf den preussisch-hessischen Bahnen infolge — um höchstens 2 M. für die Fahrkarte — verteuert, als zurzeit bei Rückfahrkarten nur die Personenzugpreise erhoben werden. Es ist aber in Aussicht genommen, diese Abteilzüge allmählich in D-Züge umzuwandeln.

Der neue Gepäcktarif bedeutet für die Reisen in Süddeutschland fast durchweg, insbesondere für Entfernungen über 30 Kilometer, eine Verbilligung, die mit dem Gewicht der Gepäckstücke und den Entfernungen wächst. Durch die Beseitigung des Freigepäckes wird die Gepäckkraft für Gewichte bis 25 Kilogramm auf den norddeutschen Bahnen teurer. Aber nach den neuesten Vereinbarungen der deutschen Regierungen ist die Gepäckkraft (20 Pf. für Entfernungen bis 50 Kilometer, 50 Pf. bis 300 Kilometer) eine ziemlich niedrige.

Wie sich die Gepäckkraft in Zukunft im Vergleich mit der jetzigen nach solchen Gebieten stellen wird, in denen zurzeit Freigepäck nicht gewährt wird, mögen folgende Beispiele zeigen:

von	nach	jetzt	vom 1. Mai d. J. ab
von Berlin nach München	über Regensburg	3,40 M.	1,— M.
über Probstzella		3,75 „	1,— „
von Berlin nach Ruffeln	über Regensburg	4,40 „	1,— „
über Probstzella		4,80 „	1,— „
von Berlin nach Stuttgart	über Rittichenhausen	3,15 „	1,— „
von Köln nach Basel		2,95 „	1,— „

Für die zusammengestellten Fahrpläne des Vereinsverkehrs sind die Preise der 1. Klasse um 1 Pf., der 2. Klasse um 0,18 Pf. höher, der 3. Klasse um 0,07 Pf. billiger. Bei ihnen werden Schnellzugsaufschläge nicht erhoben.

Nicht berührt durch die Reform werden die Preise der 4. Klasse in Norddeutschland, die Preise für Monats-, Schüler- und Arbeiterkarten, für Sonntagstaxen, für den Stadt- und den Vorortverkehr, ebenso bleiben die Preise für Sonderzüge und Feriensonderzüge fast ganz unberändert.

Die Vorausbestellung von Karten für bestimmte Züge wird nicht geändert. Auch Plätze können, obgleich Platzkarten in Bezug kommen, vorausbestellt werden. Die Vorausbestellung ist nur gegen Vorzeigung einer für den betreffenden Zug gültigen und zur Fahrt von der Ausgangsstation dieses Zuges ab berechtigten Fahrkarte zulässig. Auf Fahrkarten, die an Zwischenstationen gelöst werden, können Plätze nicht referiert werden. Die Fahrkarten, auf die Plätze bestellt werden, sind mit dem Vermerk „Pl.“ auf der Rückseite zu versehen.

Die für Reisen größerer Gesellschaften bisher gewährten Preisermäßigungen, mit Ausnahme der für Arbeitergesellschaften, werden aufgehoben. Wenn öffentliche Interessen in Frage kommen, können wie bisher für Reisen größerer Gesellschaften von mindestens 20 Personen Arbeitergesellschaftskarten für die 4. Klasse ausgeben werden. Anträge auf Ueberlassung solcher Karten sind an die der Reiseantrittsstation vorgesehene Direktion zu richten. Der Fahrpreis wird in diesen Fällen wie bisher auf 15 Pf. für die Person und das Kilometer ermäßigt. Fahrtunterbrechung ist überall gestattet, von einer Verschönerung derselben soll abgesehen werden. Rückfahrkarten, die vor dem 1. Mai gelöst sind, behalten ihre Gültigkeit betreffs der Benutzungsdauer auch nach dem 1. Mai. Inhaber von Rückfahrkarten, die nach dem 1. Mai zuschlagspflichtige Schnellzüge benutzen, brauchen keinen Nachschlag für diese Züge zu bezahlen, auch wird Freigelegte gewährt. Nach dem 15. Juni werden Rückfahrkarten im Eisenbahnverkehr als ungültig betrachtet.

Verbandstag der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher- und Weißbinder Deutschlands.

Leipzig, 13. April.

Schlussklausur.

Aus der Fülle der Änderungsanträge, die in der Statutenberatung angenommen wurden, heben wir folgende hervor: Der bisherige Titel der Organisation wird von „Vereinigung usw.“ in „Verband“ umgewandelt. Mitglieder in- und ausländischer Berufsvereine, die durch ihr Arbeitsverhältnis Mitglieder anderer Gewerkschaften wurden, können ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden, wenn sie sich binnen 4 Wochen nach Austritt aus der anderen Organisation zur Aufnahme melden. Mitgliedern aus anderen Zentralorganisationen werden beim Eintritt die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in Anrechnung gebracht. — Der Beitrag für männliche Mitglieder darf in den 35 Sommerwochen nicht über 50 Pf. (bisher 40 Pf.), in den 17 Winterwochen (vom 1. November bis Ende Februar) nicht über 20 Pf. (bisher 15 Pf.) betragen. An die Hauptkasse werden von den Sommerbeiträgen 40 Pf. (bisher 35 Pf.), von den Winterbeiträgen 15 Pf. (bisher 10 Pf.) abgeführt. In außerordentlichen Fällen haben Vorstand und Ausschuss das Recht, Extrabeiträge für die Hauptkasse auszusprechen. — Bei Mitgliedern, die länger als 1 Jahr das Gewerbe selbstständig betreiben, erlischt die Mitgliedschaft, sofern nicht eine Mitgliedsversammlung mit Zweidrittelmehrheit die weitere Mitgliedschaft für zulässig erklärt. — Die Verwaltungsmitglieder der Filialen sind jedes Jahr in der Generalversammlung der Filiale neu zu wählen. Diese Wahl trifft aber nicht Angehörige der Organisation und Bevollmächtigte oder Kassierer. Der Hauptvorstand wird von 7 auf 9 Personen vergrößert. Sein erster und zweiter Vorsitzender, Kassierer und Sekretär werden beibehalten. Auch der Ausschuss (dessen Sitz in Hannover bleibt) wird von 7 auf 9 Personen vergrößert. — Zur Wahl der Delegierten wird die Abrechnung des letzten Jahres zugrunde gelegt. Auf 250 Mitglieder kommt ein Delegierter, auf je weitere 750 ein Delegierter mehr. Gebundene und Doppelmandate sind nicht zulässig. Die jetzigen 10 Agitationsbezirke werden in 7 Bezirke aufgeteilt. Es sollen eingehen die Bezirke: Hannover, Erfurt, Breslau und Kattowitz. Mit Ausnahme des 5. Bezirkes, der nach Leipzig verlegt wird, bleiben die Sitze der bisherigen Bezirke an den bisherigen Orten. Filialen, deren Jahresrechnung den durchschnittlichen Stand von 500 Mitgliedern ergibt, können die Anstellung eines Beamten beim Vorstände beantragen. Filialen mit 1800 Mitgliedern können einen zweiten, mit 3500 Mitgliedern einen dritten Beamten anstellen. Die Gehälter aller Beamten werden von nun an aus der Hauptkasse gezahlt. Die Gehälter der Filialbeamten steigen von 1800 bis auf 2200 M. Höchstgehalt. Die verantwortlichen Beamten des Hauptvorstandes und der Redakteur des Jahrbuches erhalten ein Anfangsgehalt von 2400 M. bis zum Höchstbetrage von 3000 M. steigend. Das Anfangsgehalt der ständigen Hilfsarbeiter beim Hauptvorstand steigt von 1900 bis 2200 M. Vom 1. Januar 1907 an erhalten der 1. Vorsitzende 2700 M., der 2. Vorsitzende 2500 M., der Kassierer 2000 M. und der Redakteur 2000 M. Gehalt. Die Anfangsgehälter der Beamten in Filialen mit über 1000 Mitgliedern betragen von 2000 bis 2500 M. — Die Filiale Winkeln ist der Filiale Frankfurt a. M. anzuschließen. — Die Streikunterstützung wird wie folgt festgesetzt: Für Ledige bei 14 bis 52 Wochen Mitgliedschaft auf 150 M. pro Tag und 9 M. pro Woche, bei über 53 Wochen 2 M. pro Tag und 12 M. pro Woche. Für Verheiratete nach 14 bis 52 Wochen Mitgliedschaft 2 M. pro Tag, 12 M. pro Woche, bei über 52 Wochen 2,50 M. pro Tag und 15 M. pro Woche. Die Höchstsumme der Streikunterstützung für Verheiratete (die für jedes nicht der Schule entlassene Kind 1 M. pro Woche erhalten) darf bis zu 13 Wochen Mitgliedschaft nicht über 14 M., bis zu 52 Wochen nicht über 17 M., und bei über 52 Wochen Mitgliedschaft nicht über 20 M. pro Woche betragen. Weibliche Mitglieder erhalten pro Tag 1 M., pro Woche 6 M. und für jedes Kind 1 M. pro Woche Streikunterstützung. Bei der durch die Kaiserfeier entstandenen Ausperrung oder Abregelung erhalten die länger als 13 Wochen dem Verbands angehörenden Mitglieder die Streikunterstützung aus der Hauptkasse nach Ablauf der zweiten Woche, wenn Dreiviertel der im Betriebe beschäftigten Mitglieder die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen haben. Die Kaiserfeierunterstützung tritt bereits für 1907 in Kraft. — Den verheirateten Mitgliedern, die außerhalb des Streikortes Arbeit annehmen, wird, wenn eine tägliche Rückkehr zur Familie nicht möglich ist, auf Antrag bei der Streikleitung eine Familienunterstützung gewährt, und zwar 3 M. pro Woche für die Frau, für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M. Ferner wird folgender Antrag Hamburg als Resolution angenommen: Die Agitation unter den ungelerten Arbeitern im Verufe ist in die Wege zu leiten; sie sind auszuführen, damit sie Klassenbewusste Arbeiter werden und mitkämpfen für die Bestrebungen der Organisation. Die Filiale Waden-Waden wird an Karlsruhe angegliedert. Die Filialen sollen eine monatliche Arbeitslosenabrechnung vornehmen. Der Sitz des Hauptvorstandes bleibt in Hamburg. Seine vier Beamten wurden einstimmig wiedergewählt, ebenso der Ausschussvorsitzende Reinert Hannover. Für den Vorstand wird ein Sekretär neu angestellt, für die Redaktion und Expedition wird dem einstimmig wiedergewählten Redakteur Karl Hamburg eine besoldete Hilfskraft zur Seite gestellt. An die Stelle der Rechtskommission tritt als Beschwerdeinstanz der Ausschuss. Der Diäten für die Delegierten wird von 13 auf 15 M. pro Tag erhöht. Bei Agitationsreisen wird in Zukunft pro Tag mit Uebernachten 8 M., für die Vorstandsmitglieder 9 M. gezahlt.

Damit war die arbeitsreiche Tagung beendet. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden Lobler, das in ein Hoch auf den Verband ausklang, wurde der Verbandstag geschlossen.

Aus der Partei.

Die Generalversammlung des Kreis-Wahlvereins Dr. Prignitz, welche am Sonntag, den 14. cr., in Prihwal tagte, ehrte in erster Linie das Andenken unseres verstorbenen Genossen Auer. Erschienen waren aus dem Kreise 18 Delegierte; außerdem waren anwesend der Kandidat, Genosse B. Raab, von der Agitationskommission der Genosse Schulz und als Delegierte des 6. Berliner Reichstagswahlkreises die Genossen Brunner und Henschel.

Den Bericht des Vorstandes, der bereits im Auszug von uns gebracht wurde, erstattete Genosse Varteis, den Kassenbericht Genosse Schulz. Von den Revisoren bringen Sengbusch und Reetz einige Monits vor, die sich zwar nicht gegen die Kassenführung richten, sondern die Ungleichmäßigkeit der im Berichtsjahre an einzelne Genossen gezahlten Reisepesen rügen und sie teilweise als zu niedrig angenommen erklären. Da vom Wahlverein Wittstock bestimmte Anträge dazu vorliegen, wird diese Angelegenheit zum letzten Punkt „Vereinsangelegenheiten“ zurückgeführt. Es referiert sodann Genosse Schulz über Agitation und Organisation. Zum Schluss rügte er die Tätigkeit des bisherigen Vorstandes und ermahnte die Genossen, selbst alles daran zu setzen, die an der Spitze stehenden Personen vorwärts zu drängen.

In der Diskussion gibt Genosse Raab die Gründe an, welche es ihm nicht ermöglichen, die Kandidatur weiter beizubehalten. Er bittet die Generalversammlung, sich nach einem geeigneteren Genossen umzusehen.

Ueber die verflozene Reichstagswahl und die fernere Taktik referiert Genosse Raab. Nach einem Rückblick auf die Taktik der Partei und der im Kreise massenhaft aufgetretenen Gegner, erklärt sich der Redner mit den über die fernere Agitation aufgestellten Grundzügen einverstanden. — Die Neuwahl des Kandidaten kann nach der Erklärung des Genossen Raab nicht vorgenommen werden. Es wird eine dreigliedrige Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen Schulz, Prihwal, Bernhöft, Wittstock und Hein. April, welche sich mit der Sache zu befassen hat. Die Neuwahl des Vorstandes zeitigt folgendes Resultat: Regel-Prihwal, 1. Vorsitzender, Schulz, Prihwal, 1. Kassierer, Föhner, Prihwal, 1. Schriftführer, zum stellvertretenden Vorsitzenden wird Leetz und als Beisitzer Hinz gewählt. Der Sitz des Zentralvorstandes bleibt demzufolge Prihwal.

Zu Revisoren bestimmt die Generalversammlung die Genossen Bernhöft, Wittstock, Conrad, Prihwal und Liebich-Rehburg.

Es werden dann nach den Anträgen der Wittstocker Genossen für die Flugblattverbreitungen und Delegationen zu zählenden Zeugnissen und Spesen durch Beschluss festgelegt. Ferner wird bei der Agitationskommission beantragt, dafür zu sorgen, daß in den örtlichen Vereinen allmonatlich ein Vortrag gehalten werde, der die Genossen über das Wesen und die Ziele der Sozialdemokratie aufklärt.

Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Schulz wird die Generalversammlung mit einem begeisterten Hoch geschlossen.

Zwei Veteranen.

Am 15. April feierte Genosse Karl Klotz zu Stuttgart, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, seinen 60. Geburtstag. Klotz hat eine lange, arbeits- und verdienstreiche Dienstzeit in der Arbeiterbewegung hinter sich. Schon in der vorsozialistischen gesellschaftlichen Zeit begann sie. Sowohl der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung hat er seine Kräfte gewidmet. Zwanzig Jahre lang hat er für die Partei bei allen Wahlen in Stuttgart kandidiert; im Jahre 1898 eroberte er das Mandat zum Reichstage, das er bis 1903 inne hatte, worauf er es wegen Arbeitsüberlastung jüngeren Händen übergeben mußte. Seit dreizehn Jahren gehört er dem württembergischen Landtag, seit sechzehn der Stuttgarter Stadtdirektion an. Klotz hat schon seit Klotz an der Spitze des Holzarbeiterverbandes, den er mit gründen half. Ebenso hat er an einem anderen wichtigen Fortschritt der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit gearbeitet, dem Zusammenschluß der Verbände in der Generalkommission.

Am 16. April vollendete Genosse Theodor Lutz zu Waden-Waden das 6. Jahrzehnt. Der „Volkstribune“ zu Karlsruhe schreibt ihm einen Glückwunsch, worin es heißt: Der „rote Apotheker“ kann auf ein bewegtes politisches Leben zurückblicken. Unter dem Sozialistengefähr, wo das Eintreten für unsere Ideen noch große Opfer kostete, hatte Genosse Lutz mit Behörden und politischen Gegnern manchen Strauß auszuschütten. Damals hatte man nicht nur „geistige“, sondern auch tätliche Angriffe zu parieren. Wenn der rote Apotheker dabei im Spiele war, wog seine Widerfaher bei beiden Formen des Kampfes den Kürzeren. . . Im Jahre 1904 kam er bei einer Erziehung im Bezirk Karlsruhe in den bodischen Landtag. Im vorigen Jahre wurde er durch das Vertrauen, das er sich bei Arbeiter- und Bürgerschaft in seiner jetzigen Heimatstadt Waden-Waden erworben hatte, zum Stadtverordneten gewählt. Lutz ist es mit zu danken, wenn die landrechtlich erschossenen 40er auf dem Rastatter Friedhof ein würdiges Monument erhalten haben. . .

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Reichsgericht hatte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Revision eines Urteils gegen unseren Verantwortlichen, Genossen Weber, zu beschäftigen. Am 10. November vorigen Jahres wurde Genosse Weber von der vierten Strafkammer des Landgerichts I wegen der Veröffentlichung der Notiz: „Ein verschwandener Soldat“ zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, da das Gericht in dieser Notiz die Merkmale des § 111, Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen, erblickte. Die Revision wurde zurückgewiesen.

Aus Industrie und Handel.

Vom Eisenmarkt. Die „All.-Westf. Ztg.“ entwirft, anscheinend auf Grund von Spezialinformation, von der Lage auf dem Eisenmarkt ein Bild, das manche Unstimmigkeit mit dem in voriger Woche vom Stahlverband herausgegebenen Bulletin aufweist. Es heißt da s. B.: „Es ist nun bald ein Vierteljahr her, daß am Markt sich eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar machte, die zuerst am Weichmarkt einsetzte, allmählich auf andere Fabrikate — mit Ausnahme vielleicht der Rohstoffe — überging, und heute sich zu einer völligen Geschäftsunlust auf allen Gebieten verdichtet hat. Seit der Erschütterung der Berliner Börse ist das Vertrauen in Handelskreisen geschwunden und diese Tatsache kommt speziell am Eisenmarkt recht deutlich zum Ausdruck, weil sie hier noch durch die Syndikatschwierigkeiten ganz wesentlich unterstützt wird. Diese Zurückhaltung dauert leider auch heute noch fort, obwohl eigentlich erstlich niemand mehr an dem Zustandekommen des Stahlwerkverbandes zweifelt und obwohl selbst der so viel als Hauptbelastungsmoment zitierte Weichmarkt anfängt, etwas günstigere Perspektiven aufzuweisen. . . Der in erster Linie angestrebte Handel geht zu oft recht unangebrachten Preis- und Konzeptionen über, um Material los zu werden. Die Werke, die es darin teilweise schon nicht besser machen, geben den Aufträgen (besonders Abschüssen) mehr nach und hin und wieder werden, wenn die vorliegende Arbeit das Balzprogramm nicht rationell gestaltet, selbst Maßnahmen wegen Spezifikationen erlassen. . . Einige Werke machen es allerdings nicht besser, auch sie geben schon billigeren Offerten heraus, obgleich sie nach ihren Worten noch auf Monate hinaus gedeckt und um Aufträge nicht verlegen sind. . . Daß die monatliche Preisbildung auch auf ihren Auftragsbestand nicht ohne Einfluß bleiben kann, liegt auf der Hand. Die notwendige Ergänzung bleibt aus

und während die Auftragsmenge im Anfang des Jahres noch auf 6-7 Monate reichte, dürfte sie jetzt rein rechnerisch nur noch auf 4-5 Monate reichen. Daraus erklären sich denn auch die angeführten Erscheinungen. Bei den mittleren und kleineren Werken vermindert sich die Monate nützlich in Wochen, auf die ihre Beschäftigung auf Grund der vorliegenden Aufträge gesichert ist. Als Ausfluß des ausgebliebenen Frühjahrs-geschäftes darf deshalb nach Behebung der Verbandschwierigkeiten im Mai etwa mit einem erneuten Aufblühen der Kaufkraft gerechnet werden. Ob diese aber so nachhaltig sein wird, daß sie den ganzen Markt noch auf längere Zeit zu stützen vermag, das dürfte nach den Verhältnissen wie sie heute liegen, kaum noch als sicher gelten. Die Begleiterscheinungen, wie sie jeder Umschwung im Gefolge hat, sprechen schon nicht mehr dafür.“

Die hier ausgesprochene Ansicht deckt sich ziemlich mit der von uns im letzten Wochenbericht geäußerten. Und dem Organ der rheinisch-westfälischen Großindustriellen kann man Mangel an Optimismus wohl nicht nachsagen.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Der rechnungsmäßige Kohlenabgabebetrag im März 1907 bei 25 Arbeitstagen 5 613 498 Tonnen, arbeitstäglich 224 540 Tonnen (im März 1906 bei 27 Arbeitstagen 5 932 361 Tonnen, arbeitstäglich 219 717 Tonnen), er hat mithin im März 1907 gegen den gleichen Monat des Jahres 1906 abgenommen insgesamt um 318 865 Tonnen und ist arbeitstäglich um 4823 Tonnen = 2,20 Proz. gestiegen. Der Kohlen- und Bricketabgabebetrag: im März 1907 insgesamt an Kohlen 1 089 918 Tonnen bei 31 Arbeitstagen, arbeitstäglich 35 169 Tonnen (1 031 093 Tonnen bei 31 Arbeitstagen, arbeitstäglich 33 261 Tonnen) und Bricketts im März 1907 insgesamt 219 714 Tonnen bei 25 Arbeitstagen, arbeitstäglich 8789 Tonnen (223 699 Tonnen bei 27 Arbeitstagen, arbeitstäglich 8285 Tonnen).

Die Leonhard Tief A.-G. in Köln erzielte im letzten Jahre einen Reingewinn von 1 105 922 M., gegen 907 242 M. im Vorjahre. Die Dividende wird mit 7 Proz. ausgeschüttet. Bei einem Grundkapital von 10 000 000 M. und einer Hypothekenschuld von 7 244 928 M. (7 799 508 M.) stehen die Immobilien mit 14 000 000 M. (im Vorjahre 14 895 000 M.), die Maschinen und elektrischen Lichtanlagen mit 290 000 M. (301 001 M.) und die beweglichen Gegenstände sowie die Geschäftseinrichtung mit 1 100 000 M. (984 001 M.) zu Buch. Die Warenvorräte wurden mit 8 026 085 M. (6 984 117 M.) bewertet. Die Erhöhung dieser Rechnung wird auf die wachsende Ausdehnung der Geschäfte der Gesellschaft, die in Köln ein Hauptgeschäft und drei Zweiggeschäfte und außerdem in anderen Städten 12 Zweigniederlassungen besitzt, und auf die Erweiterung der Sortimente zurückgeführt. In der Bilanz waren 317 411 M. (gegen 298 802 M. i. V.), sowie in Wertpapieren und Beteiligungen 170 000 M. (i. V. 46 000 M.) vorhanden. Während bei Schuldnern nur 268 614 M. (337 778 M.) ausstünden, hatten Gläubiger 5 422 925 M. (5 044 778 M.) zu fordern. Wie der Vorstandsbericht für das Jahr 1906 hervorhebt, ist die Hochkonjunktur, die während des abgelaufenen Jahres auf fast allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zu verzeichnen war, auch auf den Gang der Geschäfte des Unternehmens nicht ohne Einfluß geblieben. Das Ergebnis des Berichtsjahres hat den Erwartungen in jeder Beziehung entsprochen und die Umsätze weisen abermals eine Erhöhung auf. Die bereits im vorjährigen Bericht erwähnte Nachfrage nach besseren Warengattungen hat eine weitere Steigerung erfahren. Der Geschäftsgang des neuen Jahres zeigt im Vergleich zu dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres abermals eine Erhöhung der Umsätze. Der Vorstand glaubt daher trotz der neuerdings sich mehrenden Zweifel in dem Fortbestand der günstigen Wirtschaftslage, für die Gesellschaft auch für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können.

Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft. Die Gesamtzinnahmen beliefen sich im abgelaufenen Jahre einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre auf 3 445 456 M. (i. V. 6 541 793 M.), die Ausgaben auf 7 820 504 M. (i. V. 5 537 812 M.), der Ueberschuß stellte sich somit auf 624 952 M. gegen 1 003 981 M. in 1905. Die Aktionäre erhalten 5 Prozent Dividende. Ueber ihre Pläne und über die Aussichten des Unternehmens führt die Direktion des Unternehmens in ihrem Bericht u. a. aus: „Wenn wir mit der Einführung des Automobilbetriebes weit langsamer vorgegangen sind, als ursprünglich geplant war, so glauben wir doch an der im letzten Jahresbericht ausgesprochenen Anschauung, daß die Zukunft des Omnibusbetriebes dem Automobilbetriebe gemeinsam mit dem Betriebe des leichten, schnellen Pferdeomnibusverkehres verbleiben soll, festhalten zu sollen. Wir meinen, daß sich bei vorzüglicher und praktischer Ausgestaltung dieses Programms unter Einhaltung strengster Wirtschaftlichkeit die Ergebnisse unseres Unternehmens allmählich wieder freundlicher gestalten werden. Wir stützen diese Meinung unter anderem darauf, daß der am 1. März 1907 in Kraft getretene höhere Tarif eine nachhaltige Wirkung über wird, und daß auch im Pferdebetriebe durch Einführung neuer rentabler Linien und durch geeignete tarifliche Maßnahmen bessere Einnahmen sich werden erzielen lassen. Nachdem ein Tarif auf der Grundlage von 15 Pf. für die ganze Strecke und von 10 Pf. für Teilstrecken von durchschnittlich etwa 8 Kilometer in Kraft getreten ist, wird der Kraftomnibusbetrieb eine weitere Ausdehnung erfahren. Eine Anzahl alter Pferdeomnibuslinien ist zur Umwandlung in Kraftbetrieb in Aussicht genommen; die behördliche Genehmigung ist erteilt. Wir wollen auch neue Linien einrichten und haben schon vor längerer Zeit eine Reihe solcher bei den Behörden beantragt und zum kleinen Teil bereits genehmigt erhalten.“

Verfammlungen.

Deutscher Senefelderbund (Verband der Lithographen usw.) Am Freitag tagte im Gewerkschaftshause eine stark besuchte Versammlung aller Berliner Filialen des Bundes. Daß erstatete Bericht über die Verhandlungen der in Hannover abgehaltenen Generalversammlung. Besonders eingehend behandelte er den Punkt, der im Vordergrund des Interesses stand: die beschlossene Trennung des Senefelderbundes als Unterhaltungsorganisation vom Verband der Lithographen usw. als Gewerkschaftsorganisation. Die Trennung ist bestimmt erfolgt mit Rücksicht auf die Rechtslage, welche geschaffen ist durch das vom Reichsgericht als Vertreter von Mitgliedern des alten Senefelderbundes herbeigeführte Gerichtsurteil. Die Versammlung beauftragte ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten durch lebhaften Beifall und nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die stark besuchte kombinierte Versammlung aller Filialen Berlins nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Generalversammlung in Hannover und erklärt sich mit diesen voll und ganz einverstanden. Besonders drückt sie ihre Befriedigung darüber aus, daß die von den Berliner Filialen beantragte Trennung von der Generalversammlung einstimmig beschlossen wurde, wodurch sich die gewerkschaftliche Tätigkeit von neuem zum Wohle der Kollegen entfalten kann. Der Reichsgerichtsurteil hat sich bisher stets der gewerkschaftlichen Tätigkeit hindernd in den Weg gestellt und trägt die Verantwortung dafür, daß der Einheitsverband nicht aufrecht erhalten bleiben konnte. Die versammelten Kollegen versprechen, sofort ihren Beitritt in den neugegründeten Verband zu vollziehen und für diesen nach Kräften zu wirken.“

Hierauf nahm die Versammlung die Wahlen zum Hauptvorstand des Senefelderbundes vor. In Hannover sind bereits gewählt Müller als Vorsitzender, Lang als Sekretär, Brall als Kassierer, Küller und Obier als Beisitzer. Ueber den Genannten haben die Berliner Mitglieder noch sechs Personen als Beisitzer in den Hauptvorstand zu wählen, sowie die Revisoren. Da die Wahl durch Stimmzettel erfolgte, so konnte das Resultat in der Versammlung noch nicht festgestellt werden. Die Versammlung beschloß, daß die als gewählt Ermittelten auch als Hauptvorstand für den Verband der Lithographen usw. zu fungieren haben mit der Aufgabe, daß Müller Vorsitzender des Verbandes ist, während der Bundesvorsitzende Küller im Verbandsvorstand das Amt eines Beisitzers bekleidet.



Hochmoderne
**Paletots
u. Ulster**

Unübertroffene, schönste Ausmusterung,
vornehmster Färbens und Farben.

Viele Tausende Exemplare
vorzüglichster Passform.

Nur eigene Erzeugnisse

50-45-40-35-33-15
30-27-24-21-18-15 Mark



Sacco-Anzüge

Viele Tausende Exemplare auslesener
Geschmackerichtungen. — Nur eigene
Erzeugnisse. 60.- 55.- 50.- 45.- 40.-
36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15 u.

Gehrock-Anzüge

Ausgeprobteste Passformen, Vorzüg-
lichste Verarbeitung. Nur eigene
Erzeugnisse. 70.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.-
36.- 33.- 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 27 u.

Vornehme Massanfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Achtung!

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

- Behrendt, Griner Weg 84.
- Bohne, Landsbergerstr. 79.
- Lucian, Landsbergerstr. 56.
- Verkaufshalle Vulkan, Große Frankfurterstr. 5.
- Wand, Große Frankfurterstr. 116.

Süden:

- Wormann, Kottbusser Damm 77.
- Kommandithaus Schendel, Dranienstr. 88.
- Esders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.
- Karl Stier, Dranienstr. 166.
- Konfektionshaus Böhm, Skalitzerstr. 39.
- Wand, Prinzenstr. 17.
- Schulmeister, Dresdenerstr. 4.

Zentrum:

- Westmann Nachf. Stephan Esders, Kaiser-Wilhelmstr. 41.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Norden:

- Wand, Chausseestr. 86.
- Juras, Chausseestr. 84.
- Ringel, Chausseestr. 31.
- Ringel, Brunnenstr. 47.
- Levy u. Co., Brunnenstr. 50.
- Vendit, Brunnenstr. 68.
- Vornstein, Brunnenstr. 184.
- Schendel, Rosenthalerstr. 8.
- Amerik. Verkaufshalle, Rosenthalerstr. Ecke der Weinmeisterstraße.

Westen:

- Kaplan, Friedrichstr. 1.
- E. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
- Karl Stier, Potsdamerstr. 113a.
- Landsberger, Friedrichstr. 108.
- Thiery u. Sigrand, Friedrichstr. 179.
- Wandsburger, Friedrichstr. 7.
- Wandsburger, Lurmerstr. 30.
- Esders u. Dyckhoff, am Dönhofsplatz.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Berlin, Michaelkirchplatz 1, parterre.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
(Bezirk Norden II.)
Am 15. April 1907 verstarb nach langem Leiden unser Mitglied
Johann Peters
im Alter von 57 Jahren an Lungenleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr von der Leichenhalle des Gethemane-Kirchhofs in Niederschönhausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
137/16 Der Vorstand.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau unseres Mitgliedes
Fedtko
aus Rind „Blütenbust“ am 15. d. M. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Thorneerstr. 62, aus statt.
2/16 Der Vorstand.

Verein der Droschkenfürer
Berlins und Umgegend.
Mitgliedschaft IV des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Paul Malz
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung desselben findet am Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
71/12 Die Ortsverwaltung IV.

Allen Freunden und Bekannten die trauernde Nachricht, daß mein lieber Mann, der Restaurateur
Heinrich Winkel
am Sonntag, 14. April, mittags 1 Uhr, nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreptomer Kirchhofes aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen
verm. Frau Winkel,
Rene Krug-Allee.

Nachruf!
Am 14. d. Mts. verschied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser verehrter Eheg. Herr
Joseph Hrich.
Die Schneider der Firma Fabian & Hrich.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch nachmittags 1/2 5 Uhr von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Adlerstraße, aus statt.

Zentral-Krankenkasse der Tapezierer.
Filiale III.
Am 13. April verstarb unser langjähriges Mitglied
M. Nagel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof in Rigdorf, Hermannstraße, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
178/2 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband aller in der Blumen-, Blätter-, Palmen- u. Putzfeder-Fabrikation beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, Herr
Paul Turetschek
am 13. April plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
299/11 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Karl Schwiethal
am 11. April plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
84/1 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Scheitlers
Otto Arndt, sage ich hierdurch allen Verwandten, Bekannten und Kollegen, dem Personal der Buchdruckerei Gebrüder Ernst, sowie den Mitgliedern der Turnvereine meinen herzlichsten Dank.
29415
Witwe Auguste Arndt.

Für die herzliche Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Baters und Schwiegervaters, des Steinleher-
Hermann Philipp, sage ich allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Steinlehermeister G. Deuer, den Mitarbeitern der Firma Deuer, dem Bahloverein von Behsen, dem Zentralverband der Steinleher, unseren herzlichsten Dank.
29656
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Max Poppo
sage ich allen, insbesondere den Lotterieverein „Lustige“ und „Sparsame Brüder“, dem Verband der Handels- und Transportarbeiter sowie den Genossen des 4. Berliner Reichstagswahlkreises meinen besten Dank.
2716
Martha Poppo und Kinder.

Für die herzliche Teilnahme und Krankspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes
August Lehmann
sage ich allen meinen herzlichsten Dank.
Luise Lehmann
nebst Sohn.

Gelegenheitskauf!
Nie wiederkehrend. Nie wiederkehrend.
500 Stück Ia Fahrräder
Nur solange der Vorrat reicht **60 bis 80 Mk.**
Teilszahlung gestattet.
Transporträder 100 Mk. billiger wie bei der Konkurrenz.
Deutsche 4565L.*
Transport-Fahrrad-Gesellschaft
Poststraße 26. BERLIN C. Poststraße 26.

Nur noch diese Woche **besondere Ausnahme-Preise!** 4006L.*
Staubmäntel **Uebergangspaletots** **Kostüme**
in 3 Serien | 3 Serien | 3 Serien
früher bis M. 12.- 25.- 39.- | 18.- 28.- 59.- | 29.- 43.- 78.-
jetzt M. 6,75 | 10.- 16.- | 7,50 12,50 23,50 | 12.- 20.- 30.-
10% Extra-Rabatt in bar an der Kasse.
Original-Modelle, Reismuster, Kopien
in Frauenmäntel, Liftboys, Ponnycauds, Regenmäntel, Gummimäntel, Rücken, Blusen, Kostümen
selbst für allerstärkste Figuren vorrätig.
Reizende Phantasie-Neuheiten elegant u. schick,
ebenso ermäßigt.
Engroshaus Hauptgesch.: W. Mohrenstr. 37a an den Kolonnaden.
Westmann Filiale: O. Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstr.
Sonntags geöffnet. Erstklassiges Trauermagazin.

Bloeker's Cacao
echt holländischer
ist unbedingt die feinste Marke.
Bei einem Vergleich mit anderen Sorten, fällt immer der reine Geschmack dieses Cacaos auf, der ein Beweis ist für die Güte der verwendeten Cacaobohnen und für das richtige Fabrikations-Verfahren.
Kontor: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 16. 45069*

Mißhandlungen in einer Irrenanstalt.

Im Jahre 1893 berichteten wir über mehrere Fälle idamloser Mißhandlungen in der Edelshen Anstalt in Charlottenburg und in anderen Anstalten. Wir wurden darauf mit einer Anfrage bedacht. Unsere Freude, durch gerichtliche Feststellung einer Reihe von Mißhandlungen, der rohen Behandlung Irren und Kranker, entgegenzutreten zu können, wurde leider durch Rücknahme des Strafantrages vereitelt. Immerhin war die Folge unserer Veröffentlichungen, daß die Mißstände in den Irren- und Krankenanstalten etwas weniger Anlaß zu Klagen gaben. Nur kurze Zeit. Seit einigen Jahren haben wir wiederholt Mißhandlungen auf diesem Gebiete an den Pranger stellen müssen.

Die jüngst von uns wiederholt besprochenen Vorgänge in der Edelshen Anstalt in Charlottenburg

beschäftigten gestern das Schwurgericht des Landgerichts III. Aus der Untersuchungshaft wurden der

Krankenpfleger Robert Fiech und der

Oberpfleger Paul v. Malotta

dorgeführt, um sich wegen

Körperverletzung mit tödlichem Erfolge zu verantworten.

Der Angeklagte Fiech ist 26 Jahre, v. Malotta 32 Jahre alt, beide sind unbestraft. Der erste Angeklagte wird beschuldigt, am 25. August 1906 den

Arbeiter Benno Rothschild körperlich mißhandelt zu haben mit dem Erfolge, daß der

Tod des Verletzten eingetreten ist. Malotta ist angeklagt, den Benno Rothschild durch

Beibringung von Chloralhydrat

an seiner Gesundheit geschädigt und dem ersten Angeklagten Beistand geleistet zu haben, um ihn der Strafe zu entziehen.

Der Vorsitzende beginnt mit der Vernehmung des Angeklagten Fiech. — Vors.: Angeklagter, Sie sind Krankenpfleger. Was waren Sie früher? — Angell.: Bis zum Jahre 1904 war ich Schmiedegeselle, dann wurde ich in der Irrenanstalt zu Uckerwalde, Kreis Rastenburg, Wärtter. — Vors.: Wie lange waren Sie dort und weshalb wechselten Sie Ihre Stellung? — Angell.: Ich war bis Ende 1904 dort und ging dann als Wärter an die Landes-Irrenanstalt in Neu-Ruppin, weil ich mich dort zu verbessern hoffte. Dort war ich nur 6 Wochen, da mir

das Gehalt zu niedrig

war. Ende Februar 1906 kam ich zu Herrn Dr. Edel, bei dem ich noch etwa ein halbes Jahr nach dem Vorfall, den mir die Anklage vorwirft, beschäftigt war. — Vors.: In der Edelshen Irrenanstalt wurden Sie in der Abteilung für Epileptiker beschäftigt, und zwar hatten Sie in der Station 77 für Gemütskranke zu tun. In dieser Station befand sich auch der Arbeiter Benno Rothschild. Zu Ihren Obliegenheiten gehörte es auch, den Garten in Stand zu halten und die Kranken hinauszuführen. Am 25. August v. J. sollte dies auch geschehen und hierbei kam es zu einem

Zusammenstoß mit Rothschild.

Erzählen Sie dies einmal selbst! — Angell.: Die übrigen Kranken waren schon in den Garten gegangen, nur Rothschild weigerte sich, da er angeblich keinen passenden Hut hatte. Ich redete ihm gut zu, er ging jedoch trotzdem nicht. Schließlich nahm ich ihn gewaltsam am Arm und schob ihn hinaus. — Vors.: Haben Sie den Kranken nicht vielleicht herausgerissen oder herausgemorfen? — Angell.: Nein, ich habe ihn sehr ruhig behandelt. Rothschild wurde jedoch aufgeregt und drang auf mich ein; er packte mich an der Brust. Da er mich beißen und krahen wollte, mußte ich eine gewisse Gewalt anwenden, um ihn in den Garten zu bringen. An der Treppe stolperten wir beide und fielen einige Stufen hinunter. Nachher wurde er so aufgeregt, daß er wiederholt auf mich zulam und mich krahen und beißen wollte. Da mußte ich ihn von mir abwehren und gab ihm einen Stoß. — Vors.: Können Sie sich nicht anders helfen, als daß Sie einen solchen Patienten klopfen, so daß er hinfällt? — Angell.: Ich wollte aber doch, daß Rothschild beißt und kratzt. — Vors.: Hat er denn das bei Ihnen schon einmal getan? — Angell.: Nein, aber an jenem Tage wollte er es tun. — Vors.: Wie kamen Sie auf diese Vermutung? — Angell.: Weil er auf mich zusprang. — Vors.: Hat er denn dabei etwas gesagt? — Angell.: Er hat geschluchzt und geschimpft. Er sprang auf und wollte mich an den Haaren fassen und umwerfen. Ich habe ihn mit abgewehrt mit den Händen, er schlug mich an den Hüften und zerriß mir die Hosen. — Vors.: Sie wissen doch, daß in solchen Fällen Sie die zerissenen Kleidungsstücke von der Anstalt ersetzt bekommen? — Angell.: Das ist richtig. — Vors.: Wie ging es dann weiter? — Angell.: Ich habe mit der Hand nach ihm geschlagen.

Hingefallen ist er selber.

Vors.: Früher haben Sie zugegeben,

mit dem Fuß nach seinem Unterleib

geschossen zu haben. Wollen Sie das frühere Geständnis widerrufen? — Angell.: Ich kann es nicht genau behaupten; ich war in Erregung. — Vors.: Gatten Sie Stiefel an? — Angell.: Nein, ich trug Hilschuhe. — Vors.: Rothschild blieb nun an der Erde liegen. Was taten Sie? — Angell.: Ich rief den Krankenpfleger Michaelowski. Da Rothschild nicht laufen wollte, haben wir ihn aufgehoben und ins sogenannte Lazarett getragen. — Vors.: Dort legten Sie ihn in den breiten Gang nieder und zwar nicht parallel den Betten, sondern quer. Als er so dalag, sollen Sie ihn wieder geschlagen haben. — Angell.: Ich wollte nur auf ihn zugehen, denn er schlug um sich. — Vors.: Im Lazarett sahen Sie zwei Wärter, die sprangen dazwischen und riefen Ihnen zu:

„Nach Dich doch nicht unglücklich!“

Sie haben dann den Rothschild von Ihnen entfernt und ihn in den Garten gebracht. Warum sind Sie denn

im Lazarett noch einmal auf den Patienten losgegangen?

Angell.: Ich war nervös. — Vors.: Die Sache spielte sich vor- mittags zwischen 9 und 10 Uhr ab, Sie hatten doch Tags vorher keinen Dienst und waren also frisch! Mit einem Instrument haben Sie den Patienten nicht geschlagen? — Angell.: Nein. — Auf weiteres Befragen erklärt der Angeklagte, daß Malotta ihn gefragt habe, was denn passiert sei. Er habe ihm den Vorgang kurz geschildert, aber nicht gesagt, daß er ihn mit Füßen getreten und geschlagen habe. Das sei nicht wahr. Er habe dem Oberwärtter gesagt, die ganze Sache sei nicht so schlimm gewesen. — Vors.: Sie sollen gesagt haben: es sei nicht so schlimm, wenn Rothschild einmal eine „ordentliche Reinigung“ kriegt. — Angell.: Das weiß ich nicht, daß ich mich so ausgedrückt habe. — Vors.: Sie sollen auch zu Malotta gesagt haben: Wenn der Arzt kommt, dann ist der Teufel los. Malotta soll Ihnen darauf erwidert haben: ach, der Patient hat jetzt ein Veruhigungsmittel, er schläft und da kann er dem Arzt nichts erzählen. — Angell.: Das mag ja wohl am Sonntag, 25. August, gesagt worden sein. Im allgemeinen haben wir bloß darüber gesprochen, daß die Sache nicht so schlimm sei.

Der Angeklagte von Malotta äußert sich auf Befragen des Vorsitzenden wie folgt: Ich habe früher in einem Kontor gearbeitet und bin dann als Wärter nach der Irrenanstalt Koroßhof bei Rastenburg gekommen. Hier war ich 1 1/2 Jahre angestellt; ich wollte dann Diakon werden, gab diesen Plan jedoch wieder auf und nahm eine Stellung als Wärter in Neu-Ruppin an, wo ich über 3 Jahre beschäftigt war. Im April 1904 kam ich dann in die Anstalt des

Dr. Edel. — Vors.: Sie haben also überall freiwillig ihren Posten verlassen und sind nirgends entlassen worden. Erzählen Sie nun dasjenige, was Ihnen selbst von dem Vorgange am 25. August bekannt ist. — Angell.: An diesem Tage fand eine Anstaltskonferenz statt, an der ich als Oberwärtter teilnahm. Als ich in die Station zurückkam, meldete mir der Pfleger Gelhaar, daß Fiech mit Rothschild etwas vorgehabt habe. Ich fragte dann Fiech selbst und dieser sagte mir, es wäre weiter nichts, Rothschild wäre etwas auffällig gewesen. — Vors.: Wussten Sie, daß Rothschild am nächsten Tage, am Sonntag, Besuch bekommen sollte? — Angell.: Jawohl. Am Sonntagmorgen fühlte sich Rothschild sehr schlecht, klagte über Zahnschmerzen und Brustschmerzen und war sehr unruhig. Er

sagte mir auch, daß er geschlagen worden wäre.

— Vors.: Haben Sie sich dadurch nicht veranlaßt gefühlt, dieser Sache mal näher auf den Grund zu gehen?

Sie sollen vielmehr dem Kranken 1 Gramm Chloralhydrat eingegeben haben, damit er, wie Sie selbst früher eingegeben haben, nicht seinem Bruder, der ihn Sonntag besuchen wollte, etwas von der Mißhandlung erzählte.

— Angell.: Ich habe dem Kranken nur das Chloral gegeben, weil er unruhig war und in der Besuchszeit nicht schlafen sollte. — Vors.: Wussten Sie, ob Rothschild an dem Sonntagmorgen einen epileptischen Anfall gehabt hat? — Angell.: Ich glaube, daß mir der Wärter Tilgmann dies erzählte, ich selbst habe nichts von einem Anfall wahrgenommen. — Vors.: Wie denn nach einem derartigen Anfall Chloralhydrat gegeben? — Angell.: Nein, nach einem Anfall nicht, sondern nur dann, wenn sich Patienten unruhig und aufgeregzt zeigten wurde von uns Wärttern Chloral eingegeben. — Vors.: In jedem Fall? — Angell.: Meistenteils gaben wir Chloralhydrat oder irgend ein anderes Schlafmittel. — Vors.: Bekommen Sie jedesmal eine besondere ärztliche Anweisung? — Angell.: Nein, wir gebrauchten die Veruhigungsmittel ganz nach unserem Belieben. — Vors.: In welcher Weise wurde denn dieses gefährliche Gift von Ihnen aufbewahrt? — Angell.: Wir hatten eine kleine Apotheke, in der ich eine

500 Grammflasche mit Chloral

aufbewahrte. Die flüssige Dosis war stets nur 1 Gramm für den Patienten. — Vors.: Satten Sie die Pflichten, die Anwendung des Chlorals jedesmal dem Arzt mitzuteilen? — Angell.: Gewöhnlich wurde nichts gemeldet, da man uns auch nicht danach fragte; erst nach diesem Vorfall wurde immer eine Meldung erstattet.

Der Angeklagte behauptet auf Vorhalt des Vorsitzenden, es sei ihm nicht gesagt worden, daß, wenn er einen Patienten Chloralhydrat reiche, er dies in das Buch einzutragen habe. — Auf Antrag des Staatsanwalts werden die

Aussagen verlesen, die die beiden Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter abgegeben haben

und die mit ihren heutigen Aussagen vielfach in Widerspruch stehen. Vor dem Untersuchungsrichter hat Fiech zugegeben, daß er den Patienten geschlagen und gestoßen habe. Malotta hat unter anderem zugegeben, er habe dem Rothschild Chloralhydrat gegeben, damit er schlafen und über die ihm gewordenen Mißhandlung nichts sagen sollte. Nach seiner Meinung würde dann die Sache einfach erledigt gewesen sein. Wenn er während der Besuchszeit schlief, würde weiter kein Aufhebens davon gemacht worden sein. Er hat in der Voruntersuchung energisch bestritten, daß durch die Dosis Chloralhydrat, die er dem Patienten gegeben, dessen Tod herbeigeführt sein könnte. — Auf Befragen der Verteidigung erklärt Malotta, daß er an der Person des Fiech gar kein Interesse hatte und gar nicht daran gedacht habe, ihn der Bestrafung zu entziehen. Was er getan, habe er nur im Interesse der Anstalt getan. Der Verteidiger stellt weiter fest, daß Malotta der einzige Sohn eines Gymnasial-Oberlehrers ist, bis Oberleutnant das Gymnasium besucht und vor seinem Eintritt in den Krankenwärtterdienst verschiedene kaufmännische Posten bekleidet hat.

Beweisaufnahme.

Medizinalrat Dr. Hoffmann äußert sich dahin, daß Chloralhydrat zur Veruhigung gegeben wird, besonders auch beim Delirium tremens, und seine Wirkung zumeist nicht verfehlt. 3 Gramm pro Dosis ist die sogenannte Maximaldosis und 6 Gramm pro Tag. In der Regel wird diese Maximaldosis nicht angewandt. 1 Gramm ist die Durchschnittsdosis und 1 Gramm kann als eine das Leben gefährdende oder die Gesundheit zerstörende Dosis nicht angesehen werden. Rothschild ist an Bauchfellentzündung gestorben; nicht unmöglich ist es, wie auf eine Frage des Verteidigers zu sagen ist, daß die Folgen der Mißhandlung bedenklicher geworden sind, wenn dem Rothschild größere Dosen Chloralhydrat gegeben sein sollten, als der zweite Angeklagte zugibt.

Gerichtschreiber Dr. Jeserich hat die Leiche des verstorbenen Rothschild erst einige Zeit nach dem Tode auf das Vorhandensein von Chloral untersucht. Die Untersuchung hatte ein negatives Resultat, wodurch aber nicht ausgeschlossen ist, daß Chloralhydrat gegeben worden ist. Ueber die Menge kann sich der Sachverständige unter diesen Umständen nicht äußern.

Der Zeuge Arbeiter (nicht Wärter!) Michaelowski ist Patient der Edelshen Anstalt und

Augenzeuge

des Rencontres zwischen dem Angeklagten Fiech und dem Rothschild gewesen. Nach seiner Behauptung hat Fiech den Rothschild mit der Faust geschlagen, so daß dieser auf die Erde fiel und dort liegen blieb. Dann habe ihn Fiech mit dem Fuß nach dem Leib gestoßen.

Zeuge Emil Veier ist seit einem Jahre in der Edelshen Anstalt und dort Küchenkassierer. Er ist am 25. August erst zugekommen, als Rothschild, den er schreien gehört, schon am Boden lag. Er hat gesehen, daß Fiech, der sehr wütend war, mehrmals

mit dem Fuß nach Rothschild trat

und gehört, daß Letzterer immer aufschrie. — Vors.: Haben Sie denn irgend jemand von Ihrer Wahrnehmung mitgeteilt? — Zeuge: Nein. Ich bin einmal von dem Oberwärtter Malotta befragt worden, ich habe aber jede Aussage verweigert. — Vors.: Warum denn? — Zeuge: Weil ich Radausläge befürchtete. Die Radausläge kommen dann hinterher; dann wird man isoliert.

Vors.: Ist Ihnen denn schon einmal in einer anderen Anstalt etwas derartiges passiert? — Zeuge: Ich habe einmal in Bublitzgarten eine Sache gehabt, die ich der Staatsanwaltschaft überweisen wollte. Ich wollte über Rothschild auch nichts weiter aussagen, weil ich vor dem hochwohlwollenden Gericht ja doch bloß als Idiot dastehen und meine Aussage doch nicht viel Wert haben würde. Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge, daß er früher Gärtler und Bräuer gewesen, einen schweren Unfall — Schädelbruch — erlitten habe und seit neun Jahren erimündigt sei. Er persönlich sei von den beiden Angeklagten immer human behandelt worden.

Zeuge Krankenwärter Tilgmann: Der Angeklagte ist mehrfach auf Rothschild eingebrungen, er kam jedoch nicht dazu, ihn zu schlagen, da ich wiederholt dazwischen getreten bin. — Vors.: In einer früheren Aussage haben Sie gesagt, Sie hätten den Angeklagten 3-mal dabon abgehalten, auf Rothschild einzuschlagen und ihm gesagt, er solle sich doch nicht unglücklich machen. Bleiben Sie heute auch bei dieser Angabe? — Zeuge: Ob ich das gesagt habe, weiß ich nicht mehr. Soweit mir einmündlich ist, habe ich aber Rothschild in den Schlafsaal gebracht und habe die Tür zugeschlossen, um ihn so vor weiteren Angriffen durch Fiech zu schützen. Der Angeklagte war an jenem Tage überaus erregt. — Vors.: Sie können auf die folgende Frage die Antwort verweigern, haben Sie selbst etwa den Rothschild geprügelt oder gestoßen? — Zeuge: Nein, ich bin dem Rothschild nicht zu nahe gekommen.

Zeuge Kossobek war früher Pfleger in der Anstalt und ist jetzt Tischler. Er bestätigt die Aussagen des Zeugen Tilgmann dahin, daß Rothschild im Gange auf dem Fußboden gelegen und sich durch Umsichschlagen mit Händen und Füßen vor etwaigen Angriffen des Fiech schützen wollte. Fiech hatte den Fuß erhoben und wollte gerade auf den Leib des Rothschild stoßen, als der Zeuge mit dem Zeugen Tilgmann hindern dazwischen trat und den Patienten in Sicherheit brachte. — Die Pfleger Manski und Gelhaar haben von der Mißhandlung selbst nichts gesehen. Manski hat nach seiner Bekundung am 26. August den zur dritten Krankenkategorie gehörigen Rothschild gesprochen und von ihm gehört, daß es ihm nicht gut gehe, da er von den Pflegern geschlagen worden sei. — Zeuge Gärtler Willi Rothschild,

der Bruder des Verstorbenen,

hat seinen Bruder auf dessen vorhergegangenes Ersuchen am Sonntag, 26. August, besucht und ihn im Bett liegend, fast bestimmungslos vorgefunden. Er hat den Wärter Tilgmann gefragt, was denn passiert sei und die Antwort erhalten: er sei wohl die Treppe herunter gefallen. Der Zeuge hat in den Handflächen des Bruders Spuren von Verletzungen wahrgenommen, als ob solche von Nägeln herrührten. Er hat dann den Angeklagten Malotta gefragt, ob der Bruder denn Morphium bekommen habe und dieser habe gesagt, der Arzt habe ihm allerdings etwas gegeben, wonach Rothschild einschlofen sollte; nachher würde er wieder ganz munter sein. — Vors.: Ihr Bruder soll doch schon öfter von Mißhandlungen zu Ihnen gesprochen haben? — Zeuge: Jawohl, mein Bruder erzählte mir wiederholt, daß er geschlagen würde, daß mich aber zugleich, nichts daraus zu machen.

Ach laß man, sonst habe ich's noch schlimmer,

hat er wiederholt zu mir gesagt. Etliche Wochen vor dem Tode erzählte mir mein Bruder: Der Wärter Fiech redete sich häufig, wenn er wütend würde, einen Ring auf die Finger und schlug ihn damit ins Gesicht. Ich nahm aus der ganzen Schilderung an, daß es sich um einen Schlagring handelte. Mein Bruder war übrigens keinesfalls zänkisch oder sehr unruhig, nur wenn man ihn jahrelang anfeuerte, war er nicht mehr zu gebrauchen. Am Tage nach dem Tode meines Bruders erhielt ich eine anonyme Karte, in der mir mitgeteilt wurde, daß die Todesursache in den Fußstritten zu suchen sei, die einer der Wärter meinem Bruder verleiht hatte.

Kriminalkommissar Rasse II hat sich seinerzeit in die Edelshen Anstalt begeben und einzelne Personen vernommen. Der Patient Michaelowski habe ihm gesagt: Der Angeklagte Fiech habe den Rothschild mit dem Fuß nach dem Unterleib gestoßen. Der Angeklagte Malotta habe ihm zugegeben, daß er dem Patienten Chloralhydrat gegeben, und zwar am Sonntag, möglicherweise auch Montag. Er habe dabei auch zugegeben, daß dies geschehen sei, weil damit Rothschild verhindert werden sollte, etwas über die Mißhandlung zu sagen.

Nach Vernehmung des Oberarztes Dr. Wiesel und Oberwärtters Siegmund als Zeugnisaugenzeugen der Angeklagten bekundet Dr. Max Edel, der Sohn des Besitzers der Anstalt und daselbst in leitender Stelle tätig, daß nach den Anordnungen der Anstaltsleitung etwaige Verabreichungen von Medikamenten in das Buch eingetragen werden müssen. Dies habe Malotta auch in anderen Fällen getan. Als bei der jetzt verhandelten Affäre bekannt wurde, daß Malotta ohne ärztliche Verordnung Chloralhydrat verabreicht habe, habe die Leitung beschlossen, ihn nicht definitiv mit dem Oberpflegerposten zu betrauen. Für jeden Kranken, der Chloral bekommen soll, werde abends bei der Arzneiausgabe ein bestimmtes Quantum zugeteilt. Es könne vorkommen, daß mit der Erlaubnis der Anstaltsleitung der Oberpfleger für bestimmte Fälle etwas Vorrat hat, aber einen Vorrat von 500 Gramm erhalte er nicht mit Genehmigung der Leitung.

Direktor Dr. Heboldt von der Anstalt Bublitzgarten kennt den Rothschild, der sich mehrere Jahre in der Anstalt Bublitzgarten befunden hatte, als einen sehr reißbaren und gewalttätigen Menschen, über den die Klagen nie verstummten.

Als nächster Zeuge wird der einjährig-freiwillige Arzt Dr. Ludwig aufgerufen. Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Michaelowski wird der Zeuge uneingeschränkt vernommen. Er bekundet folgendes: Seit dem 1. Mai 1905 sei er in dem Edelshen Anstalt für Gemütskranke tätig gewesen, und zwar habe ihm die Station der weiblichen Kranken und die Station 77 unterstanden, in der der Patient Rothschild untergebracht worden war. Rothschild sei ein sehr rabiatere Mensch gewesen, bei dem die Verblüdung schon ziemlich weit vorgeschritten gewesen sei. Am Tage vor dem Tode des R. habe er (Zeuge) einen anonymen Brief bekommen, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß Rothschild durch Fußstritte mißhandelt worden sei. Er habe sofort den Oberpfleger Malotta rufen lassen und diesen zur Rede gestellt, ob er etwas von einer Mißhandlung wisse. Malotta habe entschieden verneint. Am Abend vor dem Tode des R. habe er ihn noch einmal gesehen und eine schwere Veranommenheit bei dem Patienten konstatiert, die seiner Ansicht nach von dem Chloral hergerührt habe.

Der Zeuge hat dann später die

Sektion

des verstorbenen Rothschild vorgenommen und irgendwelche äußere Leiden früherer Mißhandlungen nicht entdecken können. Nach dem Ergebnis der Sektion handelte es sich um eine alte chronische Bauchfellentzündung und um eine akute Bauchfellentzündung. Er sei nicht der Ansicht gewesen, daß allein die Mißhandlung die Letztere hervorgerufen habe, zumal er ja auch gebort hatte, daß der Verstorbene noch einen epileptischen Anfall gehabt hatte. Er habe das Sektionsergebnis und auch das, was er über die Mißhandlung gebort hatte, seinem Chef mitgeteilt. — Der Staatsanwalt hält dem Zeugen vor, daß er die Sektion doch als Privatmann unternommen habe. Da er nun inzwischen Kunde von der Mißhandlung erhalten hätte, hätte er sich doch sagen müssen daß er

durch die Sektion alle Spuren vermissen.

Der Zeuge erklärt, daß er sich dies nicht gesagt habe, denn er würde natürlich auf jeden Fall das berichtet haben, was die Sektion ergab. Wichtig sei es, daß er bei einer früheren Vernehmung ausgesagt habe: er könne es nicht für ganz ausgeschlossen erklären, daß die Mißhandlung auf die Bauchfellentzündung mit eingewirkt habe. Auf diesem Standpunkte stehe er auch jetzt noch.

Medizinalrat Dr. Fleger hat die Obduktion vorgenommen, als der Körper und die inneren Organe schon im Verwesungsprozeß sich befand. Zweifellos sei Rothschild an akuter, eitriger Bauchfellentzündung gestorben und es sei anzunehmen, daß die Stöße auf den Bauch, die Rothschild von Fiech erhalten, die Bauchfellentzündung, an der er gestorben, hervorgerufen habe.

Die Dosis Chloral, die ihm Malotta gegeben, habe keinen Einfluß auf den Tod gehabt.

Stationarzt Dr. Schulz, der bei der Obduktion mitgewirkt, schließt sich diesem Gutachten an.

Der Chauffeur Max Hecht, der bei Dr. Edel bedienstet war, hatte von einigen Pflegern erfahren, daß Rothschild mißhandelt worden sei und hat den anonymen Brief an Dr. Ludwig geschrieben, worin er um genaue Untersuchung ersuchte und event. in Aussicht stellte, die Sache in die Oeffentlichkeit zu bringen.

Die

Schuldfragen,

die den Geschworenen vorgelegt werden, lauten bezüglich des Angekl. Robert Fiech auf Körperverletzung mit Todeserfolg oder auf Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs oder

einer das Leben gefährdenden Behandlung; bezüglich des Malotta auf Gesundheitsgefährdung durch Verbringung von Gift und Vergiftung des Hies.

Staatsanwalt Michaelis: Ein Fall wie der vorliegende liegt darum besonders schwierig und ist schwer aufzuklären, weil es sich um arme Patienten handelt, denen man nicht leicht zu glauben geneigt sein wird. Eine große Anzahl schwerer Mißhandlungen mögen sich vielleicht hinter den Mauern derartiger Anstalten abgespielt, ohne daß es jemals gelingt, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Gelingt es den Behörden, einen derartigen Fall aufzuklären, dann hat der Richter die hohe Aufgabe, mit eiserner Strenge und Unnachgiebigkeit für diejenigen einzutreten, die durch ein fürchterliches Schicksal nicht in der Lage sind, für sich selbst einzutreten und ihre Rechte als Mensch für sich geltend machen zu können. Diese hohe Aufgabe steht heute den Geschworenen bevor, die durch ihren Spruch eine große Anzahl der Vermissten der Armen vor einer weiteren Drangsalierung durch verbrecherische Wärtter schützen können. Der gerechte und strenge Spruch, der zur Abschreckung für ähnlich gewissenlose Wärtter dienen möge, wird hoffentlich von der Presse, die sich gerade dieser Sache in so dankenswerter Weise angenommen hat, in denkbar weitestem Maße bekannt gegeben werden und wird allerseits eine innere Genugtuung herbeiführen. — Der Staatsanwalt kommt auf Grund umfangreicher rechtlicher Ausführungen und eingehender Beweiswürdigung zu dem Antrage, die Schuldfragen im Sinne der Anklage zu beantworten.

Die Verteidiger plädieren eingehend zugunsten der beiden Angeklagten.

Spruch der Geschworenen.

Die Geschworenen bejahen nach kurzer Beratung nur bezüglich des Angeklagten Fieß die Schuldfrage nach einfacher Körperverletzung. Alle übrigen Fragen wurden verneint.

Da gegen Fieß wegen einfacher Körperverletzung kein Strafantrag gestellt war, so mußte gegen ihn das Verfahren eingestellt werden.

Gegen v. Malotta wurde auf Freisprechung erkannt. Das Ergebnis des Prozesses beruht auf der Unsicherheit des Beweismaterials über die Todesursache. Nicht die Frage, ob diese Angeklagten zu verurteilen sind, sondern wie das in der Irrenanstalt geübte System ist, ist es, was die Öffentlichkeit interessiert. Und hier hat der Prozeß eindringlich gezeigt: dringend erforderlich ist eine Reform der Ueberwachung der Irrenanstalten. Ohne die Einrichtung von Laien-Ueberwachungskommissionen, deren Mitglieder jederzeit überwachen dürfen und an die jederzeit Beschwerden seitens der Pfleglinge und ihrer Verwandten gerichtet werden können, ferner ohne bessere Vorbildung und bessere Bezahlung des Pflegepersonals wird es nicht möglich werden, die in deutschen Irrenanstalten bestehenden Mißstände auf das menschenmögliche Maß zu bringen.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlverein Eichwalde. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, findet der Jahrlabend statt: in Eichwalde bei Witte, in Reuthen bei Karbe, und in Miersdorf bei Bier. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingte Pflicht. Der Vorstand.

Zegel. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, in Göy-Gesellschaftshaus, Schlossstr. 7/8: Schlußvortrag in Nationalökonomie. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von den Kranzspenden für Ignaz Auer

wurden am Sonntag auf dem Friedhof die Schleifen abgenommen, um als Erinnerungszeichen an unseren hingeschiedenen Vorkämpfer aufbewahrt zu werden. Seit Dienstag sind diese Schleifen im Gewerkschaftshause am Engel-fund ausgestellt. Bereits am ersten Tage wurden sie von einer sehr großen Anzahl Personen besichtigt, die man auf mehrere Tausend schätzen darf.

In dem Treppenhause des Saalbaues hängen Schleife an Schleife, neben einander und über einander — zusammen ein halbes Tausend. Das dämpfende Schwarz des Trauerflores, unter dem am Tage der Beisetzung die Farbe der Freiheit sich beugen mußte, ist beseitigt. Ein Meer von Rot stutete uns entgegen, als wir die Treppe hinaufstiegen. In flammender Glut leuchtete es auf — ein Bild, das in seiner Gleichförmigkeit wie ein Symbol des großen Gedankens wirkte, der uns alle gleichmäßig erfüllt. Ununterbrochen ergoß ein Strom von Besuchern sich durch den Eingang des Saalbaues und zog vorbei an der langen Reihe dieser Erinnerungszeichen. So manche Widmungsschrift, die Kunde gab von der Liebe und Verehrung für den unvergeßlichen Toten, wurde von den Genossen und Genossinnen mit Nahrung gelesen.

Die Kranzschleifen können noch bis einschließlich Sonnabend täglich von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr besichtigt werden. Der Zutritt ist selbstverständlich unentgeltlich.

Die Beerdigung des Genossen Weber, der bei dem Leichenbegängnis Ignaz Auer's verstarb, findet am Donnerstagnachmittag 2 Uhr von der Leichenhalle des Friedrichsfelder Friedhofes statt. Die Genossen werden ersucht, dem braven Verstorbenen zahlreich ans Grab zu folgen.

Die Bevölkerung Groß-Berlins ist noch immer in einer rapiden Zunahme begriffen. Berlin selbst zählte am 1. Dezember 1906 rund 2 000 000 Einwohner, das sind 201 000 mehr als am 1. Dezember 1900 (1875 waren es 967 000). Dabei vollzieht sich die Entwicklung in der Hauptstadt selbst infolge der Umwandlung von Wohnbezirken in Geschäftsviertel und der Abwanderung in die Vororte wesentlich langsamer als in den letzteren, die teilweise ein sprunghaftes Wachstum zeigen. So zählte die jüngste preussische Stadt, vorher die größte deutsche Landgemeinde, Wilmerdorf, am 1. Dezember 1906 rund 74 100 Einwohner gegen 30 700 im Jahre 1900, 5164 in 1890, 1899 in 1870 und 500 im 1850. Besonders entwickelte sich Lichtenberg und eine Anzahl kleinerer Vororte. Und auch die Volkszunahme Rigdors, das Ende 1906 mit 176 300 Einwohnern paradierte gegenüber 90 400 im Jahre 1900 und 16 300 im Jahre 1875 verdiente die früher beliebte Bezeichnung „amerikanisch“, die heute freilich bei dieser Entwicklung im Spre- und auch im Ruhrgebiet für uns gegenstandslos geworden ist. Nach dem Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, dem Bericht der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin, Jahrgang 1906, belief sich die Bevölkerung im Bezirk dieser Körperschaft am 1. Dezember 1904 auf 3 170 750, am gleichen Tage 1906 aber schon auf 3 555 700, das sind 384 950 — 12,1 Proz. mehr in zwei Jahren! Der Bezirk umfaßt außer Berlin die Städte Charlottenburg (253 350), Rigdorf, Schöneberg (152 100), Wilmerdorf, die Kreise Ketzow, außer einer Stadt, und Nieder-Barnim. Raum auch von diesen beiden Kreisen ein Teil nicht mehr zum eigentlichen Vorortgebiet gezählt werden, so wird das durch die Richtzugehörigkeit von Spandau und einigen anderen Orten von reinem Vorortcharakter, das heißt innigster wirtschaftlicher und Verkehrsgemeinschaft mit Berlin etwa ausgeglichen. So umfaßt das Vorortgebiet Groß-Berlin heute über 3 1/2 Millionen Menschen, mehr als den achtzehnten Teil der Bevölkerung des deutschen Reiches. Dieser gewaltige Komplex wird durch die immer engere Lebensgemeinschaft der Hunderttausende, die in Berlin arbeiten und im Vorortbezirk wohnen, oder umgekehrt,

durch die immer zunehmende Verlegung von Fabriken und amtlichen Anstalten in die Vororte, das immer dichter und lebhafter werdende Verkehrsnetz in rasch wachsendem Maße zu einer ziemlich einheitlichen Großstadtbevölkerung. Die stets dringlicher geforderte Anerkennung dieser Tatsache durch Schaffung eines einzigen Gemeindefiskus Groß-Berlin wird auf die Dauer nicht ausbleiben können, so sie erweist sich mit jedem Tage mehr als unabwendbare Notwendigkeit.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 18. April dieses Jahres, nachmittags 5 Uhr. Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Entscheidung eines Teiles des Inselspiekergrundstücks. — Vorlagen, betreffend den Etat des Nikolaus-Bürgerhospitals und die von demselben verwaltete Lippische Stiftung für die Etatsjahre 1907/1909. — Die Beteiligung der Stadtgemeinde Berlin in ihrer Eigenschaft als Mitinhaberin der fiskalisch-städtischen Bergwerkssozialität zu Ribbersdorf an der Errichtung eines Krankenhauses daselbst, — Aufstellung neuer Kellerröhren unter Beseitigung der vorhandenen Kramasäulen, — die Bauabnahme der Wandelhalle und des Röntgenhauses beim Krankenhaus am Urban, — die Ueberlassung des Platzes vor dem Rathaus zu Restaurationszwecken, — den Verkauf des an der Revalerstraße, Ecke der Remeler- und Warschauerstraße belagerten Grundstücks, — den Erwerb von Ländereien in den Gemarkungen Jopernitz und Müdnitz zu Nieselzwecken und die Veräußerung einer Fläche in der Gemarkung Müdnitz an den königlichen Eisenbahnfiskus, — den Erwerb von vier Flächen vor den Grundstücken 1—5 der Privatstraße Am Tempelhofer Berg im Entscheidungsvorverfahren — und eine Fluchtlinienänderung in der Königsstraße.

Durch das neue Polizeigesetz, das nächsten dem Landtage zugehen soll, wird die Stadt Berlin erheblich stärker als bisher belastet werden. Der Landtagsabgeordnete Rosenow machte in einer Versammlung darüber folgende Mitteilungen: „Die Stadt Berlin, welche schon jetzt mit insgesamt fünf Millionen (2,50 M. pro Kopf) die absolut und relativ höchsten Polizeikosten zu tragen hat, soll, wie verlautet, noch weit härter zu den Kosten der königlichen Polizeiverwaltung herangezogen werden und wird wahrscheinlich das Doppelte wie bisher zu zahlen haben. Dabei weigert sich die Regierung beharrlich, die Polizeiverwaltung durch Uebertragung einzelner Zweige ihrer Tätigkeit, wie der Wohlfahrts-, Gesundheits-, Verkehrs-, Markt- und Wappolizei an die städtischen Behörden zu entlasten. Der Stadt erwachsen dadurch nur doppelte Kosten, dem Publikum doppelte Belastungen und Scherereien. So wirken auf dem städtischen Schlachthof z. B. neben den städtischen Tierärzten, die sehr gewissenhaft ihres Amtes walten, noch Polizeierztärzte, ähnlich liegen die Dinge bei der Marktpolizei usw. Statt die Aufgaben der Polizei zu verringern, werden sie erweitert, ein stetiges Anwachsen der Polizeikosten ist die notwendige Folge, die von der Mehrheit des Landtages der Stadt Berlin aufgefordert wird.“

Das Tolle an der Sache ist, daß Berlin zwar die sehr erheblichen Kosten für die Polizeiverwaltung zu tragen hat, daß aber die Stadt nicht das mindeste dabei mitleiden darf. Berlin muß die „Ehre“, Haupt- und Residenzstadt des Deutschen Reiches zu sein und eine königliche Polizeiverwaltung zu haben, recht teuer bezahlen.

Beckelschulenschwinder treiben gegenwärtig in der Umgebung Berlins ihr Unwesen. Die beiden Gauner suchen Gastwirtschaften auf, in welchen nur die Frau des Geschäftsinhabers anwesend ist und machen eine kleine Beute. Zur Bezahlung derselben legt dann der eine der Männer ein Fingerringstück auf den Ladentisch. Wenn dann die Wirtin das Wechselgeld aufgezählt hat, kettet der andere Gaun auf einige Zigaretten oder eine andere Kleinigkeit und benutzt dann die Gelegenheit, das Goldstück nebst dem Wechselgeld einzustreichen, worauf beide Gauner schleunigst die Flucht ergreifen. Leider ist es bisher nicht gelungen, der beiden Schwinder habhaft zu werden, da diese derart operieren, daß sie das Räubertum nur in solchen Lokalen ausführen, in denen die Wirtin allein anwesend ist. Der eine der Betrüger ist etwa 30 bis 35 Jahre alt, 1,85 Meter groß, hat hellblondes Haar, roten Schnurr- und Spitzbart und freies Gesicht, während sein Komplize kleiner, etwa 25 Jahre alt ist, dunkelblondes Haar, in die Höhe strebendes Schnurrbart, schmales Gesicht hat. Beide Männer sind gut gekleidet, sie tragen schwarze Jacketanzüge, dunkle Sommerpalätois und schwarze feste Hüte.

Zu der Protestkundgebung der nördlichen Vororte gegen die Eisenbahnverwaltung und den in der betreffenden Versammlung gemachten Ausführungen schickt uns die königl. Eisenbahndirektion folgendes Schreiben:

„Es ist nicht richtig, daß die in den letzten zwei Jahren auf der Stettiner Strecke vorgekommenen drei Unfälle infolge mangelhafter und unzureichender Gleisanlagen entstanden sind.“

Der am 23. März d. J. in Karow erfolgte beklagenswerte Unfall ist lediglich auf das Ueberfahren von Haltsignalen zurückzuführen.

Das am 7. August 1906 in Mankenburg erfolgte übrigens bekannt gegebene Auffahren eines Güterzuges auf einen in der Station haltenden anderen Güterzug wurde ebenfalls durch das Ueberfahren eines auf Halt stehenden Hauptsignals herbeigeführt.

Der am 3. September 1905 in Mankenburg erfolgte Unfall ereignete sich beim Rangieren von Güterwagen. Es entgleisten hierbei zwei Wagen.

Auf alle drei Unfälle hat die Zahl der auf der Strecke verkehrenden Züge keinen Einfluß ausgeübt. Auch die Zahl der vorhandenen, durchaus betriebssicheren Gleise ist hierbei nicht in Betracht gekommen. Solche Unfälle können nur durch Aufmerksamkeit des Personals vermieden werden.

Es ist ferner die Angabe nicht richtig, daß der Prellbock in Karow nach einer Beschädigung, die er beim Rangieren erhalten hatte, nicht sogleich wiederhergestellt worden ist. Die Beschädigung ist am 10. Februar 1907 nachmittags erfolgt. Am folgenden Tage, also am 11. Februar, ist der Prellbock ordnungsmäßig wieder hergestellt worden.

Es ist ferner nicht richtig, daß der viergleisige Ausbau der Stettiner und der Nordbahn absichtlich zurückgehalten wird. Die Mittel für den Grunderwerb sind bereits vom Landtage bewilligt worden. Die Bauausführung selbst wird von der königlichen Eisenbahndirektion mit allen Mitteln beschleunigt.

Es ist endlich unrichtig, daß an den Präsidenten gerichtete Eingaben undantwortet geblieben sind. Von dem Präsidenten und der ihm unterstellten Behörde werden alle Eingaben, insbesondere solche, die sich auf Verbesserung der Berliner Verkehrsanlagen beziehen, eingehend geprüft und hiernach beantwortet. So ist auch die letzte Eingabe des Vereins der Vororte Berlins vom 18. Dezember 1906 zwischen den Vertretern des Bezirks und dem Präsidenten der königlichen Eisenbahndirektion Berlin am 23. Januar 1907 besprochen und am 23. Februar 1907 ausführlich schriftlich beantwortet worden. Hierbei ist namentlich erwähnt, daß mit dem Grunderwerb zur Herstellung des 3. und 4. Gleises der Nordbahn und der Stettiner Strecke bereits begonnen sei und daß der Ausbau der Gleise nach Maßgabe der hierzu bewilligten Mittel sobald als möglich erfolgen werde.“

Unter den Rädern. In der Ausübung seines Berufs hat gestern ein Arbeiter sein Leben verloren. Gegen Abend fuhr der 38jährige Kutsher Gustav Weißlich mit einem Körbelwagen die abschüssige Prenzlauer Allee nach dem Prenzlauer Tor hinab. Eines der Pferde verlor die Halbleite und dadurch wurde dem Kutsher die Herrschaft über die Tiere genommen. Sie gingen durch und ramten am Prenzlauer Tor mit solcher Gewalt gegen die Schutrinne, daß W. vom Bod geschleudert wurde und unter die Räder fiel. Beide Weine wurden dem Unglücklichen vollständig zermalmt. Auf der Unfallstation in der Reibelstraße starb der Schwerverletzte wenige Minuten nach seiner Entlieferung.

Von einem Körbelwagen überfahren und furchbar zugerichtet wurde gestern abend der 30jährige Kutsher Karl Girsch aus der

Briegenerstraße 24. Der Unglücksfall trug sich in ähnlicher Weise zu als der oben erwähnte. Dem G. waren die Pferde in der Brien- thalerstraße durchgegangen. Beim Einbiegen in die Prinzen-Allee wurde G. vom Bod heruntergeworfen und die Räder des schweren Fuhrwerks gingen über ihn hinweg. Der linke Arm wurde ihm völlig zermalmt und der Brustkasten eingedrückt. In betäubendem Zustande fand der Kernste in der Igl. Klinik Aufnahme.

Ein weiterer tödlicher Verkehrsunfall trug sich gestern morgen an der Ecke der Müller- und Schulzendorferstraße zu. Der 23jährige Schlosser Karl Steffen, der bei seinen Eltern in der Grenzstraße wohnte, fuhr auf seinem Zweirade nach seiner Arbeitsstätte. An der erwähnten Kreuzung rannte er mit seiner Maschine gegen einen Steinbogen und wurde auf den Straßenbamm geschleudert. Er fiel so unglücklich, daß das rechte Hinterrad ihm über den Kopf und das linke über den Leib hinwegging. St. erlitt einen schweren Schädelbruch, schwere innere Verletzungen und wurde in hoffnungslosem Zustande nach der Charité übergeführt.

Die Leiche des am 9. April tödlich verunglückten Genossen Zimmerer Emil Schulze ist von der Behörde freigegeben und wird heute nachmittags 5 Uhr auf dem Schöneberger Kirchhof in der Magstraße beerdigt.

Auf dem Friedhofe vergiftet hat sich der Arbeiter Artur Voigt. Als am Montag gegen 4 Uhr nachmittags der Inspektor des Nazareth-Kirchhofes an der Berlinerstraße in Reinickendorf einen Rundgang durch den Friedhof machte, vernahm er aus einer Grabreihe her lautes Stöhnen und Köheln. Nach längerem Suchen entdeckte er hinter einem Denkmal liegend den Arbeiter V., neben dem eine Flasche lag, die noch eine geringe Menge Lysol enthielt. Der Inspektor ließ sofort den bestimmungslosen, sich in Krämpfen windenden Mann nach dem Paul-Gerhardtsstr. in der Müllerstraße transportieren, wo er bald nach seiner Einlieferung der Einwirkung des Giftes erlag. Bei dem Toten wurde ein an seine Frau gerichtetes Schreiben vorgefunden, in welchem der Lebensmüde mitteilte, daß er aus dem Leben scheide, weil er fürchte, unheilbar krank zu sein.

Die Feuerwehr unternimmt jetzt täglich mit den neuen Automobilen größere Touren nach außerhalb. In den letzten Tagen wurden Jossen, Baruth und andere Orte besucht. Bei diesen Fahrten handelt es sich lediglich um die Erprobung der Systeme, die später einmal zur Einführung gelangen sollen.

Vermist wird seit Sonnabend früh der Maschinenarbeiter Otto Thiele, Mitglied des Holzarbeiterverbandes. Personen, die über den Verbleib des Vermissten Auskunft geben können, werden gebeten, dies bei Frau Thiele, Triftstraße 33, vorn 3 Treppen, zu melden.

Im Vorhagen-Theater gastiert Montag, den 22. d. M., Helene Hesse vom Hoftheater in Braunschweig als Rose Fricquet („Glücken des Fremiten“) und Dienstag, den 23. d. M., Rosa Halben aus Wien als Agathe („Freischütz“) auf Engagement.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubenstraße gelangt am Sonnabendnachmittag 4 Uhr noch einmal der mit zahlreichem farbigen Bildern ausgestattete Vortrag „Am Golf von Neapel“ zu neuen Preisen zur Darstellung, während abends der neue Vortrag „Durch Dänemark und Südschweden, nordische Städte- und Landschaftsbilder“ wiederholt wird. — Im großen Hörsaal der Urania-Sternwarte wird Herr Viktor Berens v. Kautensfeld seinen Vortrag „Natur und Kultur in den russischen Ostseeprovinzen“ auch noch am Freitag und Sonntag halten.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Alexanderstraße 46—47 gerufen, wo das Zwischengehäll und eine Wanderschälung brannte. Der 20. Zug hatte am Rollenmarkt 3 zu tun, wo im rechten Seitenflügel die Innertreppe in Flammen stand. Brandinspektor Rohlfeld ließ mit einer Schlauchleitung kräftig Wasser geben, wodurch es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Auf dem Boden des Haupt- Chornierstraße 58 brannte Hausrat der Vieter. Der 15. Zug hatte in der Reußstraße 45 zu tun, wo an der Ecke der Sidingenstraße ein Wasserrohr geplatzt war. Betten, Möbel, Wäsche u. a. wurden in der Reinickendorferstraße 110 ein Raub der Flammen und Kleider usw. in der Dänensstr. 6.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung setzte am Montag ihre Beratung über die dritte Resolution zum Steueretat fort, in der vom Magistrat verlangt wird, die Einführung eines Zuschlages zur Reichsbrausteuer als Gemeindesteuer in Erwägung zu ziehen. Stadtv. Dr. Vohberg (lib.) ist zwar der Meinung, daß das Reich nicht ohne indirekte Steuern auskommen könne, hält aber die Einführung eines Zuschlages zur Brausteuer in der Stadt Schöneberg für einen Fehler. Seiner Ansicht nach würde diese Steuer doch nur auf die Konsumenten abgewälzt werden. Völlig verfehlt sei es, wenn gerade in der jetzigen Zeit die Städte eine Besteuerung der Lebens- und Genusmittel einführen wollten, wo in dieser Beziehung vom Reich im weitesten Maße bereits vorgegangen sei.

Stadtv. Schüler (Hausbesitzerfraktion) ist entgegengesetzter Meinung. Er selbst habe im Staatsausfluß die Anregung zu dem Antrage gegeben. Da andere Vororte eine derartige Steuer schon eingeführt haben, bestehe auch für Schöneberg dieselbe Notwendigkeit. Die Steuer würde Schöneberg 60 000—80 000 M. jährlich einbringen. Die am Orte bestehende Brauerei könne sich diese Steuer keineswegs abwälzen. Redner beantragt, die Angelegenheit einer gemischten Deputation zur Prüfung zu überweisen.

Stadtv. Kunze (Hausbesitzerfraktion) hält diese Steuer für keine indirekte, das Bier sei auch kein Lebensmittel. Viele würden es mit Genugtuung begrüßen, wenn infolge der Verteuerung des Bieres weniger getrunken würde.

Stadtv. Küter (Soz.) wendet sich gegen die beiden Vordredner. Schon aus prinzipiellen Gründen sei er gegen jede indirekte Steuer. Wenn das Bier verteuert wird, habe man in um so größerem Maße damit zu rechnen, daß zum Schnaps gegriffen werde. Das Streben der Hausbesitzer im Stadtparlament geht dahin, möglichst alle Lasten von sich abzuwälzen, dafür aber alle Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen.

Stadtv. Gottschalk (lib.) hält es für unangebracht, an eine Besteuerung des Bieres heranzugehen. Das Bier habe schon reichlich bei den Reichsteuern herhalten müssen.

Stadtv. Kroll (Hausbesitzerfraktion) wundert sich, daß man sich so sehr für die Aktionäre der hiesigen Brauerei ins Zeug legt. Von einer indirekten Steuer kann keine Rede sein. Gerade die jetzige Zeit ist für die Steuer außerordentlich günstig. Die Werten fallen im Preise, und das Schweinefleisch kostet augenblicklich nur 45 Pf. pro Pfund. Es sei nie so billig gewesen.

Stadtv. Obst (Soz.) tritt den Ausführungen des Vordredners entgegen. Derartige Steuern haben stets die Konsumenten zu tragen. Die Dividende der Brauereiaktionäre wird nicht um das geringste sinken. Genau so wie im Reiche wird auch hier in erster Linie der Konsumverstand zu leiden haben. Niemand wird der getroffen, den man treffen will. Sorge man lieber für Einführung einer progressiven Einkommensteuer, dann wird die indirekte Besteuerung nicht mehr nötig sein.

Stadtv. Wandmann hält die Steuer für die gerechteste, die man sich vorstellen kann. Ihm ist unerklärlich, wie die Sozialdemokraten so für die Interessen des Kapitals eintreten können.

Stadtv. Magnan (Soz.) findet es unbegreiflich, wie der Vordredner, als angeblich liberaler Mann, einen derartigen Standpunkt einnehmen kann. Die liberalen Parteien haben früher jede indirekte Steuer für eine ungerechte erklärt, heute scheint man aber die Welt auf den Kopf stellen zu wollen. Von der Brauerei wird die Steuer

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eine Treppe (Haupteingang Scharnhöhe, Durchgang zum Lindenstr. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Wochentags 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Nachsatz und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. B., Balkenstr. 4. 1. Der Birt geht mit seiner Forderung vor. 2. Der Sohn hat für die Schulden seiner Mutter nicht aufzukommen. — **D. 17. B. 1-4.** Sie könnten nur Abheilung der Mängel verlangen, eventuell beim Amtsgericht darauf klagen. 5. Wein. 6. Ja. — **D. B. 100.** Der Erfolg Ihrer Klage hängt davon ab, ob der Chef in der Tat die von Ihnen behauptete Bemerkung gemacht hat. — **G. Th., Britz.** Steht der schriftliche Beitrag dem nicht entgegen, so können Militärpersonen, Beamte, Gelehrte und Lehrer im Falle der Befreiung nach einem anderen Ort das

Wiederhelfen vorzeitig lösen. — **S. S. 30.** Sie können lediglich Ihre Forderung bei Gericht verfolgen, eventuell dann durch einen Gerichtsbevollmächtigten das Land verkaufen lassen. Es können etwa 20 Mark Kosten entstehen. — **H. S. 11.** 1. und 3. Eine Verabredung ist nicht zu erwarten. 2. Die Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — **D. 53.** Uns nicht bekannt. — **H. R. 16.** 1. Ja. 2. Erfundigung wird noch eingezogen. — **G. S.** Wenn Sie das beweisen können, worüber Sie sich beklagen, so hätte eine Klage beim Amtsgericht auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz Aussicht auf Erfolg. — **Schöneberg.** Nein. — **G. S. 100.** Nein. — **D. G. 35.** 1. Im Falle einer Klage liegt die Sache für Sie wenig günstig. — **G. S. 1881.** Sollten Sie in die von Ihnen angenommene Lage kommen, so hätte das schriftliche Verlangen an das Gericht, Sie nach der Vorstrafe nicht zu fragen, Aussicht auf Berücksichtigung. — **J. D. 100.** 1. Ja. 2. Nein. — **H. S. Zudenwalde.** Offen. — **H. S. 1.** Seit dem 1. 10. 1874. — **S. 1818.** Leider nein. — **H. S. 18.** Je 5 Stationen.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Wetter	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Wetter	
Evlanen	752	SSD	3	bedeckt	6	Saparanda	758	SS	2	wolkig
Hamburg	751	SSD	4	bedeckt	5	Leipzig	753	SS	1	halb kl.
Berlin	750	SSD	3	bedeckt	7	Schiff	752	SSD	2	wolkig
Frankfurt	748	R	3	Regen	9	Aberdeen	754	SS	1	halb kl.
München	746	SS	2	Regen	5	Paris	749	SSS	2	bedeckt
Wien	745	SSD	3	Regen	8					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. April 1907.
Etwas kälter, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich frischen südöstlichen Winden.
Berliner Wetterbureau

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. April.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Kgl. Opernhaus. Tannhäuser. Anf. 7 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Urtel Nicola. Neues kgl. Opernhaus. Der böhmische Fürst. Hamlet.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.
Lorzing. Fidelio.
Lesing. Die Fälscher der Gesellschaft.
Neues Schauspielhaus. Al-Helberg.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Traummulus.
Schiller-Theater Charlottenburg. Helmut.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufiges Theater.) Das letzte Mittel.
Romische Oper. Frau Frauen.
Zentral. Wiener Blut.
Deutsches. Die lustige Witwe.
Kleines. Die Pächterin von Fitzfield.
Neues. Der Dieb.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Lustspielhaus. Sufarenfieber.
Deutsches-Amerikanisches. Romzelle.
Thalia. Eine lustige Doppeldecker.
Trianon. Fil. Josette — meine Frau.
Bernhard Rose. Der Trompeter von Säckingen.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrfeld. Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten. Cleo de Mérode.
Apollon. Der Triumph des Weibes.
Kollo. Sid Carter. Spezialitäten.
Waldhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Eine Nacht in der Apotheke. Im Inspektionszimmer.
Antimes. Eine vom Ballett. — Japfenreich.
Palast. Spezialitäten.
Passage. Mal was Anderes. Spezialitäten.
Urania. Tondentstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.
Sternwarte. Buxtehudestr. 57/62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34. Zum ersten Male: Eine offizielle Frau. Schauspiel in 4 Akten v. J. Lehmann. Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Dori und Stadt.
Freitag: Offizielle Frau.
Sonnabend 4 Uhr: Ray und Rocky. 8 Uhr: Lenore.
Sonntag 3 Uhr: Marianne. 8 Uhr: Offizielle Frau.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Das letzte Mittel.

Apollon Theater

8^{1/2} Uhr: Bauern-Hunde-Theater. Ein treuloses Weib.
9^{1/2} Uhr: Die neue Operetten-Burl: Der Triumph des Weibes. Musik von Josef Hellmesberger und Paul Lincke. Vorher 8 Uhr: Die Spezialitäten-Attraktionen.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Hassary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi. Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 21. April, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol.

WINTER GARTEN

Cleo de Mérode Neues Programm.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Das großartige April-Programm! Ki-ta-fuku die beste Japaner-Truppe der Welt.
Paul Corradini Berlins bester Komiker und die erfolgreichsten 14 Attraktionen 14.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.
Morgen: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Freitag: Der Trompeter v. Säckingen.
Sonnabend: Die Geier-Wally.

Steidl-Theater- und Konzerthaus.

Brückenstr. 2. Jubel! Beglückung! Bureau Viehbrut und Der 16. August. Anf. 8. Sonn. 11 Uhr. Vorh. Konzert. Steidl-Restaurant. Täglich: Großes Dyburski-Konzert.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater. Mittwoch, abends 8 Uhr: Traummulus. Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Ottar Reichste.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Narrenglanz.
Freitag, abends 8 Uhr: Traummulus.
Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Heimat. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Donnerstag abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Moloch. Hierauf: Der zerbrochene Krug.
Freitag, abends 8 Uhr: Moloch. Hierauf: Der zerbrochene Krug

Schwarzer Adler Frankfurter Chaussee 5.
Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Jeden Sonntag im Königssaal: Großer Ball unter Leitung des Herrn D. Bürger. Jeden Mittwoch: Willy Walde-Sänger. Gebr. Arnhold.

Zirkus Busch.

Nur noch kurze Zeit! **Zirkus Schumann** Heute Mittwoch, 17. April 1907: Grande Soirée equestre u. Eine neue Tentation zum erstenmal in Deutschland: Indische Tänze ausgeführt von Mad. Piloty von Kaulbach. 1. Akt: Der Weibbrandtanz. 2. Akt: Der Opfertanz. Vorher: Gala-Programm u. Schluß: St. Hubertus. Deutsch-Amerikanisches Theater. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel des Theater des Westens: Mamselle Nitouche. Gelesen: Odm. Löwe a. G. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Zar und Zimmermann.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf. Der brillante April-Spielplan. Hasson und Jenny Angelläufer. Alcide und Alberti fliegender Hombus. Onkel Moritz Schwanz und 10 Spezialitäten 1. Ranges. Familienarten, wochentags zum halben Kassenpreis gültig. In Dacher-, Freizeit- u. Zigarrengeellschaften gratis.

Walhalla-Variété-Theater.

Weinbergstr. 19/20, Rotentw. Tor. Heute abend 8 Uhr: Das große April-Programm. 10 Pers. Geni Family 10 Pers. Circensische Spiele zu Pferde. Grete Gallus Charakter-Comédie. 12 erhellte Nummern 12.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10. Dorf und Stadt oder: 's Lorie. Schauspiel von Charl. Birch. Weiser. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Borzugskarten gültig. Donnerstag zum letztenmal: Anna-Effe.
Gustav Behrens-Theater. Schöneberg-Berlin W., Goltzstr. 9. Der Gau der Saiten. Der urkom. Chauffeur mit seinem musk. Auto. Die Gold-amielet. (siehe die neuen Spezialitäten. 3. Schluß die großart. Musik-Operette: Moschackmann im Sündenpuhl Berlin. Anfang 8 Uhr, Sonntags 6^{1/2} Uhr.

Brunnen-Theater

Gesundbrunnen. Badstraße 58. Direktion: Bernhard Rose. Freitag, den 19. April 1907: Die Kinder der Exzellenz. Lebensbild in 4 Akten. Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Billetvorverkauf von 10-11 Uhr an der Theatertafel.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Neu: Ballettschule Klappermütz. Darfeste o. S. Weijel. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Polologlow-Zigaretten sind in Geschmack und Qualität unerreicht! Das Stück 3 bis 10 Pfennige. Ueberall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 30. April: Nick Carter. Ab 1. Mai bei allgemeinem Besuch: Heirat auf Probe. Sonntag 4 Uhr: Hotel Ringeburg.

Sanssouci

Kottbusserstr. 4a. Direktion Wilhelm Reimer. Heute Mittwoch: Circus-Theater-Abend. Im Hause der Sünde. Genl. Schauspiel in 6 Akten von Emile Jola. Sonnt. Beg. 3. wochent. 8 U. Sonnt. Mont., Donnerst.: Hoffmanns Nordd. Sänger.

St. Felix-Brasil

hochf. Qualität u. sehr blattig per Pfd. 1.20. Hamburger Rohthak-Haus Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190. (Neuer Vertreter.)

Kratz Radikal-Wanzenlöter

Bl. 1.75 u. 1.00. Probe 50 Pf. vernichtet unter Garantie alle Wanzen und Brut. Schwaben-Puder Sch. 1.75 u. 1.00. Probe 50 Pf. Fritz Kratz, Drogen, Reinholdsdorferstr. 119 (alt. Hof. Wedding und Heimstr.).

Englischen Unterricht.

einzelne und im Hefel, erteilt 36372 Gertrud Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Phänomen-Zigaretten mit Kopf Nach Ägyptischer Art hergestellt. 3, 4 u. 5 Pf. das Stück. ZIGARETTEN-FABRIK „NAHKORI“.

Wichtelmännchen!

Verlangt bei Euren Zigarren-Händlern Beste 6 Pfennig-Zigarre, Vortr.: Leo Ansbach, Berlin O., Schillingstraße 33.

Billigste Bezugsquelle für sämtliche Gastwirtsartikel in Glas, Porzellan, Nickel etc. L. Katz & Co. Berlin O., Spandauer-Straße 45 am Mollenturm. Filiale: Ecke Kaiser- und Schillingstraße.

17. Generalversammlung des Zimmererverbandes.

Wien, 15. April 1907.

Erster Verhandlungstag.

Im Saale des Kölner Volkshauses, des eigenen Heims der organisierten Arbeiterschaft, wurde heute früh durch den Verbandsvorsitzenden Fr. Schrader der 17. Verbandstag des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands eröffnet.

Nachdem die Mandatsprüfungskommission gewählt ist, erstattet der Hauptvorsitzende Schrader den

Geschäftsbericht

Über die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1906. Wir entnehmen daraus unter Hinzunahme des gedruckt vorliegenden Berichtes:

Die beiden Berichtsjahre waren für das Unternehmertum Jahre reichen Gewinnes; für die deutsche Arbeiterklasse war das verfloßene Jahr nur ein Kampfsjahr. Es wäre ein erfolgreiches Kampfsjahr gewesen, wären seine Erfolge den Arbeitern ungeteilt zugute gekommen.

Die Anstellung der Gauleiter brachte den Verbänden neben anderen Vorteilen einen ziemlich bedeutenden Mitgliederzuwachs. Das Unternehmertum, einzelne Behörden, die Geistlichkeit usw. haben durch Wahregelungen, Saalabtreibungen, Schilanzierung und dergleichen getan, was möglich war.

Die Unternehmer lehnten oft die bescheidensten und berechtigtesten Forderungen rundweg in der rücksichtslosesten Weise ab, geistigt auf ihre Organisationen. In den meisten Fällen mußten sie dennoch Zugeständnisse machen, und sie werden das auch für die Zukunft machen müssen.

gewährt, sondern es wurden noch erhebliche Vorteile erzwungen.

Die Zahl der Lohnbewegungen im folgenden Jahre, 1906, hat die bisher noch nie dagewesene Höhe von 470 erreicht, die eine Mitgliederzahl von 27 911 umfaßte. In 261 Zahlstellen bezim. Zahlstellenbezirken kam es zur Arbeitseinstellung, in mehreren wiederholt, so daß 292 Lohnkämpfe geführt werden mußten.

Die Kosten der Gesamtlöhnbewegung betrugen im Jahre 1905 356 934 Mark, im Jahre 1906 304 064 Mark. Die in beiden Jahren gezahlte Streikunterstützung belief sich auf 893 028 Mark, wovon 827 525 Mark auf die Zentralkasse entfielen.

Gegenüber den Erfolgen sind andererseits zum Teil die Löhne noch derart klein, und die Arbeitszeit ist noch derart lang, daß dort noch recht oft gekämpft werden muß, bis nur unannehmend menschenwürdige Zustände herbeigeführt sind.

Rechtsschutz wurde 1905 an 261 Mitglieder, 1906 an 271 Mitglieder gewährt. Im Vorbergrunde fanden dabei sogenannte Streikvergehen. Im Jahre 1905 wurden gegen Verbandsmitglieder verhängt: 2 Jahre, 7 Monate und 3 Wochen Gefängnis, sowie 774,80 Mark Geldstrafe; 1906 waren es 2 Jahre, 1 Monat und 2 Wochen Gefängnis, sowie 1089 Mark Geldstrafe.

Von einer internationalen Verbindung der Zimmerer konnte bis vor wenigen Jahren nicht geredet werden, und auch heute ist dies im wahren Sinne des Wortes noch nicht der Fall. Als vor vier Jahren die Vertreter der Zimmererorganisationen aus Dänemark, Holland, Oesterreich, Böhmen und Deutschland zusammentraten, galt es zunächst überhaupt einmal miteinander Fühlung zu nehmen und eine Grundlage für ein ferneres gemeinschaftliches Zusammenarbeiten zu schaffen.

Der Redner bemängelt, daß manche kleinen Zahlstellen, so in der Umgegend von Frankfurt a. M., Magdeburg und Hamburg, sich weigern, sich den großen Zahlstellen anzuschließen, mit denen sie ein gemeinschaftliches und einheitliches Lohn- und Interessengebiet bilden.

Nach der im Jahre 1906 im August vorgenommenen Statistik werden noch etwa 40 000 Kameraden dem Verbands nicht angehören, die alle noch gewonnen werden müssen. Bezüglich der Jugendfrage bemerkt Schrader, daß Vorstand und Ausschuß der Meinung seien, daß hier besondere Schritte nicht zu tun seien. Die ersten Jahre nach der Schulzeit solle der Lehrling ganz auf seine Berufsbildung verwenden, denn sollte er auch für die organisierte Arbeiterschaft als solche wie auch für den einzelnen Kollegen sehr wichtig.

Zunächst wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet, der die Anwesenheit von 185 Delegierten ergibt, wogu die Vertreter der Verbandsleitung und der verwandten

Körperschaften kommen. Ferner sind vier Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen erschienen, nämlich zwei aus Ungarn, je einer aus Dänemark und Oesterreich; zwei Vertreter aus Holland und einer aus der Schweiz werden noch eintreffen.

Die ausländischen Bruderorganisationen erschienen, nämlich zwei aus Ungarn, je einer aus Dänemark und Oesterreich; zwei Vertreter aus Holland und einer aus der Schweiz werden noch eintreffen.

Vermischtes.

Erdbeben in Mexiko.

Die gestern in Potsdam aus Hamburg registrierten Erdbeben haben sich in Mexiko ereignet.

Die mexikanischen Ortshaupten Chilpancingo und Chilapa, die südlich von der Hauptstadt Mexiko und nördlich von der pazifischen Hafenstadt Acapulco in der gebirgigen Provinz Guerrero liegen, sind fast gänzlich zerstört und viele Bewohner, die Zahl steht noch nicht fest, getötet oder verletzt worden.

Aus New York wird hierher gemeldet, daß in der Sonntagsnacht ein Erdbeben die mexikanischen Städte Chilpancingo und Chilapa im Staate Guerrero zerstörte. Soweit bisher bekannt, wurden elf Personen getötet und 27 verletzt.

Die Kunst unterm agrarischen Automobil. Der Kunstmalers Prof. Schulz in Weimar wurde vorgestern Abend gegen 9 Uhr in der Nähe des Theaters von dem Automobil des Rittergutsbesitzers Brauns in Holzdorf überfahren.

Som Schnellzug überfahren. Wie aus Debau (Ungarn), berichtet wird, wurden neun Arbeiter, welche mittels Draifine nach Petrogegnen fuhrten, von einem Schnellzuge überfahren.

Kampfs Drama in Hamburg verboten. Die Hamburger Polizei verbot die Aufführung von dem Kampfs Drama „Am Vorabend“, die der Verein „Hamburger Neue Freie Volksbühne“ veranstalten wollte.

Hochwasser in Ungarn. Zwischen Tokai und Kolomaz ist der Verkehr nur durch Fähren möglich. Sämtliche arbeitsfähige Leute sind zu den Dammarbeiten beordert worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in Frankes Festsaal, Schaffstr. 39.

Allgemeine Versammlung

der Elektromonteur und Hilfsmonteur Berlin und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Busch über: Die gegenwärtige Lage der Elektromonteur und was haben wir von der Zukunft zu erwarten? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, in Richard Festsaal (früher Klubhaus), Hauptstr. 5-6.

Bezirksversammlung

für die westlichen Vorortbezirke Schöneberg, Charlottenburg, Steglitz und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Bruno Borghardt: Die Genossenschaftsbewegung und ihre Bedeutung für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Waiseler. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Wahl der Kommission. 5. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Waiseler. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Wahl der Kommission. 5. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin. Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt, Deuthstr. 20.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Böhle-Strahburg über: „Die Nachmittage des Proletariats“. 2. Stellungnahme zur Waiseler. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin. Donnerstag, den 18. April, vorm. 10 Uhr, im Engl. Garten, Alexanderstr. 27a.

Versammlung

d. streikenden u. ausgesperrten Dachdecker. Tages-Ordnung: Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 Uhr, bei Meyer, Cranienstraße 103.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. Sektion der Brunnenbauer und Hilfsarbeiter! Donnerstag, den 18. April, abends 8 Uhr, bei Meyer, Cranienstraße 103.

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Unsere Lohnforderung und Stellungnahme dazu. 2. Bericht von der Vertreterschaft. 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Maler.

Filiale Berlin. Rechnung: Amt IV, 4787. Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr.

Mitglieder-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Wahl eines Hilfskassierers für Friedrichsberg. 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 18. d. Wtd., abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

Vereinigung der Maler, Lackierer und Anstreicher

Küchenmöbel-Branche. Donnerstag, den 18. d. Wtd., abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchenanglegenheiten. 3. Verschiedenes. 124/30 Der Obmann.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Filiale Berlin. Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht über die weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Mitgliedsbuch legitimiert.

Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz.

Mit Ihren geringen Ersparnissen können Sie Ihr

Glück machen.

Ordentlichen, nüchternen Schloßern, Routenren usw. geben wir schon bei geringer Anzahlung

Motorwagen wodurch sie ein glänzendes Einkommen erzielen, besonders da jetzt die Fahrpreise um 1/2 erhöht ist.

Berliner Automobilhaus- und Industrie-Gesellschaft m. b. H., Berlin W., Uhlandstr. 170.

Ortskrankenkasse für Friedenau.

Einladung

General-Versammlung

am 21. April 1907, abends 8 1/2 Uhr.

im Gesellschaftshaus, Rheinstraße 14.

- Tages-Ordnung:
1. Berlesen des Protokolls der letzten Generalversammlung.
 2. Jahresbericht des Vorstandes.
 3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung pro 1906.
 4. Erwahlung von 2 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitnehmer, 1 Arbeitgeber).
 5. Bericht des Vorstandes über die Veränderung in der Kassenverwaltung.
 6. Verschiedenes.

Friedenau, den 17. April 1907.

Der Vorstand.
3. V.:

Albert Krauss Wilhelm Stoffe
Vorstand Schriftführer.

Ortskrankenkasse für das Gewerbe der Tischler- u. Pianofortearbeiter zu Berlin.

General-Versammlung

der Vertreter der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber

am Donnerstag, den 25. April 1907, abends 8 Uhr.

im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Allee 15 (Eck 5).

Tages-Ordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1906 nebst Bericht der Revisoren.
2. Statutenänderung: §§ 40, 56 und Streichung der Schlußbestimmung.
3. Wahl eines Krankenkassensprechers.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, 17. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller Nachst., Koppenstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtl. Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 84/16

1. Bericht über den Stand der Aussperrung.
2. Stellungnahme zur Maifeier.

Jede Vertikalt muß vertreten sein. — Mitgliederbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Die Vertrauensmänner der Aussperrten legitimiert die Vertrauensmännerkarte und eine vom Bureau ausgestellte Kontrollkarte.

Donnerstag, den 18. April 1907, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Aussperrten

bei Keller, Koppenstr. 29.

Verband deutscher Gastwirts-Gehülfen.

Ortsverwaltung Berlin. N. 24, Gr. Hamburgerstraße 18/19.

Arbeitsnachweis; Amt III 1813. Bureau: Amt III 1474.

Die Bureaus der Ortsverwaltung und Hauptverwaltung, sowie Arbeitsnachweis und Verkehrslokal befinden sich ab 1. April im Verbands-

haus der Gastwirtsgehülfen Große Hamburgerstraße 18/19.

289/9*

Der Vorstand.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Oranienburger Straße 4, I.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Lor. Weg, Kreuz, Gehrort
1,50, Hofe 1,00, Behre 50 Pf.

Steppdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72, Wallstr. 72,
wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet
werden. Bernhard Strohmandel,
Berlin K. Muster-Katalog gratis.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115 I, a. Oranien-
Lor. Weg, Kreuz, Gehrort
1,50, Hofe 1,00, Behre 50 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Leppische mit Federn versehenen Bettdecken, niedrige Preise, Kranzstr. 9, part. 1. Steppdecken billig, Hofstr. 9, part. 1.

Leppische (Leppische) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischen Brunn, Paderstr. 4, Bahnhof Börje. 255/2*

Leppische, Stand 10,50, große 16,00, Brautbetten, Bettmöbel, Leppische, Steppdecken, Hofstr. 9, part. 1.

Leppische, Vorhänge, Tischdecken, Wanddecken, Hofstr. 9, part. 1.

Leppische, Hofstr. 9, part. 1.

Verschiedenes.

Volkskassenschein, Hofstr. 9, part. 1.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Stellenangebote.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Die Firma Leineweber, Rosenfelder, Hofstr. 9, part. 1.

Achtung! Töpfer! Achtung!

Stellengesuche.

Stellenangebote.

Stellengesuche.

Stellenangebote.